

Verlag: Springer-Verlag AG, Postfach 10 08 94, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11  
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 202-1 / Anzeigenabteilung Köln (0 20 54) 10 15 34 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 Bfr., Dänemark 8,75 Dkr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 140 Gr., Großbritannien 65 p., Italien 1500 L., Jugoslawien 275,00 Din., Luxemburg 28,00 Fr., Niederlande 2,20 fl., Norwegen 7,20 Nkr., Österreich 14,05 S., Portugal 115 Esc., Schweden 6,50 Skr., Schweiz 2,00 Fr., Spanien 170 Ptas., Tschechoslowakei 185 Pts.

### TAGESSCHAU

#### POLITIK

**Ansgleich:** Nordrhein-Westfalen wird 1986 voraussichtlich erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik im Rahmen des Finanzausgleichs Geld von anderen Bundesländern bekommen. In einem Entwurf des Bundesfinanzministeriums sind 57,4 Millionen Mark für die Landkasse in Düsseldorf vorgesehen. Der Finanzausgleich soll dazu beitragen, daß sich die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik angleichen.

**Zwangsbefehl:** Der DGB hat an Kanzler Kohl appelliert, zwischen dem Unternehmer Flick und dem Zentralrat der Juden wegen der Zahlung einer Entschädigung an ehemalige jüdische Zwangsarbeiter zu vermitteln. Auf Antrag der SPD soll sich in der nächsten Woche auch das Europaparlament mit dem Thema beschäftigen.

**Gestorben:** Einer der Stellvertreter von DDR-Ministerpräsident Stoph, Gerhard Weiß, ist im Alter von 68 Jahren nach schwerer Krankheit gestorben.

**Operation:** Die an einer Herz-Kranzgefäßverengung leidende Frau des sowjetischen Regimekritikers Sacharow, Jelena Bonner, muß sich doch einer Bypass-Operation unterziehen, teilte die Ärzte des Massachusetts General Hospital in Boston mit. Eine medikamentöse Behandlung habe nicht die erhoffte Besserung gebracht.

**Vorfall:** Angehörige der zunehmenden Bereitschaft schwarzafrikanischer Länder, die Beziehungen zu Israel zu normalisieren, hat Libyen auf dem Außenministerkongress der Islamischen Weltkonferenz in Marokko gefordert, daß alle Mitgliedstaaten ihre diplomatischen Beziehungen zu dem Land abbrechen sollten, das Israel anerkennt.

**Vatikan:** Erstmals sind in eine päpstliche Kommission Frauen berufen worden. Unter den neu ernannten Konsultoren für die Päpstliche Kommission zur authentischen Auslegung des Kirchlichen Rechtsbuchs befinden sich vier Rechtsfrauen und eine Rechtswissenschaftlerin.

**Vermiße:** Die USA und Vietnam haben sich bei Verhandlungen in Hanoi darauf geeinigt, innerhalb von zwei Jahren alle Fragen im Zusammenhang mit den während des Vietnam-Kriegs verschollenen 1797 Soldaten zu klären. Nach vietnamesischer Darstellung gibt es keine amerikanischen Kriegsgefangenen mehr in Vietnam.

**Attentäter:** Der ägyptische Polizist Suleiman Chater, der wegen der Ermordung von sieben israelischen Touristen auf der Sinai-Halbinsel zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt worden war, ist in einem Kairoer Militärkrankenhaus erhängt aufgefunden worden.

### Wer war Frankenstein?

Alle reden von Frankenstein - aber gemeint ist das Monster, Frankenstein's Geschöpf. Mary Shelley, die Frau des romantischen Dichters, hatte diese Gestalt erfunden. Seitdem geistert sie durch die Romanwelt, die Theater, den Film. Und neuerdings begegnet man ihr auch in Parteitagsreden. Seite 17

### WIRTSCHAFT

**Aktienfonds:** Wertsteigerungen zwischen 47,1 und 72,2 Prozent erzielen nach Berechnungen des Bundesverbands Deutscher Investment-Gesellschaften die überwiegend in der Bundesrepublik anliegenden Aktienfonds im Jahre 1985. (S. 10)

**German Oil:** Der vom Land Niedersachsen gegründete Konzern will Saudi-Arabien und Iran mit jeweils bis zu 25 Prozent an der im vergangenen März von der Mobil Oil stillgelegten Ölfabrik Wilmshaven beteiligen. Die Verhandlungen sind allerdings noch nicht abgeschlossen.

**Agarrhandel:** Die Bundesrepublik hat 1985 landwirtschaftliche

Produkte im Wert von rund 58 Milliarden DM eingeführt und selbst Agrarerzeugnisse für etwa 28 Milliarden exportiert. Damit ist die Bundesrepublik gemessen an der Einwohnerzahl größter Agrarimporteur der Welt. Bei den Exporten liegt sie auf Platz vier.

**Börsen:** Nach anfänglichen Verlusten auf Grund von Gewinnmaßnahmen setzte im weiteren Verlauf eine starke Erholung ein. WELT-Aktienindex: 237,54 (239,91). Am Rentenmarkt zogen die Kurse weiter an. BHF-Rentenindex: 105,125 (105,039). Performance-Index: 100,042 (99,933). Dollar-Mittelkurs: 2,4375 (2,4760). Mark-Goldpreis je Feinunze: 330,00 (328,00) Dollar.

### KULTUR

**Malerei:** Christliche Gedanken sind bei „DDR“-Künstlern trotz aller Anstrengungen der Kulturverwaltung nicht nur weiterhin tief verwurzelt, sie scheinen dort auch neu und besonders gut zu keimen, wie eine Völker-Stelmann-Ausstellung im Schloß Oberhausen nahelegt. (S. 17)

**Kammermusik:** Ein Musikerlebnis ersten Ranges bereiteten zehn junge Israelis Kunstfreunden und -männern bei einem Hauskonzert mit Werken von Beethoven, Brahms und Schumann, zu dem NRW-Ministerpräsident Johannes Rau in seine Düsseldorf-Dienstvilla geladen hatte. (S. 17)

### SPORT

**Tennis:** Boris Becker trifft im ersten Spiel des Masters-Turniers von New York (14. Januar) auf den Amerikaner Paul Anacone. Gewinnt er, spielt er wahrscheinlich erneut gegen Mats Wilander (Schweden). (S. 6)

**Motorsport:** Der seit Samstag bei der Wüsten-Rallye Paris-Dakar vermißte holländische Motorradfahrer Arian Brouwer wurde von der Besatzung eines Hubschraubers in einer Oase wiedergefunden. (S. 6)

### AUS ALLER WELT

**Konsequenz:** Weil er seine Behörde einen „Saustall“ genannt hat, mußte ein Stadtdirektor in Ostfriesland den Hut nehmen. (S. 18)

werden. Für die Crew in Wartstellung ist dies eine enorme Belastung. Der deutsche Astronaut Reinhard Furrer berichtet von seinen Eindrücken beim Countdown. (S. 18)

**Raumfahrt:** Die Pechsträhne der Nasa mit ihrer Raumfähre „Columbia“ reißt nicht ab. Auch der vierte Startversuch mußte wegen schlechten Wetters abgebrochen

**Wetter:** Wechselnd bewölkt, im Westen und Süden Schneefall. Minus 3 bis plus 1 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen:** Die wirtschaftliche Verflechtung „DDR“-JUGSSR wird noch enger S. 2
- Bonn:** Sicherheit über alles - Der Vorstoß ins Minister-Auto - Von Werner Kahl S. 3
- Hessen:** Eine Kampfansage gegen die grünen „Anpasser“ - Von Dankwart Guartzsch S. 4
- London:** Die Fleet Street kommt auch 1986 nicht zur Ruhe - Von Reiner Gatermann S. 5
- Forum:** Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6
- SED:** Der Parteitag naht, Ost-Berlin meldet nur noch „Rekorde“ - Von Dieter Dose S. 8
- Fernsehen:** „Der Blick durch die Kamera verändert vieles“ - Gespräch mit Klaus Poche S. 8
- Europäische Kommission:** Wettbewerbsfähigkeit der Industrie Anlaß zur Sorge S. 9
- Geburtstag:** Der große Romaner Leonardo Sciascia wird 65 - Sizilianisches Wunder S. 17
- Start und Ziel Berlin:** Die Luftbahn feierte ihr 60jähriges Jubiläum S. 18

## Windeln stellt klar: Bonn rüttelt nicht an Salzgitter

### „Beitrag zur Schärfung des Rechtsbewußtseins geleistet“ / WELT-Gespräch

**ms. Bonn**  
In die Diskussion um die Existenzberechtigung der Zentralen Erfassungsstelle für „DDR“-Verbrechen in Salzgitter hat sich jetzt der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), mit einem klärenden Wort eingeschaltet. In einem Gespräch mit der WELT machte Windelen deutlich, daß für „sein“ Ministerium und die Bundesregierung insgesamt diese Behörde „nicht zur Disposition steht“. Auch die Abschaffung des Schießbefehls würde sicher nicht ausreichen, um zu einer Einstellung der wichtigen Tätigkeit der Zentralen Erfassungsstelle der Länderjustizverwaltungen zu kommen.

Der Minister wollte seine Aussagen „als Klarstellung in der Sache“ verstanden wissen. Auf die Frage, wie er die Erklärung seines parlamentarischen Staatssekretärs Otfried Henning beurteilt, der gesagt hatte, bei einer Abschaffung des Schießbefehls könne Salzgitter aufgelöst werden, antwortete Windelen: „Meine Feststellungen zur Sache entsprechen der Auffassung des innerdeutschen Ministeriums und der Meinung der Bundesregierung.“

Die Erfassungsstelle sei nach dem

Mauerbau „in voller Übereinstimmung aller politischen Kräfte“ eingerichtet worden. „Sie sollte nicht nur Tötungshandlungen, sondern auch Terrorakte, Mißhandlungen, politische Verurteilungen und Verdächtigungen registrieren. Dies hat sie in den zurückliegenden 25 Jahren getan. Sie hat damit einen Beitrag zur Schärfung des Rechtsbewußtseins geleistet“, sagte Windelen.

Sie habe damit auch „mäßigend, wenn nicht vorbeugend in bezug auf Unrechtshandlungen in der DDR auf die Verantwortlichen eingewirkt“, Windelen: „Ich habe keinen Zweifel daran, daß manche Unrechtshandlung unterblieben ist oder abgemildert wurde, weil die Verantwortlichen damit rechnen mußten, daß ihre Menschenrechtsverstöße registriert werden.“

Er könne es „nicht akzeptieren“, wenn man heute sage, Salzgitter sei ein Relikt aus der Zeit des Kalten Krieges. „Nicht die Erfassungsstelle ist ein solches Relikt, sondern der ständige Verstoß gegen Bürger- und Menschenrechte, zu deren Einhaltung sich die DDR in den verschiedensten Erklärungen, zum Beispiel der UNO, ausdrücklich verpflichtet hat.“

Windelen: „Mit der Schließung der Zentralen Erfassungsstelle würde an diesem Tatbestand nicht das mindeste geändert. Die Bundesregierung würde lieber heute als morgen die Länderjustizverwaltungen bitten, die Erfassungsstelle aufzulösen, wenn es nichts mehr zu erfassen gäbe. Davon sind wir leider noch weit entfernt. Es liegt ausschließlich an der DDR selber, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Tätigkeit von Salzgitter überflüssig wird.“ Der Schießbefehl sei die „schwerwiegendste Verletzung der Menschenrechte“. Er werde „wegen der anderen Sicherungsmaßnahmen“ in abnehmendem Maße angewandt. „Seine Abschaffung wäre ein wesentlicher Beitrag zu einem Verhältnis der Normalität“, sagte Windelen.

Die amtliche „DDR“-Nachrichtagentur ADN berichtete am Montag erstmals über die in der Bundesrepublik Deutschland laufende Diskussion um die Zentralen Erfassungsstelle. In der Meldung wurden jedoch nur Stimmen wiedergegeben, die für eine Schließung plädierten. „Die DDR habe sich noch nie Bedingungen stellen lassen“, zitierte ADN „Beobachter“.

## Irritationen um USA-Reise Bangemanns

### „Regenschirm-Vereinbarung“ über Technologie-Transfer angestrebt / SDI nur „Unterthema“

**BERNI CONRAD, Bonn**  
Maßgebliche Verteidigungspolitiker in Bonn befürchten, daß die bevorstehenden Verhandlungen von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann über Verbesserungen im deutsch-amerikanischen Technologietransfer den für dringend notwendigen Abschluß einer SDI-Vereinbarung verzögern werden. Denn Bangemann plant zunächst nur Gespräche mit der für SDI nicht zuständigen US-Handelsministerium über eine umfassende Regenschirm-Vereinbarung, Einzelfragen, wie das als „Unterthema“ eingefügte Forschungsprogramm SDI, sollen erst später erörtert werden.

Damit könnten sich die Chancen deutscher Firmen für eine rechtzeitige Beteiligung am amerikanischen Weltraumforschungsprogramm nach Ansicht von Fachleuten verschlechtern. Wie drei Tage vor dem Abflug Bangemanns nach Washington verlautete, haben sich auch das amerika-

nische Verteidigungsministerium und das State Department irritiert über die vom Bundeskabinett am 18.12.1985 beschlossene Thematik und Zeitfolge der beabsichtigten Verhandlungen gezeigt. Denn die Amerikaner hatten nach früheren Äußerungen aus den Reihen der CDU/CSU - auch von Bundeskanzler Helmut Kohl - damit gerechnet, daß Bonn ein SDI-Rahmenabkommen im Stil der

**SEITE 2:**  
**Wie man SDI umgeht**  
amerikanisch-britischen Vereinbarung abschließen würde.

Tatsächlich haben sich aber die Freien Demokraten mit einem Verhandlungsplan durchgesetzt, der „allgemeine Regelungen für Geheimschutz, Technologietransfer, Eigentums-, Nutzungs- und Verwertungsrechte sowie für Preisbildung, Preisprüfung und Auftragsvergabe“ vorsieht. Mit diesen Rahmenbedingun-

gen soll laut Kabinettsbeschluss „auch die privatrechtliche Position derjenigen deutschen Forschungsinstitute und Unternehmen verbessert werden, die sich als Auftragnehmer am SDI-Forschungsprogramm beteiligen wollen“.

Experten sehen dahinter das Ziel Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher, eine SDI-Vereinbarung hinauszuverlagern. Dieser Effekt ergibt sich schon aus der Breite der vom Bundeswirtschaftsministerium - außer der „Regenschirm-Vereinbarung“ - anvisierten Themen:  
- Bessere Nutzung bestehender Bestimmungen über Technologie-Kooperation;  
- Beseitigung von Unsicherheitsfaktoren beim Technologietransfer;  
- Klärung der Vergabegrundsätze bei öffentlichen Aufträgen und der Preisprüfung;  
- Berücksichtigung der Klagen aus der deutschen Industrie über restriktive Praktiken bei der Rüstungskooperation.

### DER KOMMENTAR

## Die Anerkennung

GÜNTHER BADING

Es ist bemerkenswert, wenn ein Interessenverband einmal nicht nur fordert, demonstriert, kritisiert, opponiert. Anerkennung richtiger politischer Entscheidungen durch die Betroffenen ist selten geworden. Nicht so beim Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Alfred Krause. Er ist bekannt dafür, Falsches falsch zu nennen und Gutes auch gutzuheißen. Während der Jahrestagung des Beamtenbundes in Bad Kissinger hat Krause die Lage der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst als positiv verändert beschrieben. Und der Beamtenbund-Chef scheute sich nicht, der Regierung Lob zu zollen, weil sie ihre Zusage verwirklicht hat, Strukturverbesserungen in der Beamtenbesoldung vorzunehmen.

Nun gelte es, den Nachholbedarf in der Besoldung zu beseitigen, der in vergangenen Jahren entstanden sei, mahnt der DBB-Vorsitzende. Er schränkt aber sogleich ein, daß er keine raschen Lösungen erwarte. Viel wichtiger als eine zufriedenstel-

lende Einkommensregelung für die Beamten ist dem erfahrenen Verbandspolitiker die Sorge um die Qualität des öffentlichen Dienstes. Seine Argumente sind stichhaltig. Denn bei aller Hochschätzung des Faktors Arbeitsplatz-Sicherheit droht die Leistungsbereitschaft der Staatsdiener abzusinken, wenn sich nicht bald bessere Karrierechancen für die Beamten bieten. Es sind nicht die gesenkten Eingangsbezüge allein, die Unbehagen hervorrufen. Vor allem der „Beförderungstau“ führt dazu, daß hochqualifizierte junge Menschen mit der Entscheidung zögern, ob sie Sicherheit vor Aufstieg setzen sollen.

Leistung muß sich wieder lohnen, das gilt auch für den öffentlichen Dienst. Natürlich kann niemand, auch nicht der Beamtenbund, rasche Lösungen erwarten. In dieser Legislaturperiode des Bundestags wird gesetzgeberisch sicherlich nichts mehr bewegt werden. Trotz des Vorwahlkampfes sollten die Politiker das Problem nicht auf die lange Bank schieben.

## Reagan hält sich militärische Option offen

DW. Washington

US-Präsident Reagan hat sich nach Informationen aus Washington entschlossen, Wirtschaftssanktionen gegen Libyen zu verhängen. Wie aus Regierungskreisen verlautete, will sich Reagan allerdings „die militärische Option“ offenhalten. Außerdem wolle sich die amerikanische Regierung darum bemühen, die europäischen Verbündeten dazu zu bewegen, sich bei den Sanktionen gegen Libyen anzuschließen. Eine der Maßnahmen sollte sein, libyschen Flugzeugen das Landrecht in westeuropäischen Ländern zu verweigern.

US-Verteidigungsminister Weinberger hat sich unterdessen dafür ausgesprochen, auf die passende Gelegenheit für eine Antwort an das Regime Khadhafi zu warten, dem die Unterstützung des internationalen Terrorismus vorgeworfen wird. Die Reaktion auf Terrorakte müsse wohlüberlegt sein. Seite 2: Der verdrängte Krieg

## Haben Generale in Afghanistan Sowjets verraten?

DW. Islamabad

Offiziere der afghanischen Armee arbeiten offenbar eng mit den Widerstandskämpfern im Land zusammen. Darauf weist die Meldung westlicher Diplomaten hin, wonach in der Hauptstadt Kabul mindestens vier afghanische Generale wegen Verrats geschnitten worden seien sollen. Die Diplomaten teilten gestern in Islamabad mit, den verhafteten Armeeführern werde vorgeworfen, Informationen über sowjetische Truppenbewegungen an die Rebellen-Kommandeure Ahmad Schah Masoud weitergegeben zu haben. Den Generalen droht die Hinrichtung.

Die sowjetischen Besatzer in Afghanistan hätten auf die Verhaftungen, die bereits am 5. Dezember vorgenommen worden seien, sofort reagiert. Seitdem dürfe kein Afghane mehr als vier Stunden im voraus über Truppenaktivitäten der Sowjets informiert werden.

## Sanktionen „kein geeignetes Mittel“

DW. Bonn

Die Erwartung der Vereinigten Staaten, daß sich die europäischen Verbündeten und andere Länder an Wirtschaftssanktionen gegen Libyen beteiligen werden, stößt vorwiegend auf Ablehnung. Bei einer Umfrage der Deutschen Presseagentur (dpa) erklärten die Regierungen in Europa fast einhellig, solche Maßnahmen seien nicht geeignet, den Terrorismus wirksam zu bekämpfen. Der Bonner Regierungssprecher Norbert Schäfer antwortete auf die entsprechende Frage, Wirtschaftssanktionen seien „kein geeignetes Instrument“. In Rom hieß es, die Regierung sei gegen Sanktionen, zumindest solange, bis nicht eindeutige Beweise für die Unterstützung des Terrorismus durch Libyen vorlägen.

## „Steuerpolitik nur ein Rahmen“

DW. Bonn

Steuersenkungen scheiden nach Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, Hans-Jörg Häfele, als Mittel der Konjunkturpolitik aus. In einem Beitrag für die WELT schreibt der CDU-Politiker: „Die Steuerpolitik hat in unserer Lage vielmehr die Aufgabe, auf Dauer und verlässlich die Rahmenbedingungen für Investitionen und Leistungen zu verbessern. Nachfragestützende Wirkungen sind angenehme Begleiterscheinungen“.

Häfele lehnt die Vorstellung von der „Machbarkeit der Wirtschaft“ ab. Sie wäre, so der CDU-Politiker, ein Rückfall in die Ideenwelt der 70er Jahre. Seite 9: Überforderte Steuerpolitik

## Washington baut „Patriot“ für die Raketenabwehr um

### Luftverteidigungssystem soll SS-21 und SS-23 zerstören

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Die Vereinigten Staaten sind dabei, dem neuen Luftabwehrsystem „Patriot“, das in großer Stückzahl auch in der Bundeswehr eingeführt wird, durch technische Verbesserungen die Fähigkeit zu geben, in einer Anti-Raketenversion (ARM) Kurzstreckenraketen wie die sowjetische SS-21 und SS-23 abzuschießen. Die Arbeiten an der Systemverbesserung sind bereits fortgeschritten.

Damit würde in Europa erstmalig die Möglichkeit geschaffen, die Bedrohung von NATO-Territorium durch sowjetische Raketen mit rund 600 Kilometer Reichweite eine Verteilung entgegenzustellen. Die „Patriot“ ist ein konventionelles Raketenabwehrsystem und soll dies auch bleiben. Bei den Luftverteidigungsverbänden des amerikanischen Heeres in der Bundesrepublik ist die „Patriot“ zum Teil bereits stationiert. Bei der Bundeswehr erhält die Luftwaffe „Patriot“.

In der amerikanischen Armee werden derzeit Studien zu einer zweiten Kampfverteidigung der „Patriot“

vorgenommen. Das Ziel soll es sein, die „Patriot“ in eine Abwehrakete gegen die sowjetische SS-22 zu verwandeln, eine ballistische Rakete, die etwa 1000 Kilometer Reichweite hat. Mit der SS-22 könnte aus dem Westen der Sowjetunion ein Atomangriff gegen die Bundesrepublik geführt werden. Die Verbesserung soll die Möglichkeit schaffen, sowjetische Marschflugkörper der neuesten Generationen abzuschießen.

Nach dem ABM-Vertrag von 1972 zur Begrenzung der Raketenabwehr wäre es vertragswidrig, ein Luftabwehrsystem in ein strategisches Raketenabwehrsystem zu verwandeln. Die Verbesserung der „Patriot“ würde nur der Abwehr taktischer Raketen dienen. Dies entspricht der sowjetischen Interpretation, die als strategische Waffen nur solche ansieht, die das Territorium der anderen Supermacht erreichen. Eine Raketenabwehr gegen die SS-21 und SS-23, so wie die SS-22 verstößt nach NATO-Ansicht mithin nicht gegen den ABM-Vertrag. (SAD)

## Rau verliert an Rückhalt

gba. Bonn

Der Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, hat offenbar an Zustimmung in der eigenen Partei verloren. In der vom „Politbarometer“ des ZDF monatlich vorgenommenen Beurteilung von Spitzenpolitikern durch eine Umfrage der „Forschungsgruppe Wahlen“ ist Rau Ende Oktober und Ende November jeweils mit dem hohen Sympathiewert von + 3,0 benotet worden. Ende Dezember, wenige Wochen nach seiner formellen Berufung zum Kanzlerkandidaten durch die Parteispitze, ist diese Note bei den SPD-Anhängern unter den Befragten auf + 2,8 gesunken.

Bei der allgemeinen Einschätzung, ohne Gewichtung nach Parteipräferenzen, liegt Rau mit + 1,3 weiter vor Bundeskanzler Kohl (+ 0,3), den allerdings mit + 2,7 mehr CDU/CSU-Anhänger zustimmen als SPD-Wähler ihrem Spitzenkandidaten.

Seite 4: Fallende Tendenz

## Polizei räumt Hüttendorf

DW. Wackersdorf

Rund 2000 Polizeibeamte haben gestern morgen mit der Räumung des Kernkraftgegnern besetzten Geländes für die Wiederaufarbeitungsanlage im oberpfälzischen Wackersdorf begonnen. Die Bewohner des Hüttendorfes im Taxibücker Forst, über deren genaue Zahl widersprüchliche Angaben vorliegen, wurden über Lautsprecher zum Verlassen des Dorfes aufgefordert. An die 100 Besetzer folgten dem Räumungsauftrag freiwillig. Anschließend begannen die Polizeikräfte mit der Räumung von Sperren und dem Abtransport der etwa 1000 Besetzer. Bis zum frühen Nachmittag waren rund 250 Platzbesetzer abtransportiert und etwa 180 festgenommen worden. Die Räumung verlief ohne ernsthafte Krawalle und Schlägereien. Am Rande der 17 Tage dauernden Besetzung war es immer wieder zu Auseinandersetzungen gekommen.

Während seines Deutschlandaufenthaltes will Israels Regierungschef auch das ehemalige Konzentrationslager Bergen-Belsen in der Lüneburger Heide besuchen, hieß es.

Seite 2: Abschied von Wackerland



DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wie man SDI umgeht

Von Bernt Conrad

Bundeswirtschaftsminister Bangemann fliegt am Freitag nach Washington - aber nicht etwa, um schleunigst ein SDI-Rahmenabkommen nach britischem Muster abzuschließen...

Für SDI sind das amerikanische Verteidigungsministerium und das ihm zugeordnete SDI-Office zuständig. Bangemann wird erst einmal mit dem von SDI weit entfernten Handelsministerium über Allgemeines konferieren.

Wo bleibt da das deutsche Ziel, auf die neue sicherheitspolitische Entwicklung durch Teilnahme Einfluß zu nehmen? Der Bundeskanzler hatte diese Perspektive einen Tag vor der Kabinettsentscheidung Mitte Dezember noch einmal ausdrücklich unterstrichen.

Möglicherweise wird es nun überhaupt nicht zu einer SDI-Vereinbarung kommen, sondern nur zu generellen Abmachungen, die dann nachträglich als „SDI-gerecht“ verkauft werden sollen.

Die einzige Hoffnung - und das ist wirklich beschämend - besteht jetzt darin, daß die Amerikaner Bangemann zu verstehen geben, sie wollten nicht über tausend Transferprobleme, sondern über eine SDI-Vereinbarung verhandeln.

Besuch in Hanoi

Von Werner Thomas

Zum ersten Mal seit dem Ende des Vietnamkonfliktes vor fast elf Jahren besuchte eine hochrangige amerikanische Regierungsdelegation Hanoi. Die Zeit heilt Wunden. Diplomatische Beziehungen stehen jedoch nicht zur Debatte.

Das ging schon daraus hervor, daß ein Unterstaatssekretär des Verteidigungsministeriums die Delegation leitete, Richard L. Armitage, und nicht der Vertreter des State Department.

Hanoi hatte jahrelang jede Kooperation verweigert. Dieses Kapitel sei abgeschlossen, hieß es. Es könnten keine Verfehlungen mehr gefunden werden, weder tot noch lebendig.

Nun kommen jedoch andere Signale aus Hanoi. In den letzten einundzwanzig Jahren sind plötzlich mehrfach Soldaten-Leichen entdeckt worden. Amerikanische Militärmaschinen flogen die Gefallenen zurück in die Heimat.

Der Wunsch nach diplomatischen Beziehungen geht von Vietnam aus. Die marxistischen Machthaber versprechen sich davon wirtschaftliche Vorteile. Vietnam zählt heute zu den Armenhäusern Asiens, trotz der wachsenden sowjetischen Hilfe.

Washington verspürt allerdings keine Eile, solange Vietnam als Besatzungsmacht in Erscheinung tritt. 140 000 vietnamesische Soldaten okkupieren Kambodscha. Auch die demokratische Opposition im Kongreß unterstützt diese Haltung.

Kann sein, daß einmal ein amerikanisches Verbindungsbüro ohne diplomatischen Status errichtet wird, das sich auf die Klärung der Verfehlensckalsale konzentriert. Mehr ist von diesem Besuch kaum zu erwarten.

Wo die Köpfe rauchen

Von Joachim Neander

Für viele der neuen Aktivitäten gegen das Rauchen gilt: So läßlich vielleicht die Absicht, so falsch die Methode. Dem Zeitgeist willig hinterhertrötend, hat man sich nämlich die böse Zigarettenindustrie als Hauptfeind erwählt - etwa nach der Philosophie: Gelänge es erst, den übermächtigen Konzernen die Werbung oder gar die Herstellung zu verbieten, gäbe es auf einen Schlag nur noch Nichtraucher.

Nur selten läßt sich eine derartige Klein-Moritz-Verwechslung von Ursache und Wirkung so leicht entlarven wie hier. Gleich nach dem Krieg gab es eine Zigarettenindustrie bekanntlich nur noch in Rudimenten. Werbung hätte das kippensammelnde Volk sich als Verhöhnung verboten. Womit hätte man auch werben sollen?

Rauchen hatte wenig Faszinierendes. Es war sündhaft teuer und eigentlich unverantwortlich gegenüber anderen Erfordernissen. Es war unendlich mühsam in der Beschaffung, teilweise - nimmt man bestimmte Begleiterscheinungen - sogar widerwärtig und erniedrigend.

Eigentlich hätte sich in dieser Zeit der Anteil der Raucher an der Bevölkerung rapide verringern müssen. Aber mitnichten. Zur Not sog man in der Pfeife den Zigarrenstummel eines Wildfremden oder drehte sich gar Steckrübenblätter in Zeitungspapier. Kaum jemand erwog auch nur, sich das Rauchen abzugewöhnen. Und Jugendliche verfielen gerade damals diesem Laster in Scharen. Warum? Ein unerforschtes Kapitel menschlichen Verhaltens.

Die große Nichtraucherbewegung begann jedenfalls erst, als es wieder beliebig viel zu rauchen gab, und auch die Werbung wieder angefallen war. Das ist durchaus folgerichtig. Der sicherste Weg zum Nichtraucher ist und bleibt der freie Entschluß, auf etwas jederzeit Erreichbares zu verzichten. Wer den Millionen Rauchern einredet, sie seien nur gedankenlose Opfer der gigantischen Werbung, verbaute ihnen diesen Weg. Eigentlich müßte die Zigarettenindustrie diesen ihren unfreiwilligen Helfern Prämien zahlen - Prämien der Dummheit.



Frankenstein: Dörings Posse

KLAUS BÖHLE

Die peinliche Einladung

Von Herbert Kremp

Die erste Pressekonferenz des amerikanischen Präsidenten im neuen Jahr galt dem Thema Terrorismus. Läßt dies eine Voraussetzung für 1986 zu?

Ronald Reagan forderte die zivilisierten Staaten auf, durch wirtschaftliche und politische Sanktionen den Bewegungsspielraum des libyschen Diktators Khadafi einzuzengen.

Die Aufforderung des amerikanischen Präsidenten, an der Eingrenzung des Staatsterroristen Khadafi mitzuwirken, wird in der alten Welt als unangenehm und unglücklich empfunden.

Der Terrorismus in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

dieser Krieg führbar, weil Methoden der Abschreckung noch nicht entwickelt sind oder (beispielsweise gegenüber Selbstmordkommandos) versagen.

Hochzivilisierte, offene Länder wie die westeuropäischen sind leichter angreifbar als geschlossene politische Systeme wie die kommunistischen.

Kriegsziel ist die politische Erpressung mit der Folge der Destabilisierung oder Zerrüttung der Staaten- und Bündnisbeziehungen.

Zwischen Begriff und Wirklichkeit gibt es Unterschiede, doch hat das Pferd immer etwas mit der Pferdheit zu tun.

Die sich entwickelnde Kriegsforn führt zu dem logischen Schluß, daß der Staatsterrorist nur im eigenen Souveränitätsbereich wirksam bekämpft und geöffnet werden kann.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

Die Terroristen sind in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges.

IM GESPRÄCH Branko Mikulic

Der harte Dogmatiker

Von Carl Gustaf Ströhm

Noch ist es offiziell nicht beschlossen, und dennoch steht der Name des neuen Mannes, der in wenigen Wochen das Amt übernehmen wird, so gut wie fest: Branko Mikulic wird die Nachfolge von Frau Milka Planinc als Chef der Bundesregierung Jugoslawiens antreten.



Jugoslawiens designierter Ministerpräsident: Mikulic FOTO OPA

Der 1928 geborene Kroate aus Bosnien gilt als Vertreter eines harten, manche sagen sogar dogmatischen Führungsstils der jugoslawischen KP. Insofern dürfte der Wechsel von Frau Planinc zu Mikulic im jugoslawischen Ministerpräsidium mehr als bloße Formalität und Routine sein.

Seine Vorgängerin - gleichfalls Kroatin, aber aus der Republik Kroatien stammend - hatte zwar ebenfalls kein liberales Profil, galt aber als föderalistisch und eher pragmatisch.

Politische Beobachter vermuten, daß mit dem Einzug von Mikulic in die Belgrader Regierung ein schärferes Klima sich ausbreiten wird.

Mikulic, gegenwärtig noch Vertreter der Teilrepublik Bosnien-Herzegowina im jugoslawischen Staatspräsidium, gehört dem Gremium gemeinsam mit dem aus Slowenien stammenden und über gute Verbindung zum Militär verfügenden Stane Dolanc, ferner dem ehemaligen Außenminister und jetzigen Repräsentanten Kroatiens, Josip Vrhovec, sowie dem ehemaligen Verteidigungsminister und jetzigen Repräsentanten Serbiens, General Nikola Ljubicevic, zu den Anhängern einer härteren Gangart, manche sagen sogar einer Politik der harten Hand in Jugoslawien.

In „seiner“ Teilrepublik Bosnien-Herzegowina ist Mikulic der wohl einflußreichste politische Funktionär. Er hat dort nicht nur die Olympischen Winterspiele von Sarajevo 1983 erfolgreich organisiert, sondern in Bosnien ein derart liberales Klima geschaffen, daß kritische Intellektuelle und Universitätslehrer aus Sarajevo nach Belgrad „emigrierten“; im Verhältnis zu Bosnien gilt Serbien als geradezu liberal.

Der einstige Absolvent der Wirtschaftshochschule Zagreb hat sich vom Vorsitzenden des Gemeinderats von Sarajevo über den Posten eines Ministerpräsidenten der Landesregierung bis in die höchsten Ränge der KP vorgearbeitet.

In der kroatischen Krise 1971 - als die KP-Führung in Zagreb eine kroatisch-nationale „Massenbewegung“ organisierte - gewann er Titos Vertrauen. Mikulic nahm damals im bosnischen Städtchen Bujaco an den vertraulichen Besprechungen mit Tito teil, die dann zum Gegenschlag und zur Absetzung der kroatischen Nationalkommunisten führten.

Nach diesem Loyalitätsbeweis ging der Stern des bosnischen Kroaten am politischen Himmel Jugoslawiens erst richtig auf.

Als Vertreter Bosniens und der Herzegowina - der jugoslawischen Teilrepublik mit der komplizierten nationalen und religiösen Struktur, mit einer Bevölkerung aus christlich-orthodoxen Serben, katholischen Kroaten und einer Mehrheit bosnischer Moslems, also mit dem Islam im eigenen Land - ist Mikulic schon deshalb Verfechter einer harten Politik, weil er meint, seine Republik nur so zusammenhalten zu können. Das soll nun für das ganze Land taugen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Presse

Zur Lage in Libanon nach dem Abkommen von Taef schreibt die Wiener Zeitung:

Besonders enttäuscht sind die von Khomeini inspirierten schiitischen Extremisten, die aus Libanon einen Gottesstaat à la Iran machen wollen.

Dieser islamische Traum ist vorerst ausgeräumt - und dennoch wird der „neue Libanon“ auch in seiner religiösen Dimension völlig verändert sein.

War das Land bisher die letzte Bastion der größten christlichen Gemeinschaft im Nahen Osten, so wird es sich auf lange Sicht zu einem durch und durch arabisch-moslemischen Staat entwickeln.

Ob dies die Christen hinnehmen werden, die den Großteil der Wirtschaft in Händen haben und die eher geringeschätzt auf die Moslems herabsehen, ist mehr als fraglich.

Le Monde

Die Pariser Abendzeitung glaubt nicht daran, daß die USA ihre Drohungen gegen Libyen in die Tat umsetzen werden.

Die Vereinigten Staaten sind bestrebt, und ihre Meinung wird von einer Anzahl arabischer Staaten geteilt, aus Oberst Khadafi keinen „Martyrer“ zu machen. Eine Militäraktion würde die Legende vom „Mann der Verweigerung“ nur noch erhärten. Libyen ist schließlich auch nicht Grenade: Das Land verfügt über bemerkenswerte militärische Einrichtungen und die Fähigkeit von mehreren tausend Beratern aus dem Ostblock. Deren Präsenz beschwört das Risiko einer Eskalation im Falle eines Konflikts herauf.

Das Wahlsystem setzt zum Wahlkampf: Von „Schweineereien“, von „Frankenstein“, sogar von „Säuen“ ist die Rede - der Wahlkampf hat begonnen. Wird auf der politischen Bühne in Bonn jetzt zwölf Monate lang gehalten? Die Versuchung ist groß. Echte Krisen gibt es nicht; ernste Koalitionskonflikte auch nicht, die Konjunktur läuft gut - da müssen sich die Partei-Manager Themen ausdenken, über die geredet wird. Aber grobe Worte sind kein überzeugendes Programm.

Der Umsatz soll in der Zeitperiode von 1986 bis 1990 über 300 Milliarden Mark betragen (28 Prozent mehr als in der Zeit von 1981 bis 1985). Dies sei „in der Welt ohne Beispiel“, freute sich das Politbüro. Dafür genügt es, den Sowjethandel im Jahresdurchschnitt um drei Prozent zu vergrößern (1984: plus zehn Prozent). Der auf 39 Prozent gestiegene Anteil der UdSSR am „DDR“-Außenhandel dürfte wohl etwas schrumpfen, falls der Plan nicht wie früher überboten wird.

Honecker versprach, die „DDR“-Industrie „noch stärker auf den Bedarf der UdSSR“ zu orientieren. Diese Ausrichtung sei mit „großen Anstrengungen“ verbunden, räumte die „Junge Welt“ der FDJ ein. Aber: „Vor allem werden wir damit unserer Klassenpflicht gegenüber der Hauptmacht des Sozialismus gerecht.“

Klassenpflicht und Havarie-Fenster 1986

Die wirtschaftliche Verflechtung „DDR“-UdSSR wird noch enger / Von Dieter Fuchs

Zum Jahreswechsel fand Erich Honecker neue Worte für eine alte Parole. Früher predigte die Partei, „von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“.

Jetzt meinte der SED-Generalsekretär, vor allem die Zusammenarbeit mit der UdSSR sei eine „entscheidende Garantie“ dafür, daß „wissenschaftlich-technische Spitzenleistungen“ erreicht werden.

Damit dies gelingt, verlangt der „DDR“-Plan für 1986, die Verflechtungen beider Volkswirtschaften zu verstärken. Es sollen nicht einfach mehr, sondern vor allem höherwertige Erzeugnisse gehandelt werden. Das ist auch ein Hauptmerkmal des Handelsabkommens für 1986 bis 1990.

Seit Jahren bemühen sich beide Staaten, unter anderem mit Hilfe von etwa zweihundert Regierungsabkommen, die arbeitsteilige Kooperation zwischen ihren Industrien auszuweiten. 1970 entfiel laut „DDR“-Statistik erst ein Prozent der Lieferungen in die UdSSR auf spezialisierte Waren, 1984 kam man bereits auf 49 Prozent.

Als Beispiel für die Zusammenarbeit erwähnte der Generaldirektor des VEB Kombinat Schienenfahrzeugbau, Detlef Jank, daß neue, für die UdSSR konstruierte Weitstreifen-Personenwagen ein von den Waggonwerken Ammendorf und Kalinin „gemeinsam“ entwickeltes „Havarie-Fenster“ erhalten, das im Notfall ein schnelles Aussteigen ermöglicht.

Eine solche Chance zu baldigem Aussteigen bietet sich der „DDR“-Regierung im Sowjethandel nicht. Ihre Kombinate helfen nämlich bei der Modernisierung und Erweiterung der sowjetischen Industrie ungleich stärker, als das umgekehrt der Fall ist. Rund 67 Prozent aller „DDR“-Exporte in die UdSSR, aber nur elf Prozent der Importe von dort bestanden 1984 aus Investitionsgütern, wie auf dem 11. Symposium der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen mitgeteilt wurde.

Moskau bezugsweise sind so umfangreich, daß große Teile der volkseigenen Industrie über-

wiegend für die Sowjets arbeiten. Dazu gehören der Schiffs- und der Waggonbau. Für die an Rohstoffen arme „DDR“ sind solche besonders materialintensiven Produkte nicht die günstigsten Exportartikel.

Vorteilhafter könnte der Export von Werkzeugmaschinen oder Elektronik sein. Aber hier nimmt die UdSSR große Mengen ab, die die „DDR“ gern an westliche Firmen verkaufen würde - oder auch gern behalten würde, weil sie ihren eigenen Bedarf nicht vollständig zu decken vermag. Jede zweite Werkzeugmaschine wird in die UdSSR exportiert („National-Zeitung“); mehr als die Hälfte der vom Kombinat Robotron hergestellten EDV-Anlagen mittlerer Leistung gehen denselben Weg („Berliner Zeitung“).

Das „Land Lenins“ (Honecker) schickt vor allem Rohstoffe. Die größte Rolle spielt das Erdöl. 1984 benötigte die „DDR“ gut 40 Prozent des Erlöses aus ihren Exporten in die UdSSR allein zur Bezahlung des flüssigen Goldes. Stattlich wirken die neu vereinbarten Men-

gen, doch sind sie für fünf Jahre bestimmt. Die „DDR“ bezieht unter anderem (in Millionen Tonnen): Erdöl: 85, Steinkohle: 21, Eisenerz: fast neun, Walzstahl: 16, Roh Eisen: knapp fünf und etwa 35 Milliarden Kubikmeter Erdgas.

Noch imponierender klingen einige Gegenlieferungen in die UdSSR (in Milliarden Valuta-Mark): Werkzeugmaschinen: 15, Schiffe: fast 13, Landmaschinen: gut elf, Waggonen: sieben, Elektrotechnik und Chemieanlagen: je fünf sowie Mikroelektronik: vier (letzteres gegen sieben aus der UdSSR).

Wichtig ist, daß die „DDR“ viel neu zu entwickelnde Erzeugnisse zu liefern hat. Sie müssen von „höchsten technischem Niveau“ sein, mahnte Staatssekretär Gerhard Beil vom Außenhandelsministerium unter Hinweis auf „Verpflichtungen“, die „unsere Partei in Moskau eingegangen ist“.

Viele Einwohner der „DDR“ halten das Geschäft mit der Sowjetunion (oft in Erinnerung an die Reparationen) für unvorteilhaft. Dem Kream kann es nicht leicht

gefallen sein, der materiell besser gestellten „DDR“ mehr Waren zu liefern, als man von dort erhält (seit 1975 für gut 16 Milliarden Valuta-Mark). Vermutlich muß die „DDR“ nun diesen Defizitberg abtragen.

Der Umsatz soll in der Zeitperiode von 1986 bis 1990 über 300 Milliarden Mark betragen (28 Prozent mehr als in der Zeit von 1981 bis 1985). Dies sei „in der Welt ohne Beispiel“, freute sich das Politbüro. Dafür genügt es, den Sowjethandel im Jahresdurchschnitt um drei Prozent zu vergrößern (1984: plus zehn Prozent). Der auf 39 Prozent gestiegene Anteil der UdSSR am „DDR“-Außenhandel dürfte wohl etwas schrumpfen, falls der Plan nicht wie früher überboten wird.

Honecker versprach, die „DDR“-Industrie „noch stärker auf den Bedarf der UdSSR“ zu orientieren. Diese Ausrichtung sei mit „großen Anstrengungen“ verbunden, räumte die „Junge Welt“ der FDJ ein. Aber: „Vor allem werden wir damit unserer Klassenpflicht gegenüber der Hauptmacht des Sozialismus gerecht.“



Eine moderne Form des Krieges: Khadafi FOTO: CAMERA PRESS

WI STO



# Abschied von Wackerland, beinahe sanft und mit Musik

Als gestern die Polizei das Hüttendorf der Kernkraftgegner im Taxildener Forst räumte, war auf beiden Seiten scheinbar die gleiche Parole ausgegeben worden: Seid nett zueinander. Doch zur Idylle reichte es noch nicht ganz.

Von DETLEV AHLERS

Auf der Plattform über dem Gemeinschaftshaus blies ein Trompeter. Müßig denn zum Städtle hinaus - dank wurde er von einem Polizei-Einsatzkommando abgeseilt. Die Räumung des Hüttendorfes auf dem Gelände der geplanten atomaren Wiederaufbereitungsanlage (WAA) bei Wackerdorf verlief gestern weitgehend friedlich.

Schon vor Sonnenaufgang hörte man im Dorf die herannahenden Polizeiwagen. Gestern sollten die Räumungsarbeiten fortgesetzt werden, die Räumung konnte für die Platzbesetzer also keine Überraschung sein. Die Autonomen, jene oft gewalttätigen Protestler, die bei vielen Demonstrationen dabei sind, waren schon spätestens Montag nach abgerufen. Der Polizeipräsident von Niederbayern und Oberpfalz, Hermann Frikar, leitete den Einsatz der 2000 Polizisten. Er sagte der WELT: „Die Bürgerinitiativen aus der Umgebung haben sich mit ihrem Vorhaben, nur gewaltfrei Widerstand zu leisten, durchgesetzt.“

Die Polizei schloß einen Kreis um das Dorf mit den 50 Holzhütten. Die etwa 1000 Leute auf dem Platz wurden mehrfach aufgefordert, die „aufgelöste Versammlung“ zu verlassen, weil sie sonst festgenommen und wegen Nötigung, nämlich Behinderung der Räumungsarbeiten, angezeigt würden. Etwa 250 folgten dieser Aufforderung und gingen freiwillig, die anderen - unter ihnen acht Bundestagsabgeordnete der Grünen - bildeten Ketten vor den Polizisten oder betrachteten das Spektakel von den langsam verlöschenden Lagerfeuern aus.

Stundenlang standen sich so die WAA-Gegner und die Polizisten in Aug' gegenüber. Dabei gab es viele Unterhaltungen, wobei beiderseits ein lockerer, meist freundlicher Ton zu hören war. „Bei uns in Baden-Württemberg sind von 200 Lehrmittelsbewerbern nur vier genommen worden“, klagte ein Lehrer auf der einen Seite, der bayerische Polizist ihm gegenüber nannte ähnliche Zahlen aus seiner Dienststelle. Die ehemalige Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete der Grünen, Thea Bock, wurde von einem Polizisten als „Terroristin“ angeklacht, weil sie einen Fuchsfell-Mantel trug.

„Hoffentlich habt ihr keinen Hunger“, meinte ein Polizeioffizier zu den Demonstranten, als ein Fahrzeug mit der Mittagsverpflegung der Beamten anrollte. An vielen Stellen hatten sich beide Seiten geeinigt, „sanft“ miteinander umzugehen. Die WAA-Gegner skandierten hinterher den Wunsch: „Dienstags frei für die Polizei“ und forderten die Grenzschutzbeamten auf, die Dörfergrenze der „Freien Republik Wackerland“, wie sie ihr Protestdorf nannten, zu schützen.

Es gab aber auch haßerfüllte Sprechchöre auf Demonstrationen, zum Beispiel „SS - SA - SEK“ (Sonder-Einsatzkommando), oder „Bullen - Mörder“, aber sie fanden in der Masse kaum Unterstützung und verstummten schnell.

Langsam schlossen die Polizeizeichen den Kreis enger, wobei sie die



Welche Fronten im Hüttendorf: Zwischen Polizei und Besetzern entspann sich manch ein Plausch

FOTO: AP

Demonstrantenketten zum Teil gewaltsam zurückdrängen; bis zum Mittag war jedoch nur einmal ein Schlagstock eingesetzt worden. Die Hütten, die die Polizisten „eroberten“, rissen sie sofort ein. Große Schwierigkeiten bereitete nur ein 15 Meter hohes Baumhaus. Zweimal versuchten Hubschrauber vergeblich, SEK-Beamten dorthin abzulassen. In der Nähe des Holzkreuzes hielt derweil ein Religionslehrer aus Regensburg einen Feldgottesdienst ab, für den ihm ein Polizist sein Megaphon lieh. Gesungen wurde vor allem „We shall overcome“. Daneben feierten es die Platzbesetzer lautstark als Erfolg, kurzfristig das Klo „zurückerobert“ zu haben. Ein Demonstrant hatte zuvor direkt vor den Polizisten seinen Notdurft verrichtet.

Der Schwandorfer Landrat Hans Schürer (SPD) wurde von den Demonstranten lautstark gefeiert, als er mit einem Besuch seine Solidarität zeigte. Dem Aufruf der Polizei, den Platz zu räumen, folgte er lange nicht. Von der WELT darauf angesprochen, ob er sich strafbar machen wolle, sagte er: „Ich gehe, wenn es an der Zeit ist.“ Festgenommen wurde er nicht, allerdings hetzte, wie er erzählte, ein Polizist seinen Hund auf ihn und ließ

ihn „bis auf 20 Zentimeter an die Gurgel heran“. Zwei WAA-Gegner wurden von den Demonstrations-Sanitätern wegen Hundebissen verbunden. Einmal holten die alternativen Helfer auch die Polizei-Ärzte zu Hilfe, als ein Demonstrant in der Kette eine Kreislaufschwäche erlitt. Zwei Polizisten wurden bis zum Nachmittag verletzt, allerdings nicht von Demonstranten, sondern während der Abräumarbeiten.

Unter den WAA-Gegnern auf dem Platz, die im Laufe des Tages gruppenweise festgenommen und abtransportiert wurden, war etwa die Hälfte aus der Oberpfalz, darunter auch viele ältere Leute, während die Auswärtigen fast ausschließlich unter 30 Jahre alt waren. Einige hatten einen verärgerten Gesichtsausdruck und beschwerten die Polizisten: „Wir sind doch auch für eure Kinder hier!“ Insgesamt war die Stimmung jedoch eher fröhlich. Dazu trugen auch die „Biermösl-Blossen“, bei, eine einheimische Gruppe, die mit Ziehharmonika, Trompete und Gitarre herumzog. Hintersinnig intonierten sie: „Auf Wiederseh'n, bleibt nicht zu lange fort!“, als wieder eine Gruppe abgeführt wurde. Die Bürger aus der Umgebung wurden offenbar nach der

Feststellung der Personalien in Platznähe sofort wieder freigelassen, während die jungen auswärtigen Demonstranten in Sammelstellen gefahren wurden.

Polizeipräsident Frikar sagte, ein Wiederholung des Dorfes, wie nach der ersten Räumung am 18. Dezember, werde er nicht zulassen. „Die Räumungsarbeiten werden jetzt auch an Wochenenden fortgesetzt und der Platz wird laufend bewacht werden.“ Am Morgen, so berichtete er, seien einige Polizeiwagen über Krähenfüße gefahren und mit platten Reifen begangen. Von den Störkommandos, die sich am Vorabend aus dem Lager verabschiedet hatten, um die Polizei sozusagen aus dem Rücken zu provozieren, war offenbar sonst nichts zu merken.

Die Taktik der Besetzer, die im Plenum abgesprochen wurde, war es, sich am Schluß um ein großes Holzkreuz zu versammeln, um den letzten Polizeieinsatz besonders symbolträchtig erscheinen zu lassen. Im Laufe des Nachmittags kam es dann häufiger zum Einsatz von Schlagstöcken, weil die Polizei nun dem Dorf möglichst schnell ein Ende bereiten wollte.

# Die Uni denkt, die Agentur lenkt - der Betrieb blüht

In den letzten Jahren sind sie aus dem Boden geschossen: Agenturen für Technologie-Transfer, die zwischen Hochschulen und Unternehmen, besonders kleinen und mittleren, ein Scharnier bilden. Was in „Silicon Valley“ längst zum verkürzten Vorbild wurde - hierzulande nimmt es Gestalt an: die betriebliche Nutzung der Universitäten.

Von PETER PHILIPPS

Peter Glotz, damals Wissenschaftssenator in Berlin und neuen Ideen schon immer aufgeschlossen, gehörte Mitte der siebziger Jahre zu den politischen Gründern der Technologie-Transfer-Agenturen. Die Berufung an den Hochschulen, der Abgang der sogenannten 68er-Generation erlaubten es allmählich wieder zu unverkrampftem, weniger ideologisch belastetem Umgang zwischen Wirtschaft und Universität zu gelangen. Es war auch angesichts der Entwicklung der internationalen wirtschaftlichen Konkurrenz höchste Zeit, und Berlin sollte eine Vorreiterrolle spielen.

Die Idee einer Servicestelle, die den Zugang der Wirtschaft zum Potential der Hochschulen fördert, Schwellenängste der Praktiker abbaut und zugleich auch als eine Art Marketing-Agentur nach Interessenten für Forschungsvorhaben und Ergebnisse sucht, hat sich inzwischen grundsätzlich bewährt und Nachahmer gefunden. Durch die gesamte Bundesrepublik Deutschland zieht sich inzwischen ein wahres Netz derartiger Agenturen nach dem Motto: Laßt tausend „Silicon Valleys“ blühen.

Zu den jüngsten Neugründungen gehört der privatrechtliche Verein „Hamburger Institut für Technologie-Transfer“, der an die neue Technische Universität Harburg angebunden ist und auch - „Silicon Valley“ läßt grünen - Existenzgründungen fördert. Doch der ehemalige Hamburger Wissenschaftssenator Hansjörg Sinn hat beschrieben, wie weit dies alles noch von einem Idealzustand entfernt ist, wie groß noch immer die Scheu kleiner und mittlerer Unternehmer ist,

sich mit Hochschulen einzulassen: „Von 100 Denkanstößen stammen rund 95 aus der Technischen Universität, nur fünf sind von Unternehmen herangetragen. 20 von den 100 sind in ein Prüfungsstadium und 10 in ein Realisierungsstadium getreten.“ Walter Eversheim, Professor an der Technischen Hochschule Aachen, ergänzt: „Häufige Ursache für Nichtzustandfinden von Transfer Hochschule-Wirtschaft sind beispielsweise zu wissenschaftliche Ausdrucksweisen bei der Dokumentation, der Not-invented-Here-Effekt und ähnliche Bedingungen.“

Dabei soll der Ablauf, simplifiziert, völlig problemlos sein: Ein mittelständischer Unternehmer fährt mit seinem Problem zur nächstgelegenen Hochschule, präsentiert die Frage der Transfer-Agentur und erhält wenig später von den fachlich zuständigen Forschern der Universität die Lösung. Dies gibt es zwar auch vereinzelt, doch - so Sinn - kommt es immer wieder zu erheblichen Schwierigkeiten, daß Unternehmen und Forscher nicht auf einen gemeinsamen Nenner kommen: Die kleinen und mittleren Betriebe können ihre spezielle Fragestellung nicht verallgemeinern, aber an den Hochschulen ist es es gewohnt, nur allgemeine wissenschaftliche Probleme aufzugreifen und zu bearbeiten. Sinn: Gerade deshalb „glibt es natürlich gar keinen anderen Weg, als solche (Transfer-) Stellen einzurichten und zu fördern“, die Dolmetscherdienste leisten. Ein Teil der Schwierigkeiten wird inzwischen nicht nur durch beginnende Gewöhnung aneinander relativiert, sondern auch dadurch, daß etwa Problemstellungen als Promotionsarbeiten von den Professoren an Doktoranden weitergegeben und beaufsichtigt werden.

Jürgen Starnick, Vizepräsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz und bis vor wenigen Monaten Präsident der Technischen Universität Berlin, sieht in den Technologie-Transferstellen, ein Fenster zur Wirtschaft, das sich die Universitäten geschaffen hätten. „Von außen merkt man, daß die Universität ansprechbar ist.“ Dies will auch der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel nun vorantreiben und hat deshalb eine Expertenkommission untersuchen lassen, wie sich „das in

Hochschulen und Forschungseinrichtungen vorhandene technische Wissen und Können in Produktionsvorgänge umsetzen“ lasse. Daß der eine oder andere ASIA noch immer in den alten Kategorien denkt und über einen angeblichen „Ausverkauf der Wissenschaft“ klagt, ist heute nur noch eine Arabeske.

Zu denen, die - neben den Berlinern - über die größte und längste Erfahrung verfügen, gehören die Ruhr-Universität Bochum und die Technische Hochschule Aachen. Mit ihrer „unicontact“ geben die Bochumer beispielsweise auch auf Messen und organisieren Fachtagungen für die interessierte Industrie. Wolfgang Budach, Chef der Transferstelle, läßt darum keinen Zweifel daran, daß der Zufluß an Drittmitteln zur Ruhr-Universität (1984: 41 Millionen Mark) zu einem nicht geringen Teil auch den Aktivitäten von „unicontact“ zu verdanken ist. Und die Kunden sind, wie man hört, zufrieden.

Bei allen Technologie-Transfer-Aktivitäten stehen die Kammern der Wirtschaft zur Verfügung. Dies mag dazu beigetragen haben, daß sich die Horizonte allmählich erweitern und nicht nur in Hamburg-Harburg die Förderung des persönlichen Transfers, also die Gründung neuer Unternehmen vor allem durch Absolventen der nahegelegenen Hochschule, zu den Aufgaben hinzuwächst. Eversheim bringt dies auf die Formel: „Die Nachteile beim Technologie-Transfer werden alle kompensiert, wenn der Inventor die Ideen selbst münzt in die Industrie, sie realisiert und in der Verwirklichung eine persönliche Motivation sieht. Inventor und Innovator sind identisch.“ Dies war schließlich auch das Rezept von „Silicon Valley“, wo sich in einem eng begrenzten Gebiet rings um die Universität Stanford bei San Francisco innerhalb von zwanzig Jahren mehrere hundert kleine und mittlere Firmen angesammelt haben, gewachsen aus dem Stanford Industrial Park.

Eversheim hat in Aachen begonnen, den Gedanken in die Praxis umgesetzt. Bereits einen ganzen Schritt weiter sind - wiederum neben den Berlinern - die Dortmunder, wo vor allem die Industrie- und Handelskammer die treibende Kraft für die Errichtung eines Gründerzentrums im Umfeld der Hochschule war. Hauptgeschäftsführer Aden berichtete kürzlich, daß aufgrund der Nachfrage eigentlich schon eine zweite Baustufe begonnen werden könne. Essen hingegen steht noch gänzlich am Anfang derartiger Aktivitäten: Mit einem Katalog hat man dort erst einmal ganz vorsichtig der interessierten Wirtschaft offeriert, was die Hochschule so zu bieten hat. Gemeinsam mit Kommune, Kammern und Stadtparkasse ist aber bereits der nächste Schritt geplant worden, ebenfalls ein „Technologie-Park“.

Eine weitere Ergänzung beim Technologie-Transfer wird dadurch versucht, daß vereinzelt ein personeller Austausch zwischen Unternehmen und Hochschulen begonnen worden ist: Der universitäre Theoretiker geht für eine begrenzte Zeit in die Praxis der Wirtschaft, der dortige Stelleninhaber wechselt für die gleiche Zeit an die Hochschule.

Doch an dieser Stelle beginnt auch wieder die Klage über Bürokratie und Politiker, die doch sonst jede ihrer Reden mit der Forderung nach Technologie-Förderung verziern. Eversheim klagte auf dem vorletzten „Villa Hügel-Gespräch“ des Stifterverbandes: „Hier wurden in den letzten Jahren und werden zur Zeit Gesetze, Erlasse und Vorschriften von sachfremden Gremien formuliert, die den Personalaustausch zwischen Hochschule und Wirtschaft sowie die Kooperation von Firmen mit Hochschulinstanzen erschweren bzw. unmöglich machen.“

# Sicherheit über alles: Der Vorstoß ins Minister-Auto

Bom ist ein heißes Pflaster. Das gilt nicht gerade für das hauptstädtische Nachtleben, doch um so mehr für die Gefährdung der Sicherheit der Staatslenker. Nun bekommen auch die Fahrer der Regierungsvertreter einen schärferen Wind zu spüren.

Von WERNER KAHL

Im Hof des Bundeskanzleramtes spielten sich in den letzten Tagen ungewöhnliche Szenen ab: Streifen des Bundesgrenzschutzes pflanzten sich plötzlich vor Fahrern von Dienstwagen der Ministerialbürokratie auf. Das Auto müsse durchsucht werden, erklärte der Vorgesetzte. Befehl des Kommandeurs.

Also, Kofferraum auf, Blick ins Handschuhfach, hinter die Sitze, unter den Wagen. Verdutzt sahen die Fahrer beim Durchsuchen der Staatskarossen zu. Hatte sich einer von ihnen verächtlich gemacht? Nein, kein konkreter Tatverdacht. Ein Befehl eben, künftig zur Abwehr möglicher Gefahren auch um Wagen des Regierungsfuhrparks keinen Bogen zu machen.

Bei den Sicherheits-Vorkehrungen gegen mögliche terroristische Anschläge im Regierungs- und Parla-

mentsviertel weilt seit einigen Tagen ein schärferer Wind - und schon schlug's manchem Bediensteten und Politiker auf die Galle. Bittere Klagen bekam deshalb der Kommandeur des Bundesgrenzschutz-Kommandos West, Ulrich Wegener, nach den Durchsuchungen zu hören.

Das Kommando West war am 1. Dezember 1975, wegen des besonders hohen Gefährdungsgrades der Verfassungsgüter und der Bundesministerien, errichtet worden. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens würdigte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) bei einem Appell im vergangenen Monat die Tätigkeit der etwa 4000 Mitarbeiter, darunter auch die der „GSG 9“.

Mit dem Entschluß, in die präventiven Sicherheits-Maßnahmen auch Dienstwagen einzubeziehen, war allerdings keine Vor-Warnung verbunden, wie man es bisher in der Bundeshauptstadt selbst vor Zugriffen der Spionageabwehr in Partei- und Regierungsbüros gewohnt war. Über die Gründe für die BGS-Aktion, auch die Dienstwagen in Augenschein zu nehmen, schwieg sich das Kommando aus, um nicht Einblicke in Erkenntnisse zu bieten, doch kann eigentlich diese Kontrolle nicht überraschen.

Vor Weihnachten war bekanntge-

worden, daß „Unbekannte“ offenbar ein Kennzeichen des Dienstwagens von Minister Jürgen Warnke, Ressort wirtschaftliche Zusammenarbeit, gefolgt hatten. Während der Minister auf dem Chausseur wartete, war dieser unter dem Verdacht, mit einem gefälschten Kennzeichen zu fahren, von der Polizei gestoppt worden. Früher hätten die Vorgesetzten die Streife angewiesen, bloß nicht noch einmal einen Wagen mit Ministerstander aufzuhalten. Doch beim Grenzschutzkommando West sieht man die Lage nicht für so entspannt an, daß Wagen der Ministerien und des Parlaments tabu sind. Indizien aus der linksextremistischen Szene bieten vielmehr nach Ansicht von Sicherheitsexperten Anlaß zu höchster Wachsamkeit.

„Wir müssen davon ausgehen, daß das neue Jahr brisanter als 1985 wird“, sagte Ulrich Wegener auf die Frage der WELT nach den Fahrzeugkontrollen. So stellt man sich darauf ein, daß sich Terroristen durchaus eines Chausseurs bemächtigen oder erpressen könnten, um in das rund um die Uhr scharf bewachte Regierungszentrum zu gelangen.

Deshalb analysierten die Sicherheitsbehörden terroristische Pläne vergangener Jahre. Dazu gehörte die Ausspähung des Terrains vom Kanzleramt unter dem Codewort „Stall“ -

Deckname für den beabsichtigten Anschlag auf den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt während eines Gartenfestes. Die Planung wurde erkannt und für die Zukunft durchkreuzt; beim BGS will man sich jedoch verständlicherweise nicht mehr mit der Abwehr verhältnismäßig weit gediehener krimineller Unternehmen zufriedengeben.



Wittorf-Gesahr: Ulrich Wegener, BGS-Kommando West

In der Baader-Meinhof-Bande gab es schon im Spätherbst 1970 den Plan, sich des Bundeskanzlers, damals Willy Brandt, zu bemächtigen. So schlug Andreas Baader die Entführung Brandts bei einem von dessen Spaziergängen im Bonner Kolonnenforst vor; später, als Baader im Gefängnis Schwalmstadt war, forderte er Komplizen auf, sie sollten es mal im Wahlkampf mit der Geiselnahme von Abgeordneten während einer Wahlparty versuchen. Schließlich gelang der konkurrierenden „Bewegung 2. Juni“ 1975 wenige Tage vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus die Entführung des damaligen CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz und im Austausch gegen den Politiker die Freilassung inhaftierter Bandenmitglieder.

Das Bonner Regierungsviertel hat neuen Gesprächsstoff, wie Lücken im Sicherheitsnetz geschlossen werden können, ohne unter den Bediensteten Mißtrauen zu säen. Grotesk wirkte auch unter Fahrern ein Widerspruch gegen Durchsuchungen von Dienstwagen mit der Begründung, der Chausseur habe Anspruch auf seine Privatsphäre und zu dieser gehöre bis zum Einsteigen des Ministers oder eines anderen Fahrgastes auch das Handschuhfach.

Weiter so:

# Wir haben wieder Stabilität.

Der Preisanstieg ist gebremst. Deutlich unter zwei Prozent. Davon haben alle etwas:  Arbeitnehmer  Rentner  Sparer. Weil unsere Kosten so stabil sind, wie seit Jahren nicht.

Auch eine gemeinsame Leistung der Unternehmer und ihrer Mitarbeiter.

GESAMMETALL Die Arbeitgeber der Metallindustrie · Postfach 25 01 25 · 5000 Köln 1



# Namibia: SPD-Anhänger gegen Linie der Partei

### Auch Mehrheit der Protestanten lehnt Hilfe für die Swapo ab

**BERNT CONRAD, Bonn**  
Die meisten Bürger der Bundesrepublik Deutschland, die sich ein Urteil zutrauen, lehnen eine Unterstützung der südwestafrikanischen Guerilla-Organisation Swapo durch Bonn und auch durch die Evangelische Kirche ab. Dies hat eine Meinungsumfrage des Emnid-Institutes ergeben.

Etwas gleich stark sind Befürworter und Gegner einer Unterstützung der gegenwärtigen Regierung in Namibia. Generell verneinen zwei Drittel der Westdeutschen eine besondere Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für die frühere deutsche Kolonie Südwestafrika. Von den Bonner Parteien wird der CDU/CSU am meisten Kompetenz zur Förderung der Unabhängigkeit Namibias zugesprochen. Dies meinen auch viele FDP-Anhänger.

Die im September 1985 veranstaltete und von Volker Stoltz, dem Leiter des Namibia Information Office in Bonn, ausgewertete Emnid-Umfrage gestattet zum erstenmal einen Einblick in die Ansichten der Deutschen zur Entwicklung im südwestlichen Afrika. Dabei wird klar, daß lediglich 53 Prozent der Befragten überhaupt etwas von Namibia gehört oder gelesen haben. Nur unter ihnen spielt sich deshalb die Meinungsbildung in dieser Frage ab.

Unumstritten ist unter den Urteilsfähigen der Wunsch nach völliger Unabhängigkeit Namibias. Weniger eindeutig sind die Meinungen darüber, ob die militante und marxistisch ausgerichtete Swapo als „alleinige und authentische Vertreterin des namibischen Volkes“ betrachtet werden könne, wie dies von der UNO-Vollversammlung beschlossen worden ist: 17 Prozent der Befragten sagen ja, 18 Prozent nein.

Dieses Bild verschiebt sich erheblich ins Negative, wenn es um die Haltung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Swapo geht. Denn eine Unterstützung der Organisation durch die Bundesregierung wird nur von 18 Prozent der

Westdeutschen bejaht, hingegen von 29 Prozent abgelehnt; 53 Prozent haben kein Urteil.

Anlaß zum Nachdenken bietet die Emnid-Umfrage besonders jenen Kräften in der Evangelischen Kirche, die sich für die Swapo engagieren. Denn 28 Prozent der protestantischen Kirchenmitglieder lehnen eine Swapo-Unterstützung durch die Kirche ab, nur 18 Prozent votieren dafür.

Die im vergangenen Sommer von schwarzen und weißen Politikern der internen Parteien gebildete namibische Übergangsregierung ist vom Bonner Auswärtigen Amt ebenso wie von den Regierungen der USA, Frankreichs, Großbritanniens und anderer westlicher Partnerstaaten als „null und nichtig“ bezeichnet worden. Dennoch treten 26 Prozent der Westdeutschen für eine Unterstützung dieser Regierung durch Bonn ein, 25 Prozent sind dagegen.

Hier nun zeigt sich ein bemerkenswertes Phänomen: Obwohl die SPD offiziell die namibische Übergangsregierung verurteilt, bejahen 29 Prozent ihrer Anhänger eine Unterstützung dieser Regierung, 23 Prozent lehnen sie ab. Das heißt: Die Namibia-Politik der SPD ist unter den eigenen Wählern umstritten.

Noch krasser äußert sich die Diskrepanz zwischen Parteilinie und Sympathisanten bei den Grünen: Nicht weniger als 35 Prozent der grünen Wähler plädieren für eine Unterstützung der von ihrer Partei schroff kritisierten Regierung in Windhoek, nur 25 Prozent folgen dem parteiamtlichen Ablehnungskurs.

Die Namibia-Umfrage bestätigt ferner eine bemerkenswerte Erscheinung, die auch in anderen Bereichen zu beobachten ist: Die 14- bis 19-jährigen denken anders als die 20-jährigen. Das zeigt sich an der Frage, ob Bonn die Swapo unterstützen soll: Von den Jüngeren sind 29 Prozent dagegen und nur 12 Prozent dafür; bei den Älteren ist das Verhältnis 25:25. Quintessenz: Die Jüngeren denken weniger ideologisch.

# Das „Politbarometer“ zeigt fallende Tendenz für den Kandidaten Rau

### GÜNTHER BADING, Bonn

Dreiviertel der Bevölkerung erwarten, daß es ihnen 1986 besser gehen werde. In einer von der Forschungsgruppe Wahlen für das „Polit-Barometer“ des Zweiten Deutschen Fernsehens erstellten Umfrage bei mehr als 1000 repräsentativ ausgewählten Bürgern sagten 74 Prozent, sie glaubten, es werde ihnen in diesem Jahr „eher besser“ gehen; zur Jahreswende 1984/1985 waren 66 Prozent der Befragten so optimistisch gestimmt. Entsprechend hat sich der Anteil derer verringert, die meinen, daß es ihnen persönlich „eher schlechter“ gehen werde: von 29 Prozent vor einem Jahr auf 23 Prozent zum Jahreswechsel 1985/86.

Diese positive Einschätzung für die persönlichen Lebensumstände wird augenscheinlich auf die Leistungen der Regierung von CDU/CSU und FDP zurückgeführt. Denn seit dem vergangenen Herbst hat sich das Meinungsbild vollständig umgekehrt. Noch im September glaubten 50 Prozent, daß SPD und Grüne die Bundestagswahl im Januar 1987 gewinnen würden; nur 42 Prozent setzten auf die Regierungskoalition. Jetzt erwarten 50 Prozent, daß CDU/CSU und FDP die Wahl gewinnen, und 42

Prozent sehen die beiden Oppositionsparteien SPD und Grüne als Wahlsieger. „Gekippt“ ist diese Meinung im Oktober, als der Opposition nur noch von 46 Prozent Siegeschancen gegen 49 Prozent der Koalition eingeräumt wurden. (November: 50 Prozent für CDU/CSU plus FDP und 43 Prozent für SPD und Grüne).

Bei der Antwort, welche Partei die Befragten „bevorzugen“ - die nicht mit der von anderen Meinungsforschern meist verwendeten Frage nach der Wahlabsicht „am nächsten Sonntag“ verwechselt werden darf - liegt die SPD mit 48 Prozent vor der CDU/CSU mit 44 Prozent (im November 44 zu 45 Prozent), den Grünen mit fünf (sieben) und der FDP mit drei (vier) Prozent.

In der Beurteilung der Spitzenpolitiker zeigt sich die auffällige Veränderung beim Kanzlerkandidaten der SPD, Johannes Rau. In der nach Parteipräferenzen ungewichteten allgemeinen Einschätzung hält er sich zwar seit Ende Oktober (+ 1,3) und November (+ 1,5) bei der Umfrage Ende Dezember (+ 1,3) ungefähr im gleichen Rahmen. Bei der eigenen Anhängerschaft allerdings hat er in dieser ersten Befragung nach seiner formellen Nominierung als Spitzen-

kandidat der SPD Einbußen erlitten. Ende Oktober und Ende November war er noch mit + 3,0 benotet worden; jetzt nur noch mit 2,6.

Der CDU-Vorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl hält sich dagegen stabil mit 2,7 bei den Unionsanhängern, allerdings nur bei + 0,3 in der allgemeinen Bewertung (Vormonat + 0,4). Im Ansehen bei der CDU/CSU liegt Franz Josef Strauß mit konstant + 3,0 (Vormonat + 3,0 und + 3,1) vor Kohl und hält auch seine allgemeine Beurteilung stabil mit + 0,7 nach + 0,8 in den beiden Vormonaten.

FDP-Chef Bangemann erreicht mit nur - 0,7 eine bemerkenswerte Negativ-Benotung und bringt es auch bei FDP-Wählern nur auf + 1,6 (Vormonat - 0,1 und + 2,0). Bei Allgemein-Note + 0,3 für Genscher (+ 0,5) zeigt sich eine bessere Benotung in den eigenen Reihen: + 3,1 gegen + 2,6 im Monat zuvor.

Auf die Frage nach der Einschätzung der Koalition von SPD und Grünen in Hessen antworteten 63 Prozent der Befragten, daß sie dieses Bündnis „nicht gut“ fänden; 37 Prozent sahen das Zusammengehen von SPD und Grünen positiv.

# Stoph-Vertreter Weiß gestorben

### dpa, Berlin

Einer der Stellvertreter von „DDR“-Ministerpräsident Stoph, Gerhard Weiß, ist gestern im Alter von 66 Jahren gestorben. Dies teilte die Ostberliner Nachrichtenagentur ADN mit. Weiß war 17 Jahre lang Ständiger Vertreter der „DDR“ im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). In dieser Funktion habe er, so in der Mitteilung, „einen hohen Beitrag zur Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration und zur Festigung des Bruderbandes mit der UdSSR und den anderen Mitgliedsländern der RGW“ geleistet.

# Wissmann: Flick soll entschädigen

### DW, Bonn

Im Gegensatz zu seinem Fraktionskollegen Fellner (CSU), der sich gegen eine Entschädigung des Flick-Konzerns an ehemalige jüdische Zwangsarbeiter wandte, bejaht der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wissmann, Wiedergutmachung. In der heutigen Ausgabe des „Express“ sagt er: Gerade weil Friedrich Karl Flick mit dem Einsatz der Zwangsarbeiter zu Zeiten seines Vaters nichts zu tun habe, könne er „dieses traurige Kapitel der Vergangenheit mit einer noblen Geste abschließen“.

# „Döring will sich profilieren“

### dpa, Bad Kissingen

Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) nahm gestern am Rande der Tagung des Deutschen Beamtenbundes in Bad Kissingen zu den Attacken des baden-württembergischen FDP-Vorsitzenden Döring Stellung. Er bezeichnete Döring als „jungen, ziemlich unbekanntem Lehrer, der sich offenbar als FDP-Landesvorsitzender profilieren“ wolle. Zur ausgebliebenen Distanzierung des FDP-Parteivorsitzenden Bangemann sagte Zimmermann, der FDP-Parteichef habe es nicht einfach, sich aus dem Schatten Genschers zu lösen.

# „Zimmermann ist ein akzeptabler Minister“

### WELT-Gespräch mit dem bayerischen FDP-Chef Brunner

### PETER SCHMALZ, München

Die Äußerungen des baden-württembergischen FDP-Landesvorsitzenden Walter Döring auf dem Dreikönigstreffen seiner Partei in Stuttgart, Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann und sein Staatssekretär Carl-Dieter Spranger (beide CSU) seien „Großmeister aus Frankens Gruselkabinett“, stoßen auch innerhalb der FDP auf Kritik. Manfred Brunner, bayerischer FDP-Vorsitzender und Mitglied des FDP-Präsidiums, mahnte in einem Gespräch mit der WELT seine Parteifreunde, die Diskussion mit dem Bundesinnenminister „sachbezogen und differenziert“ zu führen. „Von einer Personalisierung der inhaltlichen Auseinandersetzungen halte ich nichts“, meinte Brunner. Der FDP sei es nie gut bekommen, wenn sie einzelne Unionspolitiker zu Bühnennarrern hochstilisiert habe. Dies verdeckte nur die Diskussion um die Sachfragen. Deshalb, so der bayerische FDP-Vorsitzende, hätte er nicht wie Döring formuliert.

Dennoch deckt auch Brunner die inhaltliche Kritik Dörings, weil dieser „erneut deutlich gemacht hat, daß die FDP im Bereich der Innen- und Rechtspolitik besonders sensibel ist und eine Wächterrolle innehat“. Gerade deshalb aber müsse die Diskussion verschärft werden.

Wörtlich meinte Brunner: „Es muß deutlich gemacht werden, daß die FDP bei ihrer Kritik an Zimmermann nicht die Tatsache kritisiert, daß auch Bundestagsabgeordnete Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes sein können. Der Verfassungsschutz bildet sich sein Urteil ohne Ansehen der Person. Selbstverständlich haben auch Bundestagsabgeordnete hier keine Sonderstellung. Dies trifft insbesondere auch auf Bundestagsabgeordnete der Grünen zu, denn es darf nicht übersehen werden, daß wegen des unklaren Verhältnisses der Grünen zur Gewalt diese Partei hinsichtlich ihrer praktizierten Treue zum

Grundgesetz besonders genau angesehen werden muß.“

„Die Beobachtung von Abgeordneten kann also kein Anlaß zu Kritik an Innenminister sein“, fuhr Brunner fort. „Was die Liberalen aber kritisieren und was durch Dörings Rede auch wieder zu Recht ins Licht der Öffentlichkeit gerückt wurde, ist die Tatsache, daß im vorliegenden Fall der Verfassungsschutz über den nicht weisungsbehafteten parlamentarischen Staatssekretär Spranger auf Anregung eines CDU-Bundestagsabgeordneten tätig geworden ist und diesem „Auftraggeber“ anschließend über die Erkenntnisse berichtet wurde.“ Der Verfassungsschutz dürfe niemals „Datensammelstelle für konkurrierende Parteien sein“.

Nach Brunners Auffassung habe Spranger damit einen unverzeihlichen Fehler begangen und sich politisch unmöglich gemacht, daraus jedoch Konsequenzen zu ziehen, sei Sache der Union, denn in einer Koalition sei man gut beraten, nicht gegenseitig öffentlich Rücktritte zu fordern. Dennoch müsse erlaubt sein, eine deutliche Sprache zu führen. Auf die Sprache des CSU-Organs „Bayernkurier“ und dessen Herausgeber Strauß anspielend, meinte Brunner, die CSU sollte sich nicht als „Lehrmeister angemessener Wortwahl aufspielen“.

Während die FDP nach Brunners Äußerungen ihre Kritik offenbar verstärkt auf Spranger richten will, soll Zimmermann nicht mehr direktes Ziel ihrer Attacken sein. Wörtlich: „Zimmermann ist kein liberaler, aber ein akzeptabler Innenminister.“

Höchst unerfreulich erscheinen ihm kritische Worte der FDP-Abgeordneten Hildegard Hambrücher, die ebenfalls auf dem Dreikönigstreffen von einem „unerträglichen politischen Stil“ in Bonn gesprochen hatte. Es sei sehr traurig, so Brunner, wenn sich ein Abgeordneter in ein fast neutrales Verhältnis zur Koalition; hineinredet, die pauschale Kritik sei ungerechtfertigt.

# Kampfansage gegen grüne „Anpasser“

### D. GURATZSCH, Frankfurt

Bei den hessischen Grünen sammt sich die Opposition gegen das Bündnis mit den Sozialdemokraten. Schon Anfang Dezember hatte sich in Frankfurt die Gruppe „Linke in den Grünen“ konstituiert, die sich als Forum der Fundamentalen, Radikalköologen, Ökoanarchisten und Ökosozialisten „innerhalb und außerhalb der Grünen“ versteht. Am 28. Dezember gab sie nun ihren ersten „Informationsbrief“ heraus.

Die Kampfansage dieser Gruppierung gilt der „Anpassungspolitik“ der grünen Reformist/innen. Innen wird ein Sündenregister vorgehalten, in dem alle Vorwürfe um den einen Hauptanklagepunkt kreisen: mit der Koalition im Landtag „grün-alternative Substanz“ endgültig für eine vermeintliche Machtbefähigung am Herrschaftsapparat aufzugeben. Für die „Linken in den Grünen“ bedeutet Übernahme von Regierungsverantwortung demgegenüber Teilhabe am Ausbau der Atomenergie, an „weiterer Militarisierung Hessens“, an „noch mehr Giftmüllproduktion“ und an der Entwicklung hin zu einem immer autoritärer strukturierten Obrigkeitsstaat.

## Ein müdes Echo

Die Gründungsvorbereitungen reichen bis zur großen Mitgliederversammlung der Grünen in Neu-Isenburg vom 27. Oktober 1985 zurück. Daraus hatten rund 75 Prozent der anwesenden 1500 Parteimitglieder für das Bündnis mit den Sozialdemokraten und für die Nominierung von „Joschka“ Fischer zum Kandidaten für das Amt eines hessischen Umweltministers plädiert. Die „Linken in den Grünen“ hatten ihr Debakel vorausgesehen und einen vorbereiteten Aufruf zur „Oppositionsbildung“ verteilt. Das Echo war beinahe desillusionierend: Nur 180 „Frauen und Männer“ trugen sich „spontan in die Liste der Koalitionseegnerinnen“ ein.

Aber Resignation ist nicht die Sache dieser Gruppierung, die sich um das Frankfurter Radikalköologen-Gespann Jutta Dittfurth und Manfred Zieran sowie um den grünen Landtagsabgeordneten Jan Kuhnert schart und in der etwas vom alten USPD-Geist der frühen Weimarer Republik lebendig ist. Auch wenn beim Gründungstreffen am 5. Dezember nur 40 Teilnehmer gezählt werden konnten, ist eine Kette öffentlicher Veranstaltungen bis zum März geplant, durch die das Bewußtsein der „Koalitionseegnerinnen“ geschärft, die Organisation vervollkommen und die Mitgliederwerbung innerhalb und außerhalb der Grünen „vorangetrieben“ werden soll.

Auftrieb haben die „Linken in den Grünen“ durch den Bundesparteitag ihrer Partei in Offenburg zehn Tage vor Weihnachten, aber auch schon durch die hessische Landesmitgliederversammlung am 24. November in Butzbach erhalten. Beide Male zeigte sich, daß die „Fundis“, „Radiks“ und „Ökosozialisten“ ihre Anhänger besser mobilisieren können, geschickter taktieren sowie fleißiger und ausdauernder mitarbeiten als die koalitions-willigen „Realpolitiker“ und daß sie dadurch bei Delegiertenwahlen und schwächer besuchten Parteitagungen leicht die Oberhand über jene gewinnen. Die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse an der grünen „Basis“ werden dadurch verdeckt und verfälscht, wie Parteigänger der „Fundis“ in Offenburg freimütig einräumten. Nach eigener Einschätzung repräsentieren die „Linken in den Grünen“ rund die Hälfte des Mitgliederstammes.

## Gegen Hessen-Koalition

Sie gliedern sich in eine grüne und eine rote Gruppierung im Verhältnis von etwa 60 zu 40 Prozent. Der grüne Flügel aus Radikalköologen und Fundamentalen und der rote der „Ökosozialisten“ aus Anhängern der marxistischen Michael-Stamm-Gruppe und der sogenannten Z-Fraktion der Hamburger Ebermann und Trampert scheiden sich an der Eigentumsfrage. Während die „Roten“ hier den Ursprung der ökologischen Krise sehen, machen die „Grünen“ die Industriegesellschaft allgemein verantwortlich.

In der Koalitionsfrage geht es über Kreuz: Stamm und seine Leute, aus denen sich ein Drittel der „Ökosozialisten“ rekrutiert, können sich wie die „Radiks“ eine Koalition unter bestimmten Voraussetzungen vorstellen, die „Fundis“ und Z-Fraktionsisten nie. In einem freilich sind sie einig: Die Hessen-Koalition lassen sie wie die Pest.

# Lummer besorgt über Asylantenflut

### In Skandinavien abgewiesene Ausländer drängen nach Berlin / Appell an die „DDR“

### DIETER DOSE, Berlin

Sie kamen mit der letzten S-Bahn kurz nach zwei Uhr früh vom Ostberliner Bahnhof Friedrichstraße nach West-Berlin. Die acht Iraner gerieten am Bahnhof Zoo in eine Polizeikontrolle. Asylbewerber. Nach Feststellung der Personalien wurde ihnen Unterkunft in einem Heim des Deutschen Roten Kreuzes zugewiesen. Alltag in Berlin. Allein am letzten Wochenende trafen im Westteil der Stadt rund 160 Iraner und Libanesen ein, die eigentlich ein anderes Ziel hatten: Kopenhagen. Dort auf dem Flughafen waren sie nach Direktflug von Teheran von den dänischen Behörden zurückgewiesen worden. Sie bestiegen das nächste Flugzeug zum Ostberliner Flughafen Schönefeld. Von dort ist es via Friedrichstraße nur ein Katzensprung nach West-Berlin.

Fast zum selben Zeitpunkt hatte Berlins Innenminister Heinrich Lummer (CDU) Alarm geschlagen und die Asylantenbilanz für 1985 vorgelegt: 22 908 Ausländer - soviel wie nie zuvor - stellten im vergangenen Jahr einen Asylantrag. Gegenüber 1984 fast eine Verdoppelung, 1331 waren es im Dezember, aber in den Amstubsen des Innenministers schätzt man, daß es mindestens 800 mehr sind. Durch die Feiertage hatten sie noch keine Gelegenheit, sich registrieren

zu lassen, und werden erst in der Januar-Statistik auftauchen.

„Wir befürchten, daß die Asylantenzahlen noch weiter steigen“, sagt Lummers Pressereferent Hans F. Birkenbeul. Denn Dänemark und Schweden haben ihre Grenzen für Asylbewerber aus neun Ländern des Mittleren Ostens und Südostasiens dichtgemacht. Kommen sie direkt aus ihren Heimatländern nach Kopenhagen oder Stockholm, werden sie zurückgeschickt - und landen dann, siehe Beispiel, in West-Berlin.

Der Weg durch die „DDR“ nach Skandinavien aber ist den Iranern, Libanesen, Pakistani usw. mittlerweile auch versperrt: Die „DDR“ verweigert ihnen das Transitvisum, wenn sie kein Einreisevisum für die betreffenden Länder vorweisen können. Nach West-Berlin aber läßt man sie reisen... Ausgenommen die Tamilen aus Sri Lanka. Seit Sommer vergangenen Jahres wendet die „DDR“ für sie die Regelung an, daß ihnen die Weiterreise nach West-Berlin ohne Einreisevisum der Bundesrepublik verweigert wird. So stellten von August bis Dezember nur noch 59 Tamilen bei den Berliner Behörden einen Asylantrag. In den sieben Monaten zuvor waren es 4733.

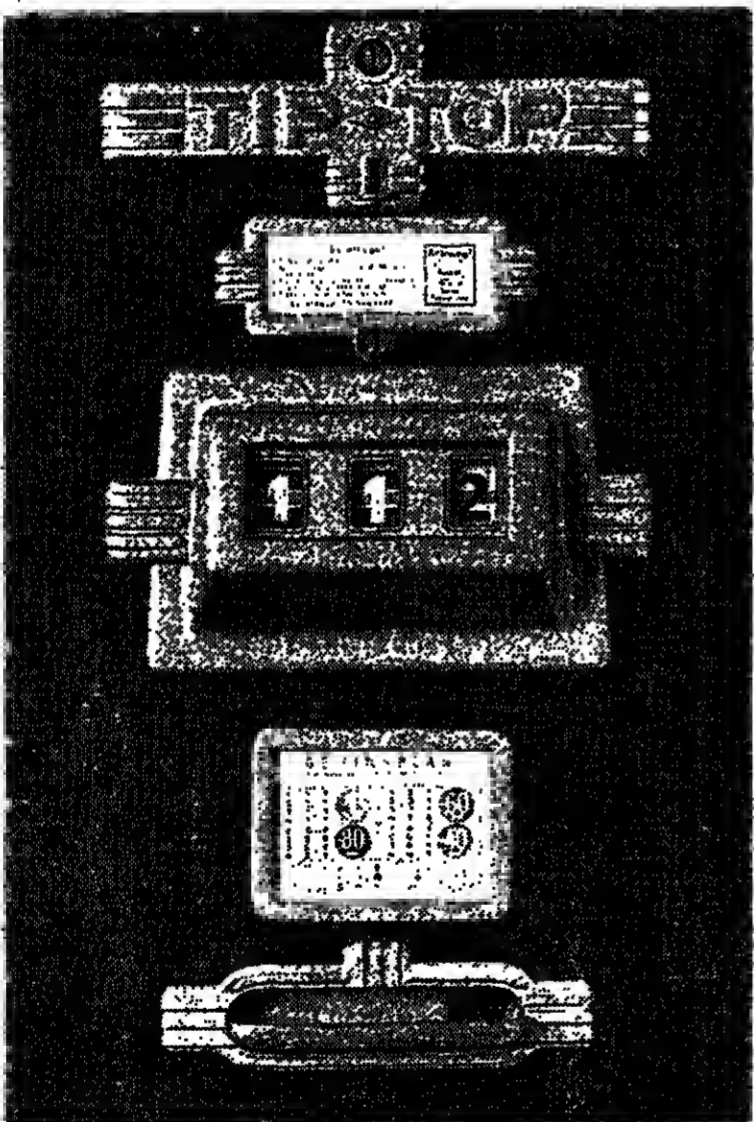
Lummer appelliert an die „DDR“,

die für Schweden und Dänemark angewandte Praxis auch auf die Bundesrepublik auszuweiten. „Sonst wird aus dem Weiterreise-Verbot der Asylbewerber in die skandinavischen Länder ein Einreise-Gebot nach und über West-Berlin.“

Der Asylantenstrom der letzten Wochen bestätigt diese Befürchtungen. Trotz der zügigen Verteilung der Asylbewerber auf die anderen Bundesländer ist, so Lummer, Berlin dem Zustrom nicht gewachsen. Zu den knapp 23 000 Antragstellern kamen im vergangenen Jahr noch rund 15 000 Ausländer, die sich kurzfristig in Berlin aufhielten, dann jedoch in andere Bundesländer oder westliche Staaten weiterreisten.

Die Zahlen von 1985 und die in den kommenden Monaten für Berlin zu befürchtende Entwicklung veranlassen Lummer, erneut durchgreifende Reformen des Asylrechtes zu fordern.

Die WELT (USPS 603-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollars 345.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



# Mit diesen schönen Geräten begann 1952 der Wettlauf um die Vorurteile...

... die bekanntlich immer dann entstehen, wenn ein Mangel an Information vorliegt. Sie sollten sich selbst ein Bild machen, um viele Diskussionen richtig einschätzen zu können. Schon immer haben die Menschen von Natur aus gern und oft gespielt. Lediglich die Spiele selbst änderten sich. Daß sie in den letzten Jahren mehr und mehr computergesteuert werden, ist der Ausdruck unserer modernen Zeit. Gespielt wurde auch immer um und mit Geld. In der Bundesrepublik hat sich

daher der Gesetzgeber bereits 1951 dazu Gedanken gemacht. Aus diesen Überlegungen entstand die Spielverordnung für Unterhaltungsgeräte mit Gewinnmöglichkeit, die sicherstellt, daß der Bürger an diesen Geräten sich spielend unterhalten und gewinnen kann, gleichzeitig aber auch vor zu hohen Verlusten geschützt wird. Diese Verordnung gilt in der ganzen Welt als vorbildlich. Die Spielverordnung schreibt für Unterhaltungsgeräte mit Gewinnmöglichkeit je Spiel vor:

- Spieldauer mindestens 15 Sekunden.
- Höchsteinsatz: 30 Pfennige.
- Höchstgewinn: 3,- DM bzw. 100 Sonderspiele\*.
- Ausschüttung mindestens 60%.
- In der Praxis werden durch positive Beeinflussung des Spielers über 70% ausgeschüttet.
- Im Ergebnis wendet der Spieler also für sein Spielvergnügen im Durchschnitt deutlich weniger als 10 Pfennige je Spiel auf.
- \* In Sonderspielen wird jeder Gewinn auf 3,- DM erhöht.

Eine Information der Firmengruppe Gauselmann Spielgeräte, 4992 Espelkamp. Mitglied der





# Die Fleet Street kommt auch 1986 nicht zur Ruhe

REINER GATERMANN, London  
Das Jahr begann dramatisch für Großbritannien. Der britische Verleger Robert Maxwell verkündete am Neujahrstag nicht ohne Pathos, die Verhandlungen seiner Mirror Group Newspapers (MGN), Herausgeber von „Daily Mirror“, „Sunday Mirror“ und „Sunday People“, mit den Gewerkschaften über die Einführung eines „Überlebensplanes“ zum 1. Januar seien gescheitert, ohne diesen Plan aber „wird es nicht möglich sein, die weitere Herausgabe unserer Zeitungen zu gewährleisten“. Er schloß einen langfristigen Druckstopp nicht aus. Ein paar Stunden später, noch als letzte Meldung in die Blätter gehoben, triumphierte Maxwell wieder. Die Gewerkschaften haben eingeschwenkt, knapp ein Drittel der bisher gut 6000 Mann starken Belegschaft geht „1200 freiwillig“. Aus der Gruppe, fast am Rand der Plette, werde nun ein effektives und profitables Unternehmen werden.

## Neue Titel, neue Verleger

Aber es kam noch euphorischer: Am 3. Januar gab Robert Maxwell die Gründung einer neuen Boulevardzeitung „Good Day“, „vielleicht schon zum März“, bekannt, teilt zudem mit, daß ein „wichtiges, erscheinendes Frauen-Magazin im Zeitungsformat, „Women's Mirror“, in Vorbereitung sei, und schloß sogar die Herausgabe einer neuen Abendzeitung für London nicht aus.

Dieses Geschehen in etwas mehr als 48 Stunden zeigt die Hektik und Unruhe, das Pendeln zwischen tiefem Pessimismus und mit voller Überzeugungskraft vorgebrachten Zukunftsglauben in die Überlebenschancen, die die Fleet Street beherrschen. So verlief das gesamte Jahr 1985, und das neue Jahr verspricht, nicht minder dramatisch zu werden.

Während Robert Maxwell noch eine Einigung mit den Gewerkschaften zustande brachte, lief sein größter Widersacher Rupert Murdoch hart auf Grund. In den Blättern seiner Gruppe, „The Times“, „The Sunday Times“, „The Sun“ und „News of the World“, wird es schon in etwa einer Woche zu Urabstimmungen über Kampfmassnahmen kommen. Die Verhandlungen über die Anstellungsbedingungen für das Personal, das ab März die neue Londoner „24-Stunden-Zeitung“, vier Ausgaben täglich, herstellen soll, waren gescheitert.

Daß nach vielen Jahren der uneingeschränkten Herrschaft der Druckergewerkschaften über Fleet Street, das heißt: horrenden Löhne und Gehälter, eine permanente hochgradige Überbenennung und Verhindern des Übergangs zu modernen elektronischen Herstellungsmethoden, jetzt die Gewerkschaftsfront ins Wanken geraten ist und in einigen Abschnitten bereits zum Rückzug geblasen wird, hat vor allem zwei Ursachen. Das ist, erstens, das Gewerkschaftsgesetz von 1982, das die Ausweitung von Arbeitskämpfen auf andere Unternehmen weitgehend verhindert und deren Wirkung von den Arbeitgebern noch verstärkt wurde, indem sie ihre Konzerne in etliche Einzelunternehmen aufteilte, um die Trennung zwischen Redaktion und technischer Herstellung vollzogen. Die zweite ent-

scheidende Attacke kam von Eddie Shah, dem Provinzverleger von Graziablen, der ab März mit Hilfe neuester Technik und verteilt auf vier Druckorte die überregionale „Today“ auf den Markt bringen will. Laut Maxwell lägen die Herstellungskosten bei Shah um fast 80 Prozent unter denen seiner „Mirror“-Blätter.

Aber Shah gelang noch ein weiterer Streich, der die Gewerkschaften ins Mark traf: Er schloß, erstmals in der Branche, mit der Elektrikergewerkschaft ein Abkommen, das ihr, neben der Journalistengewerkschaft, ein Alleinvertragsrecht im Unternehmen einräumt. Als Gegenleistung erhielt er einen Streikverzicht, beide Seiten einigten sich auf eine Schlichtungsprozedur.

Als nun Murdoch den gleichen Weg einschlagen wollte, wurde die gewerkschaftliche Dachorganisation TUC aktiv und drohte den Elektrikern mit Disziplinarstrafen für den Fall, daß sie weitere Alleinvertragsabkommen eingehen und damit andere Gewerkschaften von ihren traditionellen Arbeitsplätzen ausschließen.

Die britischen Verlage haben nicht nur Probleme mit der Halsstarrigkeit der Gewerkschaften, sondern auch mit sinkenden Auflagen. In der Statistik für das erste Halbjahr 1985 gab es nur wenige Pluszeichen, den größten prozentualen Anstieg hatte die „Times“ (+ 1,2 Prozent auf 20,5 Millionen), gefolgt von dem Sensations-Sonntagsblatt aus dem Haus Murdoch, den „News of the World“ (+ 1,6 Prozent auf knapp 4,3 Millionen). Das ging hauptsächlich auf Kosten der übrigen sonntäglichen Boulevardzeitungen wie dem „Sunday Mirror“ (minus 8,6 auf 3,2 Millionen), dem „Sunday People“ (minus 8,5 auf 2,1 Millionen) und dem „Sunday Express“ (minus 7,6 Prozent auf 2,4 Millionen). Aber auch die sogenannten Qualitätsblätter spürten Fallwinde. Am härtesten traf es den „Sunday Telegraph“ (minus 6,5 Prozent auf 690 000), um 4,2 Prozent auf 1,26 Millionen fiel die Auflage der „Sunday Times“, und ein Minus von 3,8 Prozent auf 745 000 hatte der „Observer“ zu verbuchen.

Immer noch attraktiv  
Bei den Tageszeitungen der Qualitätsklasse behauptete der „Daily Telegraph“ zwar seine Spitzenposition (1,22 Millionen), schnitt damit jedoch um drei Prozent schlechter ab als im ersten Halbjahr 1984. Um 2,8 Prozent auf 487 000 wuchs dagegen der „Guardian“ und um 4,5 Prozent auf 230 000 die „Financial Times“.

Trotz der wirtschaftlichen und technischen Probleme der Fleet Street scheint sie immer noch so attraktiv zu sein, daß sie Kapital für Übernahmen und Neuetablierungen anlockt. Mit Ausnahme des Londoner „Standard“, der einzigen Nachmittagszeitung der Metropole mit einer Auflage von rund 500 000, waren es Außenstehende, die sich auf der Fleet Street etablieren wollten. Neben dem gebürtigen Ungar Robert Maxwell und dem australischen Neu-Amerikaner Rupert Murdoch kommt nun noch der Kanadier Conrad Black. Und im Fachbereich Pferderennsport bereitet eine arabische Familie ihren Einzug vor, um gegen Maxwells „Sporting Life“ anzutreten.

# In Paris werden die Schwächen der sozialistischen Regierung offenkundig

## Das Gesetz des Handelns verlagert sich in die Opposition / Weiter Gerüchte um Fabius

PETER RUGE, Paris  
Die französische Regierung hat jetzt einen Zweifrontenkrieg angenommen, den Bürgerliche und Kommunisten den regierenden Sozialisten bisher vergeblich aufzuzwingen versucht haben. Er entzündet sich an drei Themen: Offen ausgetragen werden soll zum einen der schon länger schwelende Konflikt über ein letztes Reformgesetz der Linken. Schauplatz ist das Parlament. Offen ausgesprochen ist zweitens die Forderung, die Amtszeit des Staatschefs zu verkürzen. Ein Affront aus den eigenen Reihen. Offen herausgefordert wird die Regierung schließlich durch den Bürger Hirsant, den französischen Pressesprecher.

Das Parlament ist für Donnerstag zu einer Sondersitzung einberufen worden. Grund ist die umstrittene Gesetzesvorlage über die flexible Arbeitszeit. Die bürgerliche Opposition wittert, daß die Linke durch weitere Konzessionen klammheimlich die 38-Stunden-Woche einführen wolle, die Kommunisten sehen schlichtweg einen Verrat ihrer ehemaligen Regierungspartner bei diesem Reformprojekt. Aber das sind nur Vorwände.

## Popularitätsverlust

Beide Seiten sehen hier vor allem eine Möglichkeit, auf politischem Feld die Schwäche der Regierung Fabius offenzulegen. Allein die Kommunisten haben an die 200 Abänderungsanträge vorbereitet. Staatspräsident Mitterrand hat lange geögert, seine Mannschaft in

diese Kraftprobe zu schicken. Das Parlament könne keinesfalls mehr vor den Wahlen zusammentreten, hieß es lange übereinstimmend aus dem Elysee und dem Hôtel Matignon. Vorrangig seien Umbaumaßnahmen geplant für zirka 50 Abgeordnete, die durch das neue Verhältniswahlrecht die erste Kammer in zwei Monaten verstärken werden. Da meldete sich ein weiterer Gegner zu Wort: Senatspräsident Alain Poher. Er werde das Gesetz durch die 2. Kammer ziehen, verkündete der Chef des Palais Luxembourg. Der sozialistischen Regierung schien das Gesetz des Handelns aus der Hand genommen.

Das Ansehen von Laurent Fabius hat nach einer letzten Umfrage weitere drei Prozent verloren, nur noch 38 Prozent der Franzosen bringen ihm Vertrauen entgegen. Um so mehr zeigt sich Paris überrascht von der Äußerung des Premiers, mit der er die Amtszeit des Staatspräsidenten jetzt zur Debatte stellt. Fabius schränkt zwar ein, daß ein Referendum darüber vor den Parlamentswahlen im März nicht mehr stattfinden könne, dennoch fällt auf, daß er die Institution der Staatsführung auf diese Weise ins Gespräch und sich damit in offenem Gegensatz zu seinem Gönner François Mitterrand bringt, der mehrfach erklärte, er habe sein Mandat bis 1988 vom französischen Volk erhalten. So bekommen erneut die in Paris zirkulierenden Gerüchte Auftrieb, Fabius habe nach seiner Desavouierung Anfang Dezember anlässlich des Besuches des polnischen Machthabers, General Jaruzelski,

dem Staatspräsidenten seine Demission angeboten - und habe dies weiter aufrecht.

## Gesetz mißachtet

Eine weitere Herausforderung geht von Robert Hirsant aus, der als erfolgreichster Verleger Frankreichs gilt. Ohne sich um die Mißachtung des Gesetzes und die Konsequenzen durch seine jüngste Erwerbung der Lyoner Zeitungsgruppe „Le Progrès“ zu kümmern, verhöhnt Hirsant das, was das linke Regierungsbündnis als „Fortschritt zu einer freien Kommunikation“ preist, nämlich das Gesetz gegen die Pressekonzentration. Hirsant prangert an, daß die Regierung unter dem Deckmantel dieses Gesetzes Fernsehkanäle und Satellitenmöglichkeiten unter sich verteile oder Ausländern anbiete und daß so gleichsam französische Kultur und Tradition verschachtet werde. Das müsse sich nach den Parlamentswahlen ändern, und daher handle er schon jetzt.

Hirsant gilt als „Königsmacher“. Die Unruhe bei den bürgerlichen Parteien wird dabei unter der Decke gehalten, die sozialistische Regierung hat zwar angekündigt, den Bürger Hirsant wegen seines Verstoßes gegen bestehende Gesetze zur Rechenschaft zu ziehen, allein die Kommunisten wagen offen auszusprechen, was viele Franzosen angesichts der zutage tretenden Schwäche der Staatsführung empfinden: Um diesen Konflikt nicht auch noch am Hals zu haben, werden alle die Augen verschließen.

# In „Site 2“ schwindet die Zuversicht

## Kambodscha-Flüchtlinge haben kaum Rückkehrchancen / Im Lager verroben die Sitten

PETER ISELI, Bangkok  
„Die Menschen hier warten auf gute Gründe, ihr Vertrauen in die Zukunft nicht zu verlieren.“ Eine Hoffnung, die für rund 230 000 Khmer an der thailändisch-kambodschanischen Grenze immer schwieriger aufrechtzuerhalten ist. Seit einigen Monaten leben fast 140 000 von ihnen in einem einzigen großen Lager, rund 210 Kilometer östlich von Bangkok. Sie sind abhängig von der Versorgung durch die UN-Unterorganisation Unbro und werden von paramilitärischen Einheiten der thailändischen „Task Force 80“ kontrolliert.

Die Zivilbevölkerung, die heute in „Site 2“ lebt, stammt aus mehreren Lagern im zentralen Abschnitt der Grenze, die im letzten Winter in einer großangelegten Offensive vietnamesischer und kambodschanischer Truppen überannt worden waren. Anders als in den früheren Jahren seit dem vietnamesischen Einmarsch in Kambodscha vor sieben Jahren konnten Zivilisten und Kämpfer der „Nationalen Khmer-Befreiungsfront“ (KNLF) diesmal mit Beginn der Regenzeit im Mai nicht mehr aus den Evakuierungszentren in ihre Siedlungen auf kambodschanischem Territorium zurückkehren. Die Vietnamesen zogen sich nicht wie früher ins Landesinnere zurück, sondern verstärkten ihre Präsenz im Laufe des Sommers sogar noch.

Außerdem wurde unter Einsatz von Tausenden von kambodschanischen Zivilisten mit dem Bau von eigentlichen Grenzbefestigungen begonnen. Im Herbst tauchten in den thailändischen Medien immer häufiger Berichte über Minderheiten im Grenzbereich auf. Die thailändischen Behörden bezeichnen die rund 230 000 Khmer aus den Siedlungen der drei Widerstandsfaktionen (KNLF, Rote Khmer und Sihanoukisten) nicht als „Flüchtlinge“, sondern als „vorübergehenden Schutz“ zu gewähren. Die Evakuierungslager waren daher auch nur für einen Aufenthalt von einigen Wochen, höchstens aber bis zum Beginn der jeweiligen Regenzeit eingerichtet. Sie bildeten einen ständigen Unruhe- und Gefahrenherd: Die Vermischung von Zivilisten und Kämpfern erhöhte das Risiko von vietnamesischen Übergriffen auf Thailand. Vor allem die KPRLF hatte große Mühe, in den Reihen ihrer Kämpfer Disziplin zu halten; Beraubungen und Vergewaltigungen waren oft an der Tagesordnung. Schließlich war das Verhältnis zwischen den Khmer und der eigens für die Überwachung der Lager geschaffenen paramilitärischen „Task Force 80“ stets gespannt.

Wohl hauptsächlich aus diesen Gründen entschloß sich Thailand zu einer großen Zusammenlegung in „Site 2“, als deutlich wurde, daß die

Khmer nicht in ihre ursprünglichen Siedlungen zurückkehren konnten.

Auch in „Site 2“ gab es - und gibt es nach Angaben von Bewohnern immer noch - große Schwierigkeiten mit der Disziplin. Viele weisen zwar darauf hin, daß die zivilen Verwalter ihr Möglichstes täten, um Einschüchterungen, Raub und Vergewaltigungen zu verhindern. „Was können wir aber gegen Kämpfer aussrichten“, die mit einer AK-47 im Lager herumlaufen, oft betrunken sind und von ihren Kommandanten nicht bestraft werden“, klagt eine Frau.

Die Unbro und internationale Hilfswerke unternehmen große Anstrengungen, die Zivilbevölkerung mit Nahrungsmitteln, Kleidern und Medikamenten zu versorgen. Am Lebensnotwendigsten scheint es denn auch nicht zu fehlen. Das Zusammenleben von so vielen Menschen auf so engem Raum - „Site 2“ ist heute nach der Hauptstadt Phnom Penh die zweitgrößte kambodschanische Stadt - bringt aber große psychische Probleme mit sich.

Sorgen bereitet zudem das hohe Bevölkerungswachstum unter den Khmer an der Grenze. Die zivilen Lagerverwalter sprechen von 3,3 bis 3,5 Prozent. Vertreter internationaler Organisationen schätzen das Wachstum auf etwa fünf Prozent - mehr als doppelt so hoch wie in Kambodscha selbst.

# Doe läßt Barbarei und Willkür triumphieren

## ACHIM REMDE, Abidjan

Es sollte ein Tag des Triumphs und der Freude werden. Doch der Rücktritt der Militärs und die Übergabe der Macht an eine gewählte Zivilregierung, die jetzt in Liberias Hauptstadt Monrovia feierlich eingeführt wurde, ist für die meisten Liberianer mit Trauer und Scham verbunden.

Nicht nur waren die Wahlen vom Oktober 1984 von so massiven Fälschungsaaktionen geprägt, daß die Hoffnung der Bevölkerung, zum erstenmal in der 130jährigen Geschichte des Landes die Regierung selbst zu wählen, aufs bitterste enttäuscht wurde. Bei der Niederschlagung des anschließenden Putschversuchs zeigte sich auch, daß - der alte und neue - Staatschef Samuel Doe ein Ausmaß von Barbarei, Brutalität und Willkür walten ließ, daß die Zukunftsaussichten deprimierend erschienen.

General Samuel Doe, der Anfang 1980 als Oberfeldwebel selbst in einem blutigen Staatsstreich der Vorkriegsregierung der Ameriko-Liberianer ein Ende setzte, hatte sogleich nach der Niederschlagung des von seinem einstigen Kampfgesährten Thomas Quiwonkpa angeführten Coups im November 1985 die Grenzen für Journalisten dichtgemacht, offensichtlich, um keine Zeugen für sein weiteres Vorgehen zu haben. Obwohl diese Sperre offiziell am 11. Dezember aufgehoben wurde, wurde dem Berichterstatter eine Einreise verweigert.

Wie aus Kreisen westlicher Diplomaten in Monrovia verlautet, hat Doe Hunderte angeblicher Anhänger Quiwonkpas ohne Prozeß hinrichten lassen. Allein in der Grafschaft Nimba, der Heimat Quiwonkpas, wird die Zahl der Opfer auf 500 geschätzt. Anführer der Mordschwadronen war Does Schwager, Oberst Harrison Pennue. Schon einmal fiel er auf. Er brütete sich damit, den von Doe gestürzten Präsidenten Tolbert persönlich umgebracht zu haben. Vor den Wahlen sagte er in einem Radiointerview, falls Doe nicht gewinnen sollte, werde er - Pennue - einen Staatsstreich ausführen.

Die Leiche Quiwonkpas wurde - so berichtet der zufällig und unerkannt

anwesende nigerianische Journalist Tunde Agbabiaka in der renommierten Londoner Zeitschrift „West Africa“ - von Does Soldaten vor Hunderten von Zuschauern auseinandergelassen und verpestet.

Doe hat eine Reihe liberianischer Journalisten ins Gefängnis werfen lassen. Der Fernsehreporter Charles Gbenyon wurde von Does Leibgardien im zweiten Stock seines Regierungssitzes in Handschellen gelegt und dann mit Bajonetten getötet. Am 12. November erklärte Doe vor dem diplomatischen Corps, Gbenyon habe Selbstmord begangen. Dabei verriet er sich jedoch, als er sagte, es habe keinerlei heimliche Hinrichtungen gegeben, „außer die von Gbenyon“.

Die deutsche Diplomatie steht dieser Entwicklung hilflos gegenüber.

## LIBERIA

Ohnehin neigen die deutschen Botschafter in Afrika dazu, sich durch Menschenrechtsverletzungen, außer in Südafrika, nicht in dem stören zu lassen, was sie die „Pflege der bilateralen Beziehungen“ nennen. So hat Botschafter Freundt der liberianischen Wahlkampfbehörde zu einem Zeitpunkt, zu dem offenbar war, daß ihre Aufgabe in der Fälschung der Wahlen bestand, Mittel der deutschen Entwicklungshilfe zur Förderung ihrer Tätigkeit übergeben. Noch im Dezember hat Bonn Liberia wiederum fast 20 Millionen Mark an Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt.

Nach Auskunft des Auswärtigen Amtes in Bonn haben die in Monrovia akkreditierten Botschafter der EG-Mitgliedsstaaten wegen der Menschenrechtsverletzungen eine Demarche unternommen. Dabei hätten sie den Eindruck gewonnen, die Versicherung Does, er betreibe eine Politik der Aussöhnung, sei glaubwürdig.

Für die Mehrzahl der Afrikaner, und nicht nur für die, die unter repressiven Regimen und Menschenrechtsverletzungen leiden, ist diese Leisetreterei wie eine Ohrfeige.

# Peking würdigt Zhou Enlai

## AFP, Peking

Zum zehnten Todestag Zhou Enlais hat die chinesische Presse zahlreiche Ehrungen des am 8. Januar 1976 verstorbenen ehemaligen Ministerpräsidenten veröffentlicht. Das Parteiorgan „Volkzeitung“ schrieb, die „persönliche Aktion“ Zhou Enlais habe der Volksrepublik seit ihrer Gründung „Ansehen in der Welt“ verschafft. Während der gegenwärtig betriebenen Politik der Öffnung müsse man seinem Beispiel folgen, meint das Parteiorgan, das außerdem den Kampf Zhou Enlais gegen die Linksextremisten der „Vierbande“ würdigt.

Zhou Enlai sei es zwar nicht gelungen, die „Vierbande“ zu stürzen, doch er habe sie bekämpft und dazu beigetragen, dieser „geschichtlichen Katastrophe“ ein Ende zu setzen. Sein Name werde auch für die künftigen Generationen unvergesslich bleiben.

# Schtscharanski wieder verurteilt?

## rtt, Jerusalem

Der sowjetische Regimegegner Anatoli Schtscharanski ist nach Informationen seiner Frau Awital im Oktober vergangenen Jahres in einem Zwangslager im Ural zu sechs Monaten Haft verurteilt worden. Frau Schtscharanski sagte in Jerusalem, Grund sei ein Hungerstreik gewesen, mit dem ihr Mann die Herausgabe seiner Post habe erzwungen wollen. Sie nehme an, er werde weiterhin die Nahrungsaufnahme und werde nun zwangsernährt.

Der 38jährige Schtscharanski war 1977 unter dem Vorwurf der Spionage für die USA zu drei Jahren Haft und zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

Nach Angaben seiner Frau kam die neuerliche Verurteilung, nachdem der Regimekritiker gerade eine gleichfalls halbjährige Haftstrafe im Gefängnis des Arbeitslagers abgesessen hatte.

# Außen Haute Couture, innen High-Tech.

Personalität und Charakter zeichnen die klassische Limousine von PEUGEOT aus. Diesen Eindruck werden Sie bestätigen finden, wenn Sie einsteigen. Ein funktionelles Armaturenbrett, nach ergonomischen Aspekten neu geformt, signalisiert ermunternde Freiheit. Eine hochwertige Innenausstattung signalisiert die automobiler Oberklasse. Und wenn Sie sich jetzt der Technik zuwenden: Acht Versionen, von 1798 bis 2498 cm<sup>3</sup> Hubraum, von 55 kW (75 PS) bis 123 kW (167 PS), stehen als Motorisierung zur Wahl. Dabei Sie das beruhigende Gefühl haben können, daß die Kraft des PEUGEOT 505 auf einsteigend feinst abgestimmten, aufwendigen Fahrwerk ruht. Bei Vergleichstests - B. Mag. d. Wagenbuch in puncto Sicherheit und Fahrverhalten immer mit an der Spitze. Testen Sie den PEUGEOT 505 doch einmal selbst. Auf einer Probefahrt, bei einem der über 1100 PEUGEOT TALBOT-VERTRAGSPARTNER. Selbstverständlich gibt es den PEUGEOT 505 auch mit Katalysator und mit schadstoffarmem Dieselmotor.

## 39%

effektiver Jahreszins für alle neuen und gebrauchten PEUGEOT 505 Ein Angebot der P.A. Creditbank, bei 20% Mindestanzahlung und einer maximalen Laufzeit von 36 Monaten

# PEUGEOT 505

Abbildung: PEUGEOT 505 GTI, Leichtmetallfelgen gegen Aufpreis.

PEUGEOT TALBOT. Dynamik mit Flair



TENNIS / Ein deutscher Meister im Schatten von Boris Becker. Thomas Emmerich aus der „DDR“

„Schmoren im eigenen Saft“: Kristallpokale und Gutscheine statt Geld und Ruhm bei Turnieren

INGOMAR SCHWELZ, Berlin
Wenn im West-Fernsehen Tennis-Übertragungen angesagt sind, hockt er oftmals bis tief in die Nacht vor seinem Gerät, um „meinen Horizont zu erweitern“.

liches Aschenbrödelasien denkt. Zu Hause hat er keine Gegner, die mit ihm mithalten könnten. Im Westen gäbe es genügend, aber gegen die darf er nicht spielen. So klammert er sich an gelegentliche Erfolgserlebnisse bei kleinen Turnieren in Osteuropa.

sieg von Jan Kodes (1973) wurde die Suche nach Talenten in der CSSR nicht mehr dem Zufall überlassen. Karrieren wie die von Ivan Lendl oder der jetzigen amerikanischen Staatsbürgerin Martina Navratilova starteten mit kräftiger staatlicher Unterstützung.

aber nur im Sommer. Wenn es draußen zu kalt und zu naß wird, bleibt ihm nur ein stark reduziertes Programm auf Parkettböden normaler Turnhallen, „auf dem die Bälle mit einem Affenzahn daherkommen und nicht zu kontrollieren sind“.

Die „DDR“ mißtachtet den sozialistischen Bruder Tschechoslowakei, der Tennis fördert und es auch als Devisenquelle entdeckt hat. Für die Ostberliner Funktionäre ist dieses Spiel „bourgeois Profisport“, nicht wert, beachtet zu werden.

Tennis aus der Sicht der „DDR“

In der „Kleinen Enzyklopädie - Körperkultur und Sport“, 1979 erschienen bei „VEB Bibliographisches Institut, Leipzig“, steht über Tennis:

1. Entwicklung in Deutschland: In den internationalen Bädern und Kurorten der Großherzogtümer entstanden die ersten Tennis-Hartplätze zwischen 1877 und 1885.

Der „DDR“-Meister schickt sich in die aufgelegte sozialistische Enthaltsamkeit. Er hat den Beruf eines Datenverarbeiters gelernt und studiert jetzt Sport an der Magdeburger Hochschule.

Bei den letzten Tennis-Meisterschaften der „DDR“ besiegte er seinen Endspiel-Gegner Jörg Krahn von Aufbau Ahlbeck mit 6:2, 6:1, 5:2. Es war sein insgesamt 41. Titel.

Er reagiert emotional, nimmt kein Blatt vor den Mund. Das Gespräch mit ihm ist einfach. Schwer war nur, es tatsächlich führen zu können. Erst Monate nach der Anfrage gaben die Sportgewaltigen ihre Zustimmung zu einem Treffen im kahlen Konferenzzimmer der Zentrale des Deutschen Turn- und Sportbundes der „DDR“.

Bei ihrem hohen Tempo, bei diesem „Rumbalieren von Bällen“ käme er doch nicht mehr mit. Vor sechs, sieben Jahren, als Lendl noch ein Niemand war, habe er einmal gegen ihn gespielt - und ihn besiegt.

„Unsere Sportpolitik ist eben so“, sagt Emmerich, „ich versuche das Beste daraus zu machen, das Machbare eben.“ Emmerich ist - auch im Gegensatz zu den „DDR“-Stars der Leichtathletik oder des Schwimmens - lungenreifer Amateur. Der Staat zahlt ihm lediglich die Fahrtspesen, wenn er einmal zu einem Turnier ins osteuropäische Ausland reist.

Bei dem letzten Tennis-Meisterschaften der „DDR“ besiegte er seinen Endspiel-Gegner Jörg Krahn von Aufbau Ahlbeck mit 6:2, 6:1, 5:2. Es war sein insgesamt 41. Titel.

Bengtsson hört auf

Stockholm (sid) - Der schwedische Tischtennis-Europameister Ulf Bengtsson hat seine internationale Karriere aus gesundheitlichen Gründen beendet. Das erklärte der 28jährige in Stockholm.

Langer baut Golfplatz

München (sid) - Der deutsche Golfprofi Bernhard Langer will gemeinsam mit seinem Bruder Erwin in Zuzmarshausen bei Augsburg einen 54-fünftlichen Golfplatz mit neun Löchern errichten.

Kitzbühel statt Garmisch

Bern (sid) - Die Garmischer Weltcup-Solflur, die am Samstag stattfinden sollte und wegen Schneemangels ausfallen muß, wird am Freitag (17. Januar) in Kitzbühel (Österreich) nachgeholt. Am 18. Januar findet die eigentliche Kitzbühel-Abfahrt statt.

Nemes führt

Hamburg (dpa) - Zum dritten Mal nach Agnes Simon 1963 und Eberhard Schlegel 1970 führt in der 27jährigen Geschichte der Europäischen Tischtennis-Union (ETTU) mit Olga Nemes eine deutsche Spielerin die Rangliste an. Olga Nemes ist damit auch für das „Top-12-Turnier“ vom 31. Januar bis zum 2. Februar in Södertälje (Schweden) als Nummer eins gesetzt.

Zebec sagte ab

Hannover (dpa) - Der Fußball-Bundesligaklub Hannover 96 hat noch drei Kandidaten für das vakante Traineramt: Klimaschewski (Saarbrücken), den in der Schweiz lebenden Otto Lutrop und den in Kassel beurlaubten Jörg Berger. Branko Zebec lehnte ein Angebot ab.

Bobfahrer im Koma

Zürich (sid) - Der Schweizer Bobfahrer Heinz Schmid (38) liegt in der Universitätsklinik Zürich im Koma. Schmid war bei den Schweizer Meisterschaften in St. Moritz in der Zielkurve gestürzt. Er zog sich Hirnverletzungen und Schädelfrakturen zu.

ACHTUNGSWEIS

TENNIS
Deutsche Hallenmeisterschaften in Mainz, erste Runde. Herren: Beutel (Hannover) - Hopp (München) 6:4, 6:7, 6:4, 2. Runde: Geyer (Hamburg) - Eberhard (Berlin) 6:3, 6:7, 6:4, Riegelski (Neuß) - Zettelmeyer (Essen) 6:4, 6:3.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1. unbesetzt, Jackpot 6 996 405,80 Mark, 2. 349 320,20, 3. 11 101,20, 4. 152,10, 5. 10,40. - Toto: Gewinner: 1. 189 002,50, 2. 6064,30, 3. 351,00. - Beispielsweise: Rennen A: 1. 1596,70, 2. 253,40, - Rennen B: 325,80, 2. 202,10. - Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 137 056,80 Mark. (Ohne Gewähr.)

BORIS BECKER

Wieder gegen Wilander?

dpa, New York
Die Revanche zwischen Boris Becker und Mats Wilander, den er im Finale des Young-Masters-Turniers von Berlin klar mit 6:1, 7:5, 6:0 besiegt hatte, ist bereits für das Masters-Turnier in New York programmiert. Das läßt sich aus der Auslosung für das Turnier der 16 weltbesten Tennis-Profs ablesen. Becker und Wilander treffen im Viertelfinale aufeinander, wenn sie ihre ersten Spiele am Dienstag (14. Januar) gewinnen. Dabei spielt der Wimbledon-Sieger gegen den Amerikaner Paul Anacone, der Schwede gegen Scott Davis (ebenfalls USA). Der Sieger aus dem möglichen Revanchekampf trifft im Halbfinale wahrscheinlich auf Titelverteidiger John McEnroe, der es im ersten Spiel mit seinem Landsmann Brad Gilbert zu tun hat und bei einem Erfolg auf den Sieger der Begegnung Jarrod - Nystrom treffen würde.

STANDPUNKT

Rallye in der Sahel-Zone

Ein Wort zur Rallye Paris-Dakar von Haroun Tazieff, dem französischen Staatssekretär für Naturkatastrophen: „Man zwingt die Sahelzone zur Prostitution. Die Sponsoren werben vor den Armen für Tabak.“ Na und? Der Geschmack von Freiheit und Abenteuer war schließlich schon immer etwas Besonderes: nicht bitter und auch nicht geschmacklos - anders. Deshalb trotz mancher Herausforderung, irgendeiner halt, und dies möglichst fotogen. Eben wegen dieses Geschmacks. Denn irgend jemand muß die ganze Sache schließlich bezahlen.

FUSSBALL

Lattek bleibt in München

Udo Lattek, der Mitte letzten Jahres angedeutet hatte, er werde vielleicht ganz aufhören oder nach Italien gehen, wird wohl doch Trainer des deutschen Fußball-Meisters Bayern München bleiben. Vereinspräsident Fritz Scherer gab am Bande des Münchner Hallenturniers (Sieger FC Bayern mit 2:0 im Finale über den Lokalrivalen 1860 München) bekannt, die Vertragsverlängerung mit Lattek sei nach einem Gespräch mit dem 50 Jahre alten Trainer zu 99,9 Prozent perfekt. Scherer: „Es fehlen nur noch Details. Ein paar Punkte müssen noch geklärt werden, aber das sind nur Kleinigkeiten.“

PARIS-DAKAR / Vermißter Motorradfahrer in der Wüste gefunden

Eddy Hau fiel auf Platz sechs zurück

dpa, Tamarassat
„Ich habe leider nur die Vorseife des Paris-Dakar-Menüs zu kosten gekriegt, aber ich komme wieder“, sagte der fünfmalige Tour-Sieger Jacques Anquetil in Tamarassat, nachdem er zusammen mit seinem französischen Piloten Pierre Iver wegen eines Getriebeschadens am Mercedes 280 GE ausgeschieden war. Dem früheren Radstar, der zum ersten Mal bei der 14 000 Kilometer langen Rallye startete, gefiel vor allem die Wüstenatmosphäre. „Ich habe gelernt, ein Zelt aufzubauen, im Schlafsack zu nächtigen und mich auch noch nach drei Tagen ohne Waschen wohl zu fühlen. Das ist das krasse Gegenteil zur Tour de France, wo die Fahrer gepflegt und gehätschelt werden.“

PARIS-DAKAR / Vermißter Motorradfahrer in der Wüste gefunden

Stunden und 16 Minuten auf den führenden Huynen.
Den ersten schweren Unfall mit Personenschaden auf afrikanischem Boden gab es ebenfalls am Montag: Der Franzose Michel Parmentier stürzte mit seiner Yamaha bei Tempo 160 und wurde mit einem Schädelbruch im bewußtlosen Zustand nach Paris geflogen.

PARIS-DAKAR / Vermißter Motorradfahrer in der Wüste gefunden

Wiedergefunden von einem Hubschrauber in einer abseits gelegenen Oase wurde der am Samstag verlorengegangene Motorradfahrer Arian Brouwer. Es war der erste und letzte Paris-Dakar-Trip des Holländers, denn Rallye-Chef Thierry Sabine schloß ihn für immer aus, weil Brouwer entgegen dem Reglement seinen Rücksack mit der vorgeschriebenen Nutzausrüstung seinem Service-Fahrer mitgegeben hatte. Er war der Meinung, „es handle sich nur um eine Spazierfahrt“.

ACHTUNGSWEIS

TENNIS
Deutsche Hallenmeisterschaften in Mainz, erste Runde. Herren: Beutel (Hannover) - Hopp (München) 6:4, 6:7, 6:4, 2. Runde: Geyer (Hamburg) - Eberhard (Berlin) 6:3, 6:7, 6:4, Riegelski (Neuß) - Zettelmeyer (Essen) 6:4, 6:3.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1. unbesetzt, Jackpot 6 996 405,80 Mark, 2. 349 320,20, 3. 11 101,20, 4. 152,10, 5. 10,40. - Toto: Gewinner: 1. 189 002,50, 2. 6064,30, 3. 351,00. - Beispielsweise: Rennen A: 1. 1596,70, 2. 253,40, - Rennen B: 325,80, 2. 202,10. - Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 137 056,80 Mark. (Ohne Gewähr.)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der Sinn von Salzgitter

„Streit um Erlassungsstelle für Gewalttaten der „DDR““: WELT vom 2. Januar
Sehr geehrte Damen und Herren,
es ist noch gar nicht lange her - Juni 85 - da war es Staatssekretär Hennig, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, durchaus nicht recht, daß in der Öffentlichkeit Probleme mit der DDR angesprochen wurden, zum Beispiel die „Kontaktperrre“ für Millionen Bewohner Mitteldeutschlands. Jetzt dagegen fühlt er sich bemüßigt, die SED-Forderung über Schließung der Erlassungsstelle Salzgitter ohne jeden Anlaß in der Öffentlichkeit aufzuwirbeln.

Streit um TÜV

„Bundesregierung will TÜV-Monopol kippen“: WELT vom 28. Dezember
Sehr geehrte Damen und Herren,
woher stammt die Zahl von rund 25 000 freien Sachverständigen? Mein Wissens sind in der GTÜ (Gesellschaft für technische Überwachung) mbH, der einzigen erwähnenswerten Gesellschaft, die für ihre Mitgliedschaft eine Öffnung des Paragraphen 29 StVZO für freie Kraftfahrzeugsachverständige anstrebt, ca. 350 Sachverständige vereinigt. Mit der Zahl 25 000 wird der Rahmen aller Kraftfahrzeugsachverständigen - auch der teilweise sehr wenig qualifizierten - in Deutschland weit überschritten.

Mit freundlichen Grüßen

Angelika Feustel, München 70

Mit freundlichen Grüßen

Angelika Feustel, München 70

Eine solche Äußerung gerade aus diesem Ministerium macht betroffen. Ich hatte in den letzten Monaten anlässlich von Seminaren Gelegenheit, mit Freigekauften aus der DDR zu sprechen.

Sie verlagerten ihre Tätigkeit auch vielfach in die Kraftfahrzeugwerkstätten. Durch umfangreiche Werbung versuchten sie, die freien Kraftfahrzeugsachverständigen vom Markt zu verdrängen. Dabei ist von Bedeutung, daß die öffentlich bestellten und vereidigten Kraftfahrzeugsachverständigen in keiner nennenswerten Weise Werbung betreiben dürfen.

Aber davon abgesehen, sind in der Erlassungsstelle Salzgitter viele und auch schwerste Rechtsbrüche registriert, darunter Mord in 183 Fällen, begangen von Deutschen an wehrlosen Deutschen in Deutschland. Solche diese und andere Straftaten im Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland vergessen, die Erlassungsstelle aufgelöst, die Akten vernichtet werden? Sofern Verjährung droht, muß in Abwesenheit verfahren und geurteilt werden.

Diese erzählten folgendes: Im Zuchthaus Bautzen wurde ein Häftling von aufsichtsführenden Meistern wegen Nichterfüllung seines Solis hart zur Rede gestellt. Trotz Hinweis des Häftlings, daß seine Vorrichtung nicht in Ordnung sei und er daher das Solis nicht erfüllen könne, wurde ihm eine Meldung angedroht mit entsprechenden Folgen.

Das Rechtsbewußtsein in unserem Volke wurde im Hitler-Reich bis zur Unkenntlichkeit verformt, mißbraucht. Diese Schäden sind gerade im Verbleiben begriffen, da sollen bereits aus politischem Opportunismus, aus Anbiederung bei der SED-Diktatur Forderungen und Mordtaten der DDR-Büffel als störende „Betriebsunfälle“ vom Verhandlungstisch gewischt werden. Wie gering wird hierzulande eigentlich die Majestät des Rechts geachtet?

Darumhin ging ein anderer Häftling an die Wand, zeichnete drei senkrechte Striche, die von drei wehrlosen gezeichnet wurden und schrieb das Wort „Salz“ darüber. Der Meister sah das, drehte sich abrupt um und verließ den Saal. Nach einiger Zeit kam er freundlich wieder und reparierte die Vorrichtung des Häftlings mit einer Entschuldigung. Dem ist nichts hinzuzufügen, aber es ergeben sich Folgerungen, wie die Freigekauften bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard von Plessen, Bonn 1

Die Sorge der Technischen Überwachungsvereine bezüglich der Auslastung ihrer Prüfstellen ist meines Erachtens unbegründet und entbehrt jeglicher Logik.

Seit Jahren machen die Technischen Überwachungsvereine quasi sich selbst Konkurrenz durch die freiwillige Kraftfahrzeugsachverständigen (FKU) in den Werkstätten. Dadurch ziehen die Technischen Überwachungsvereine sich selbst potentielle Kunden von ihren Prüfstellen.

Seit Jahren machen die Technischen Überwachungsvereine quasi sich selbst Konkurrenz durch die freiwillige Kraftfahrzeugsachverständigen (FKU) in den Werkstätten. Dadurch ziehen die Technischen Überwachungsvereine sich selbst potentielle Kunden von ihren Prüfstellen.

Wort des Tages

„Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen.“
Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832)

Wort des Tages

„Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen.“
Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832)

Sonderdruck angebracht

Ich weiß, daß diese grundsätzlichen Betrachtungen sich darauf beschränken mußten, den Rahmen für Ihre Milieuschilderung zu bilden. Dennoch hätte ich mir gewünscht, es wäre gesagt worden, daß die Gefahr für den Frieden nicht von der anzustrebenden deutschen Einheit ausgeht, sondern von dem Fortbestehen der unnatürlichen und unerträglichen Teilung.

Sonderdruck angebracht

Ich weiß, daß diese grundsätzlichen Betrachtungen sich darauf beschränken mußten, den Rahmen für Ihre Milieuschilderung zu bilden. Dennoch hätte ich mir gewünscht, es wäre gesagt worden, daß die Gefahr für den Frieden nicht von der anzustrebenden deutschen Einheit ausgeht, sondern von dem Fortbestehen der unnatürlichen und unerträglichen Teilung.

Personalien

Der Übersetzer Dr. Karl Dedeckers, der das Deutsche Polen-Institut in Darmstadt leitet, erhält den Hessischen Kulturpreis 1985. Dem Frankfurter Publizisten Dr. Dietrich Eberhard Sattler ist ein Förderpreis Contemporary History and Wiener Library (Institut für Zeitgeschichte und Wiener Bibliothek) in London. Laqueur ist außerdem auch seit 1971 Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des „Center for Strategic and International Studies“ in Washington.

Personalien

Der Übersetzer Dr. Karl Dedeckers, der das Deutsche Polen-Institut in Darmstadt leitet, erhält den Hessischen Kulturpreis 1985. Dem Frankfurter Publizisten Dr. Dietrich Eberhard Sattler ist ein Förderpreis Contemporary History and Wiener Library (Institut für Zeitgeschichte und Wiener Bibliothek) in London. Laqueur ist außerdem auch seit 1971 Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des „Center for Strategic and International Studies“ in Washington.

AUSZEICHNUNGEN

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat dem in London lebenden amerikanischen Historiker und Publizisten Professor Walter Z. Laqueur in Würdigung seiner vielen Werke und Studien zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, seiner politischen Analysen und Notizen das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Der deutsche Botschafter in London, Baron Rüdiger von Wechmar, überreichte gestern Professor Laqueur während einer Feierstunde in der Deutschen Botschaft in London die Auszeichnung.

AUSZEICHNUNGEN

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat dem in London lebenden amerikanischen Historiker und Publizisten Professor Walter Z. Laqueur in Würdigung seiner vielen Werke und Studien zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, seiner politischen Analysen und Notizen das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Der deutsche Botschafter in London, Baron Rüdiger von Wechmar, überreichte gestern Professor Laqueur während einer Feierstunde in der Deutschen Botschaft in London die Auszeichnung.

Personalien

Der Übersetzer Dr. Karl Dedeckers, der das Deutsche Polen-Institut in Darmstadt leitet, erhält den Hessischen Kulturpreis 1985. Dem Frankfurter Publizisten Dr. Dietrich Eberhard Sattler ist ein Förderpreis Contemporary History and Wiener Library (Institut für Zeitgeschichte und Wiener Bibliothek) in London. Laqueur ist außerdem auch seit 1971 Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des „Center for Strategic and International Studies“ in Washington.

Personalien

Der Übersetzer Dr. Karl Dedeckers, der das Deutsche Polen-Institut in Darmstadt leitet, erhält den Hessischen Kulturpreis 1985. Dem Frankfurter Publizisten Dr. Dietrich Eberhard Sattler ist ein Förderpreis Contemporary History and Wiener Library (Institut für Zeitgeschichte und Wiener Bibliothek) in London. Laqueur ist außerdem auch seit 1971 Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des „Center for Strategic and International Studies“ in Washington.

Rüsselsheim, im Januar 1886: ADAM OPEL GRATULIERT

OPEL 

**Sehr geehrter  
Gottlieb Daimler!**

**Sehr geehrter  
Carl Benz!**

Mit Freude vernahm ich, daß Sie eine Kutsche motorisiert haben. Das ist eine vorzügliche Leistung. Ihr äußerst sinnreicher Mechanismus wird die Welt

zu allseitiger Genugtuung verändern und Ihre Namen in größter Ehre halten.

Heute, wo Sie diesen hervorragenden Schritt in die Zukunft begehnen, liegen hinter mir und meiner Firma gedehliche 23 Jahre Industriearbeit. Sie wissen ja, daß ich 1862 hiesigen Orts mit der Fabrikation begann und ist es mir heute möglich, mit schon 300 Mitarbeitern 18.000 patentierte Machines à Coudre per Jahr fertigzustellen.

Die Nachfrage in allen Ländern accumuliert. Wir eröffnen deshalb jetzt speciale Dependancen in Wien, London, Paris, Mailand, Moskau, New York, Lissabon, Stockholm, Cairo, Melbourne, Barcelona, Amsterdam und Constantinopel.

In der Hoffnung, daß dies auch Ihnen Mut macht und Sie beherzt auf der betretenen Bahn fortfahren, möchte ich nicht verfehlen, Ihnen meine lebhaftesten Glückwünsche zu überbringen.

Auch Sophie und die Kinder grüßen allerherzlichst. Besonders Fritz und Wilhelm nehmen mich auf das

außerordentlichste ins Gebet, ebenso in Rüsselsheim mit der zusätzlichen Fabrikation von Motorwagen zu beginnen. Bei aller Coullance - man muß sehen!

Ich empfehle mich Ihnen.

Hochachtend



Ein Glückwunsch der Adam Opel AG zum 100. Geburtstag des Automobils - mit einem Brief, wie ihn Adam Opel Anfang 1886 hätte schreiben können.

Er gründete vor 124 Jahren ein Maschinenbau-Unternehmen, das heute nach Daimler-Benz der älteste deutsche Automobil-Hersteller ist - Pionier industrieller Entwicklung und Wegbereiter der Motorisierung.



Adam Opel, 1886



### Intellektuelle kämpfen um das alte Bukarest

Gegen die amtlich betriebene systematische Zerstörung alter Kirchen und Klöster in der rumänischen Hauptstadt Bukarest werden jetzt Proteste prominenter Wissenschaftler und Intellektueller bekannt. In Briefen an das ZK der rumänischen Partei haben die Archäologen Dionisie Pippidi und Grigore Ionescu - zwei prominente Professoren und Akademienmitglieder - sowie der Historiker Dimi Giurescu - Verfasser mehrerer bedeutender Werke über die Geschichte Rumäniens - und der Rektor der Bukarester Akademie der Künste, Vasile Dragut, gegen die Demolierung kultureller und historisch bedeutsamer Bauwerke im Zuge der „sozialistischen“ Umgestaltung Bukarests protestiert (siehe WELT v. 18. 12. 85).

Die Wissenschaftler nennen als Beispiel die 400 Jahre alte Kirche „Mihai Voda“, die zwar von einem Ahriss verschont, dafür aber mehrere hundert Meter „versetzt“ wurde, um Platz für „sozialistische“ Bauten zu schaffen. Ihr Klosterkomplex ist allerdings vernichtet worden. Dieses Denkmal sei das zweitälteste von Bukarest. Es sei ein Symbol der rumänischen nationalen Kultur.

Ebenso forderten die Wissenschaftler die Einstellung der Zerstörung des Klosters „Vasceli“, das inzwischen teilweise der Spitzhacke zum Opfer gefallen ist. Das Kloster sei von hervorragender Bedeutung für die rumänische und südosteuropäische Kunst. Der Verlust dieser Bauwerke würde eine „schwere Amputation unserer nationalen Vergangenheit“ bedeuten, erklärten die rumänischen Wissenschaftler.

„Jede Nation“, so heißt es in einem Schreiben, das dem ZK-Sekretär Petru Baneu übergeben wurde, „legitimiert ihre Existenz durch ihre Kreativität. Wenn die Zeugnisse dieser Kreativität Stück für Stück unterdrückt werden, geht die Identität eines Volkes allmählich verloren“. Die kommenden Generationen in Rumänien würden in Städten leben, konstatierten die Autoren, in denen nur wenige Spuren „unserer und ihrer Geschichte“ übrig geblieben sind. Der Brief der Wissenschaftler, der angesichts der innenpolitischen Zustände in Rumänien von hoher Zivilcourage zeugt, ist bisher ohne Antwort geblieben.

### Mitterrand dringt auf Fortschritte beim Aufbau einer europäischen Verteidigung

„Von den Worten zu den Taten übergehen“ / Besuch in der Sowjetunion bestätigt

**DW, Paris**  
Der französische Staatspräsident François Mitterrand betrachtet die Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland „in fast allen Bereichen als ausgezeichnet“. Am Rande eines Neujahrsempfangs für die Presse sprach sich Mitterrand gleichzeitig dafür aus, beim Aufbau einer europäischen Verteidigung „vom Studium der Worte zu dem der Taten überzugehen“. Mitterrand verwies dabei auf die historische Entwicklung, die der Bundesrepublik Deutschland den Besitz von Atomwaffen verbiete. Die Deutschen streben auch keine Nuklearverwertung an.

Mitterrand bestätigte, daß er in diesem Jahr zu einem offiziellen Besuch in die Sowjetunion reisen wird. Er bestritt, an Gesprächen über die mögliche Ausreise sowjetischer Juden beteiligt zu sein. „Das Thema kenne ich überhaupt nicht“, sagte er. Eine Luftbrücke mit Hilfe Frankreichs sei nicht im Gespräch.

Bundesaussenminister Hans-Dietrich Genscher traf gestern in Paris mit seinem französischen Kollegen Roland Dumas zusammen. Themen der Unterredung waren die Intensivierung der deutsch-französischen

Zusammenarbeit und Europafragen. Auch die gespannte Lage im Nahen Osten und im Mittelmeerraum sollte erörtert werden.

In einem Interview des Saarländischen Rundfunks, das in Paris veröffentlicht wurde, sagte Genscher gestern zu seinem Treffen mit Dumas, 1986 solle ein „wirkliches deutsch-französisches Jahr“ werden. Damit sei ein Jahr der deutsch-französischen Anstrengungen für Europa gemeint.

Genscher nannte als Beispiele neue Impulse für die Ost-West-Beziehungen, die nicht allein von Washington und Moskau bestimmt werden dürften, und die gemeinsamen Sicherheitsinteressen Frankreichs und der Bundesrepublik.

Der Sicherheitsverbund, der im Entstehen begriffen ist zwischen Paris und Bonn, ist eine Art Kristallisationsbund für eine Definition europäischer Sicherheitsinteressen.

Die Bundesregierung steht nach den Worten Genschers zu ihrer Aufgabe, das Sekretariat für das europäische Hochtechnologieprogramm Eureka nach Straßburg zu vergeben. Nur wenn Straßburg nicht möglich

sei, kämen andere Plätze - wie Saarbrücken - in die Diskussion.

In einem an Genscher gerichteten „Memorandum“ hat der saarländische Minister für Bundesangelegenheiten und besondere Aufgaben, Ottokar Fahn, zahlreiche Punkte für einen saarländischen Standpunkt des Eureka-Sekretariats aufgeführt. Der Minister, der sich schon im November 1985 brieflich bei Genscher für die Einrichtung eines Sekretariats in Saarbrücken eingesetzt hatte, erhielt von diesem die Antwort, daß die Bundesregierung Straßburg als Sitz unterstütze. Dies, so Fahn, könne im Saarland nicht mit Befriedigung aufgenommen werden.

Die SPD-Landtagsfraktion hat angedeutet, daß die von Oskar Lafontaine geführte Landesregierung Ersatzansprüche im Falle einer negativen Entscheidung Bonn stellen werde. Sollte das Eureka-Sekretariat nicht in Saarbrücken angesiedelt werden können, so hoffte das Saarland, bei der Vergabe der nächsten überregionale Einrichtungen so berücksichtigt zu werden, wie andere Bundesländer in den vergangenen Jahren. „Das Saarland hat Anspruch als Standort für überregionale Einrichtungen“, sagte SPD-Sprecher Burghard Schneider.

### Ehmke sieht Genscher als Verlierer

PETER PHILIPPS, Bonn

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke hat gewachsene Skepsis der Sozialdemokraten über Fortgang und Erfolg der Genfer Abrüstungsverhandlungen in diesem Jahr geäußert. Im wesentlichen führt er dies auf die Haltung der USA zurück, die zum Ergebnis habe, daß über den „Hauptpunkt“, nämlich die Halbierung der Angriffswaffen sowie die Vermeidung der „Weltraumrüstung“, „praktisch nicht verhandelt wird“. Dadurch sei auch der ABM-Vertrag „auf Dauer nicht zu halten“.

Ehmke verwies darauf, daß - hier fast unbemerkt - die Amerikaner in ihrer Rüstungskontroll-Position in Genf teilweise „um 180 Grad geschwenkt“ seien, vor allem dadurch, daß sie statt der Umrüstung von Mehrschrapnellkopfen auf mobile Interkontinentalraketen nunmehr ein Verbot der beweglichen Raketen vorschlugen. Bei dem ursprünglichen Umrüstungsvorschlag hingegen „sahen sich bereits ein Konsens mit den Russen zu entwickeln“. Das Festhalten an SDI sei eine logische Folge. Allerdings hält der Abgeordnete in teilweisem Gegensatz zum früheren Kanzler Schmidt das geplante Treffen Reagan/Gorbatschow in diesem Jahr für politisch nützlich und bezeichnet es als „denkbar, daß die Großen wenigstens beim Thema regionale Konflikte weiterkommen“. Den Westeuropäern und insbesondere der Bundesregierung wirft Ehmke vor, eine erhebliche Mitschuld an der sich abzeichnenden Entwicklung zu haben, daß es erneut zu einem „Nebeneinander von politischer Entspannung und Fortgang des Wettrennens“ kommen drohe.

Zur Diskussion um das Amt des Außenministers nach der kommenden Bundestagswahl sagte Ehmke, daß Genscher „von Bangemann und Kohl überspielt worden ist“ und „unabhängig vom Wahlausgang 1987“ Außenminister nicht zurückkehren werde. Bangemann war in der Presse mit der Bemerkung zitiert worden, er sehe sich selbst als den „geborenen Außenminister“. Er beherrsche mehrere Sprachen und sei darüber hinaus ein umgänglicher Mensch. Insofern gebe es außer Genscher keinen besseren Außenminister als ihn. Zur Kritik Ehmkes sagte Bangemann: „Hirngespinnste“ und „hödsinnige Personalpekulation“.

### Seligensprechung aufgeschoben

KNA/DW, Rom

Der Vatikan hat sich entschlossen, den Seligsprechungsprozess für den am 11. November 1982 wegen „Subversion“ und „Spionage“ erschossenen bulgarischen Bischof Eugenio Bossilkov aufzuschieben. Eine offizielle Begründung wurde vom Vatikan nicht gegeben. Kardinal Palazzini, der italienische Presseberichtete als „völlig unbegründet“ zurück, die von Druck der bulgarischen Regierung auf den Vatikan gesprochen hatten. Einen ähnlichen Verdacht hegt auch die italienische Organisation „Glaube und Freiheit“, die gegen die Aufschubung des Seligsprechungsprozesses in einem Schreiben an Palazzini Widerspruch eingelegt hat. Eine weitere Vermutung ist, der Papst wolle auf die Orthodoxie, zu der er bessere Beziehungen wünscht, Rücksicht nehmen.

### Weitere Anhörung Zimmermanns?

gba, Bonn

Eine weitere Anhörung von Bundesinnenminister Zimmermann zu den Auskünften des Bundesamtes für Verfassungsschutz über Abgeordnete der Grünen hat der FDP-Abgeordnete Burkhard Hirsch gefordert. In einem Brief an den Vorsitzenden des Bundestagsintrausschusses, Werner (SPD), verlangte Hirsch, der Minister solle in der nächsten Sitzung am 15. Januar gehört werden. Dabei müsse endlich der volle Wortlaut der Auskunft auf den Tisch, die der parlamentarische Staatssekretär Spranger für den CDU-Abgeordneten Todenhöfer über den terroristischen Hintergrund von Politikern der Grünen angefordert hatte. In der parlamentarischen Kontrollkommission will Hirsch auch klären, ob und über welche Bundestagsabgeordneten es Dossier des Verfassungsschutzes gebe.

### Rappe gegen Streiks um Paragraph 116

AP, Hamburg

Im Kampf gegen den unstrittigen Streikrechtsparagrafen 116 im Arbeitsvertragsrecht dürfen die DGB-Gewerkschaften nach Meinung des IG-Chemie-Vorsitzenden Hermann Rappe nicht zu betrieblichen Streiks aufrufen. Allenfalls „spontane Aktionen“ der Belegschaften seien zulässig, sagte Rappe in einem Interview für die neueste Ausgabe des Hamburger Magazins „Stern“.

Rappe, der auch Bundestagsabgeordneter der SPD ist, wandte sich dagegen, daß der Streit um die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit im Arbeitskampf „zur Verfassungsfrage überhöht“ wird. DGB-Gewerkschafter hätten nicht das Recht, gegen die geplante Änderung des Paragraphen 116 das Widerstandsrecht des Grundgesetzes in Anspruch zu nehmen.

### „Der Blick durch die Kamera verändert vieles“ - Gespräch mit Klaus Poche

## Unabänderliches schildert man nicht

Sieben Jahre ist es her, daß Klaus Poche, 1927 in Halle/Saale geboren, seinen Roman „Abemot“, einen Bericht über die Existenz des Schriftstellers in der „DDR“, in einem Freiurger Verlag, also in der Bundesrepublik, veröffentlichte. Versteht er schon damit gegen eine Verordnung der „DDR“, so machte er sich kurz darauf erst recht unbeliebt, als er zu denen gehörte, die gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns protestierten. Am 7. Juli 1979 wurde er dann aus dem Schriftsteller-Verband ausgeschlossen. Und das bedeutet nicht nur, daß ein Autor mundtot gemacht ist, weil er nicht mehr publizieren kann. Staatliche Stellen - Rundfunk, Film und Fernsehen - beschäftigen ihn nicht mehr. Er ist arbeitslos. Seit 1980 lebt Klaus Poche, versehen mit einem langfristigen Visum, mit seiner Frau in Pühlim bei Köln.

Inzwischen ist Poche nicht untätig geblieben. Er, der in der „DDR“ zwei Romane herausbrachte und die Bücher für nicht weniger als 25 Spiel- und Fernsehfilme schrieb, hat seit 1980 mehrfach für ARD und ZDF gearbeitet. „Collin“, Stefan Heyms Roman, übersetzte er in Bilder. „Die zweite Haut“, „Der kleine Bruder“ (die Schilderung der Probleme eines ausgereizten Rentners beim Zurechtfinden in der Bundesrepublik), die Bar-Geschichte „Herta von acht bis acht“, im vergangenen Jahr, die Demaskierung in „Mamas Geburtstag“ folgten.

Für den Regisseur Egon Günther, der schon die beiden letzten Filme

realisierte, schrieb Poche jetzt das Buch für den Film „Die letzte Rolle“. Die Geschichte eines gealterten Schauspielers (Hans Christian Blech), der dem Alkohol verfallen ist und den nun ein Kollege (Jürgen Holtz) beauftragt, oh er durchhalten werde. Andernfalls ist er zum „Einspringen“ bereit.

„Es geht natürlich nicht nur um die beiden Schauspieler“, sagt Klaus Poche. „Gewiß, ich kenne das Milieu. Aber die beiden Schauspieler stehen stellvertretend für eine gesellschaftliche Realität. Die Schwierigkeit des Alters wollte ich darstellen - und die Mittel, mit denen man sich dann zu behaupten sucht. Das Ziel ist wortwörtlich, 'noch auf der Bühne zu bleiben'.“



Schreiben als hübsches Abenteuer: Schriftsteller Klaus Poche

Werden dort andere Denkstrukturen eingeholt? Lernet man dort, was George Orwell in „1984“ als strafbares „Zwischenland“ beschrieb, so daß man mehr eine Sache von mehreren Seiten her bedacht wird und man weniger anfällig für Schlagworte ist? „Das ist nicht nur in der DDR so“, meint Klaus Poche. „In Spanien gibt es das, und das liegt nicht nur an der langen Franco-Herrschaft. Denn auch in Frankreich und Italien kennt man das, während man ja in der Bundesrepublik dazu neigt, ziemlich einseitig zu sehen. Daran ist beteiligt, was ich 'Tatort-Dramaturgie' nenne würde, die ziemlich einseitig erzählt und vom Betrachter weder Mitdenken noch Einfühlen fordert. Die Logik dominiert. Davon unterscheidet sich meine Erzählweise - und die von Egon Günther.“

Was und wie schreibt Klaus Poche? Entwirft er die Handlung - oder

schreibt er mehr? „Nein, ich liefere keineswegs nur das Konzept“, antwortet Poche. „Ich habe ja schon viele Filme gemacht. Ich entwerfe mir die Personen, ich beschreibe die Dialoge, und ich beschreibe die Szenen - was im Drehbuch 'die linke Seite' heißt. Da bin ich sogar sehr genau, was etwa die Dekorationen und die Kostüme angeht. Aber es läßt sich nicht alles vorhersehen. Der Blick durch die Kamera verändert vieles; eine Landschaft bringt manchmal eine besondere Stimmung hinzu. Und es kann schon vorkommen, daß sich die Figuren selbständig machen und einem davonlaufen. Dann muß man hinterherrennen und sie zurückholen. Oder man folgt ihnen, wenn's gut ist. So ist Schreiben schon ein ganz hübsches Abenteuer.“

### Und wo weht der Geist?

Waren Sie in ihrem Leben betrunken? - „Muß man das Nobelpreisdgeld versteuern?“ - „Was war ihr bestes Jahr?“ Rückwärts-Fragen, die, weil beliebig austauschbar, man auch dem Herrgottschneider von Oberammergau hätte stellen können. Und dann der Höhepunkt: „Haben Sie als Junge schon gewußt, daß Sie mal ein so bedeutender Physiker werden würden?“

Es ist schon toll, wenn Emilio Gino Segrè, der 1959 zusammen mit Owen Chamberlain den Nobelpreis für den experimentellen Nachweis des Antiprotons erhielt, die ersten Verse des Erlkönig zitiert. Toll überhaut, einen so liebenswürdigen, in Ehren grau gewordenen 80jährigen Herrn in Bernmu-

### Ein Gentleman macht Kasse

Las' deine Millionen im Lande und versteure sie redlich! Weil jedoch längst nicht alle Großverdiener aus EG-Staaten diesen Rat beherzigen, genießt das Schweizer Bankwesen mit seiner Nummernkonten-Diskretion in feinen Kreisen hohes Ansehen. Daß die geheimen Gelddepots zum Schreck und Schaden ihrer Besitzer durchaus angezapft werden können, führte der von Maria Matray listig und launig ersonnene Fernsehfilm „Gamer im Paradies“ (ZDF) vor.

Eine Idealrolle für Armin Mueller-Stahl: Als Tausendstaus-Ganove Otto Flamm betreibt er, sozusagen mit Glacéhandschuhen und dem Charme eines Operettenbuffos, sein einträgliches Erpressergeschäft. Edel wie ein Gentleman, der mit den gesellschaft-

### KRITIK

lich hochstehenden Schwarzgeldbesitzern von gleich zu gleich verkehrt, verkauft er ihnen sein Wissen und macht Kasse.

Flamm's Glück: die ebenso hübsche wie naive Straßburger Kleingeschäftsfrau Madeleine (Jutta Speidel). Sie assistiert ihm bei seinen eleganten Raubzügen durch Kanzleien und Salons. Flamm's Pech: Im Größenwahn seiner kriminellen Unfehlbarkeit eröffnet er an der Riviera ein Top-Restaurant, dessen Adresse ihn schließlich hinter Gitter bringt. Doch ein so sympathischer Gauner wie Otto Flamm ertrickt sich auch noch das Happy-End mit seinem blonden Liebchen im Ruhestandland Australien.

Der Film (Regie: Thomas Fantl) liefert augenzwinkernde Unterhaltung und glänzende Außenaufnahmen. Seine einzige Schwäche: Er war dreißig Minuten zu lang.

### III.

WEST  
12.00 Teleshopping II  
12.30 Sommerfrühe  
19.00 Aktuelle Stunde  
20.00 Tagesschau  
20.15 Mitstrecker in Düsseldorf  
Informationen und Unterhaltung  
Musik: Isobel Varell; die Gesangs- und Instrumentalgruppe „Scuba“  
21.00 Hebbelberg  
Bühnenmalerei  
22.30 Identifikation einer Frau  
Tot. Fernseh. Spielfilm (1982)  
Mit Tomis Milcan, Christine Boisson, Daniela Silverio u. a.  
Buch und Regie: Michelangelo Antonioni  
0.35 Letzte Nachrichten  
NORD  
18.00 Sommerfrühe  
18.30 Die Sprachstunde  
19.15 Das internationale TV-Kochbuch  
19.30 Das Jahr im Garten: James  
20.00 Teleshopping  
20.15 Hamburger Journal speziell  
21.00 Offerte  
21.15 Das Licht der Gerechten

<b>ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM</b> 9.45 ARD-Birgitte 10.00 Tagesschau und Tagesschau 10.25 Scherene See für deutsche Fischer 11.10 Ein Platz für Tiere 11.55 Unschön 12.10 Kastrats 12.55 Prosecco 13.00 Tagesschau 14.00 heute 14.04 Beitzkontogeschichten Falsch gelobt Ansicht heute-Schlagzeilen 14.35 Tee Tee Der eingebildete Hase 17.00 heute / Aus den Ländern 17.15 Foto-Illustrierte 17.50 Tilo mit vier Flüssen Auf den Hund gekommen Dazw. heute-Schlagzeilen 18.55 Mitwochelotte - 7 aus 38 Spiel 77 19.00 heute 19.50 Dienst Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer 20.15 ZDF-Magazin Moderation: Gerhard Löwenthal 21.00 Der Deewer-Cas Unser Freund in Caracas Blake Carrington braucht unbedingt Geld. Seine Not ist so groß, daß er Billy Waite, einen Geschäftshaus aus Caracas, den er aus früheren Zeiten kennt, aufsucht, um ihn um Hilfe zu bitten. Zufällig erfährt Alexis davon und macht sich auf nach Venezuela. Gutes führt sie bestimmt nicht im Sinn... 21.45 heute-journal 22.05 Aufbruch zum Reich Gottes Christoph Blumhardt und der religiöse Sozialismus Von Friedrich Edel Der württembergische Pfarrer Blumhardt setzte diese Bewegung, die bedeutende Theologen dieses Jahrhunderts beeinflusst hat, von Bad Boll aus in Gang. Doch heute scheint die geistliche Revolution im Sande verlaufen zu sein. 22.35 Die Frau, die weint Französischer Spielfilm (1978) Mit Dominique Laffin, Haydée Polloff, Jacques Lollin u. a. Regie: Jacques Lollin 0.05 heute		15.00 Captain Future 15.30 Liane 16.00 Musicbox 17.00 S. O. S. - Charterboot! 18.00 Heute Oder: Regionalprogramme 18.30 APF blick 18.45 Sport auf SAT1 Bundesligisten unter Doch / Die Bronzeflex und ihr Sturm auf die Weltmeisterschaft / Schnee in Schönhof? / Studio-Gast: Rudi Gutendorf 19.45 Das Ultimatum läuft ab Italienischer Spielfilm (1975) 21.30 APF blick 22.15 M - Ein Männermagazin Von Managern, Muskeln, Motoren, Mut und Mädchen 22.45 Kultur, Natur und Wissenschaft Mislav Rostropowitsch: Ein Mann aus Rußland 23.50 APF blick 3SAT 18.00 Mini-ZB Nachrichtensendung für Kinder 18.10 Bilder aus Deutschland 19.00 heute 19.30 SAT1-Studio 19.30 Land der Berge 20.30 Volksmusik aus Österreich 21.15 Zeit im Bild 2 21.35 Kulturjournal 21.45 Der Duft der großen weiten Welt Ein Report über das Rouchen 22.50 Begegnungen Die Welt als Labyrinth Franz Kreuzer spricht mit Friedrich Dürrenmatt (2) 23.15 SAT1-Nachrichten RTL-plus 19.30 Atlas Smith und Jones 19.50 RTL-Spiel 20.30 Atlas Smith und Jones Deutscher Spielfilm (1959) Mit Gustav Fröhlich, Grethe Weiser, Hans Brousewetter u. a. Regie: Bernd Hofmann 22.05 Wer bin ich? 22.27 Wetter / Horoskop / Beihaupter!
--	--	--



naht. S  
rekorde  
na will Vorhild

## Einsamer Mahner

Mk. - Wenn es in den Auseinandersetzungen über den Kurs der Agrarpolitik ging, war die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) stets mit von der Partie. Häufig genug stand sie als Mahner, bei den Eingriffen in das Marktgeschehen die Interessen der Konsumenten und der Steuerzahler zu berücksichtigen, allein da. Dadurch hatten es Politiker und der Berufsstand leicht, sie als Brunnengift abzuqualifizieren. Trotzdem: Die AgV blieb sich selber treu, sie fordert jetzt wieder eine Reform. Das, was sie zusammengeschrieben hat, sollte und kann nicht so einfach als baurenfeindlich abgetan werden.

Im Gegenteil. So wird doch ausdrücklich festgestellt, ein wirtschaftliche Not zu vermeiden, könnten Reformversuche nur schrittweise erfolgen. Dabei sollte der Nebenlandwirtschaft mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Darüber ließe sich doch wohl ebenso sinnvoll reden wie über das Verlangen, die Anpassung der Produktion an die Nachfrage auch über den Preis zu versuchen, wobei dies durch direkte Einkommenszahlungen oder Ersatzleistungen flankiert werden sollte.

Zielt dies nicht in die Richtung der gegenwärtigen agrarpolitischen Diskussion? Die Grenzen der Preispolitik als Instrument der Einkommenssicherung sind gerade

im vergangenen Jahr deutlich geworden. Die Auseinandersetzung mit der AgV lohnt sich. Wer sich darum mit irgendwelchen Vorwürfen drückt, setzt sich dem Verdacht aus, es gehe ihm nur um seine eigenen Vorurteile.

## Atempause

Wb. - Mit Auftragsengängen gerade noch auf Vorjahreshöhe ist der November 1985 (so weit reicht die Statistik bislang) für den deutschen Maschinenbau möglicherweise noch etwas schwächer ausgefallen, als er erwartet hatte. Freilich: Der vorletzte Monat im Jahr ist für den größten deutschen Industriezweig traditionell eine kurze Atempause, ehe zum Jahresende der große Kehraus der Investitionsmittel noch einmal die Aufträge rollen läßt. Und ein einzelner Monat gibt kaum Hinweise auf einen Trend. Daß die Wachstumsraten der ersten Jahreshälfte - die insgesamt ein Auftragsplus von 18 Prozent gebracht hatte - sich nicht ad infinitum fortsetzen würden, war aber klar. So hat die Abschwächung der Zuwachsraten nicht nur im November, sondern auch in den Vormonaten den Gesamtumsatz gegenüber 1984 zwischen auf 13 Prozent gedrückt - immer noch ein glänzendes Ergebnis. Auch für die abschneidende Investitionsbereitschaft vor allem im Inland dem Maschinenbau noch Wachstumsmöglichkeiten. Zum Trübsalblauen hat die Branche weder Anlaß noch Zeit.

## KONJUNKTUR / Frühindikatoren signalisieren einen beschleunigten Aufschwung

# Auftragseingänge und Produktion haben weiter spürbar zugenommen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn  
Die Konjunktur in der Bundesrepublik gewinnt weiter an Fahrt. Dieses signalisieren die ersten offiziellen Zahlen, die zum Jahresanfang vom Bundeswirtschaftsministerium veröffentlicht wurden. Danach hat die Nachfrage nach Industrieprodukten - einem wichtigen konjunkturellen Frühindikator - zuletzt weiter spürbar zugenommen. Auch die Industrieproduktion ist zum Jahresende weiter gestiegen.

Nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes stiegen die Auftragseingänge beim Verarbeitenden Gewerbe von Oktober auf November preis- und saisonbereinigt um knapp zwei Prozent. Während die Inlandsorder im Vergleich zum Vormonat unverändert blieben, nahmen die Bestellungen aus dem Ausland um 1,5 Prozent zu und bewegten sich damit wieder auf dem hohen Niveau des Frühjahrs.

Im Zweimonatsvergleich Oktober/November gegenüber August/September wurde für das Verarbeitende Gewerbe ebenfalls ein fühlbarer Bestellzuwachs von zwei Prozent ermittelt. Die Inlandsaufträge nahmen in diesem Zeitraum um 2,5 Prozent, die Auslandsorder um 1,5 Prozent zu.

Während der saisonbereinigte Volumen-Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (1980 gleich 100) insgesamt im November bei 111 lag, war er für die Bestellungen aus dem Inland nur mit 101 angegeben. Dagegen erreichte der Index der Ordnungseingänge aus dem Ausland volumemäßig im November 131.

Auch im Zweimonatsvergleich schneiden die Hersteller von Investi-

## EUROPÄISCHE KOMMISSION

# Wettbewerbsfähigkeit der Industrie Anlaß zur Sorge

WILHELM HADLER, Brüssel  
Besorgt über die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie haben sich die Experten der EG-Kommission in einer Studie geäußert, die demnächst in der Brüsseler Zeitschrift "Europäische Wirtschaft" erscheinen wird.

Danach stützen sich die Exporte der sieben wichtigsten EG-Länder im Zeitraum zwischen 1972 und 1982 zunehmend auf technische weniger hochentwickelte Erzeugnisse, die einer schwächeren Konkurrenz aus den USA, Japan und den neuen Produzentenländern Südostasiens ausgesetzt sind, aber auch ein geringeres Wachstum der Nachfrage aufweisen als die Exporte dieser Länder.

In der Zehnjahresperiode ist der Anteil der Ausfuhr an der Produktion der europäischen Industrie zwar kräftig gestiegen; gleichzeitig gingen die von den Mitgliedsländern er kämpften Marktanteile jedoch weltweit zurück. Die EG-Exporte haben sich also weniger schnell entwickelt als die der wichtigsten Handelspartner. Andererseits stammten 1982 weniger als 60 Prozent des Verbrauchs an Erzeugnissen der Spitzentechnologie in der EG aus europäischer Produktion, während die USA ihren Markt zu 90 Prozent und Japan seinen zu 95 Prozent selbst versorgen.

Alles vollzieht sich so, als ob die europäischen Industrieländer - angesichts einer im Hinblick auf Qualität und Preis anspruchsvollen internen Nachfrage in der Gemeinschaft -

## Überforderte Steuerpolitik

Von HANSJÖRG HÄFELE  
Der Autor ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

Nach leidvollen Erfahrungen in den westlichen Industrieländern ist der Glaube erschüttert, durch kurzfristige öffentliche Ausgabenprogramme die Konjunktur steuern zu können. Obwohl Steuerentlastungen günstiger zu beurteilen sind, wäre es falsch, nunmehr auf kurzfristige konjunkturell begründete Steuerentlastungen zu setzen. Die Steuerpolitik hat vielmehr die Aufgabe, auf Dauer und verlässlich die Rahmenbedingungen für Investitionen und Leistungen zu verbessern. Nachfragegestützte Wirkungen treten aber nur ein, wenn die Steuerpolitik eingebettet ist in die gläubwürdige Fortführung der Politik der Herabführung der staatlichen Neuverschuldung und des Staatsausgabenanteils.

Die Wirtschaft darf also kein Experimentierkasten für die Steuerpolitik sein. Die steuerlichen Rahmenbedingungen müssen stimmen, nicht mehr und nicht weniger. Gezielte Steuervergünstigungen, Investitionsprämien, Investitionsrücklagen und ähnliche Wundermittel sind allenfalls kurzfristige Krücken. Der Irrtum ist indes weit verbreitet, steuerpolitische Maßnahmen seien ein Allheilmittel gegen die verschiedensten Alltagsbeschwerden oder gar eine Wunderwaffe zur Heilung von Beschwerden unserer Wirtschaft. Die Vorstellung von der Machbarkeit der Wirtschaft wäre ein Rückfall in die Ideenwelt der 70er Jahre. Die Rationalität in der Wirtschafts- und Finanzpolitik wurde doch gerade durch das ständige, erfolgreiche Herumdoktern mit den verschiedensten Arzneien am Patient "Wirtschaft" ausgebildet.

In unserer Wirtschaftsordnung zeitigen Eingriffe, Subventionen und Interventionen Ergebnisse, die über das angepeilte Ziel weit hinausgehen. Unerwartete Nebenwirkungen oder Verwerfungen treten auf, die ihrerseits immer weitere Bereiche der Wirtschaft erfassen und immer neue Forderungen nach sich ziehen. Die Kräfte unserer Wirtschaft werden verwirrt, abgelenkt und an der vollen Entfaltung gehindert. So wäre auch die Steuerpolitik überstrapaziert, wollte man das Füllhorn ihrer Möglichkeiten einsetzen, um stetiges Wirtschaftswachstum oder einen hohen Beschäftigungsgrad zu erzielen.

## AUF EIN WORT

Flexibilität ist für die Bekleidungsunternehmen das Gebot der Stunde. Das Regieren auf den Markt und auf die Wünsche des Handels setzt flexibles Verhalten voraus. Wir brauchen die flexible Gestaltung der Arbeitszeit, sie muß der Auftragslage und den Lieferterminen angepaßt sein, und sie sichert die Arbeitsplätze im Inland.

Gerd Somborg, Präsident des Bundesverbandes Bekleidungsindustrie

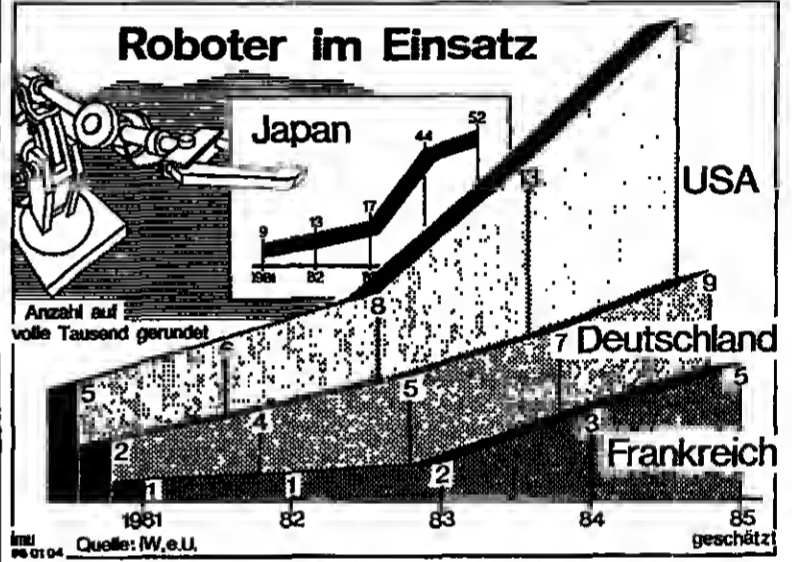
## KONZENTRATION IM HANDEL

# Verbraucher fordern: „Mit Augenmaß“ gegensteuern

Mk. Bonn  
Der Konzentration im Lebensmittelhandel sollte nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) „mit Augenmaß“ gegensteuert werden. Wie die AgV schreibt, sollte zunächst ausgetestet werden, ob nicht die Möglichkeiten des Kartellgesetzes, die Bestimmungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) und die freiwilligen Selbstbeschränkungsmaßnahmen (Fortsetzung der gemeinsamen Erklärung) ausreichen, bevor an Änderungen der Vorschriften herangegangen werde. Der Ansatzpunkt für ein staatliches Eingreifen könne nur in einer verschärften Kontrolle der Zusammenschlüsse liegen.

Die gegenwärtige Auseinandersetzung stellt sich für die Verbraucherorganisation als Gratwanderung dar. Auf der einen Seite könne ein offen-

## WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die Zahl der weltweit installierten Industrieroboter steigt weiter. Während sich in Westeuropa und den USA die Zunahme noch in Grenzen hält, hat in Japan seit 1983 eine Verdreifung stattgefunden. In der Bundesrepublik machte bisher vor allem der Robotereinsatz in der Automobilproduktion Schlagzeilen.

## PARISER CLUB

# Fristverlängerung bei Umschuldungen angestrebt

J. Sch. Paris  
Bei den westlichen Gläubigerländern zeigen sich Bestrebungen, die von ihnen im Rahmen des "Pariser Clubs" für staatliche beziehungsweise staatlich garantierte Forderungen gegenüber den Regierungen aus Drittländern gewährten Zahlungserleichterungen zeitlich zu verlängern. Nachdem der 1980 eingesetzte Club zunächst nur für zwölf Monate Aufschub gewährte, ging er in den letzten Jahren bis zu 18 Monate.

Diese Beschränkung würde aber nicht mehr der Vielschichtigkeit der anstehenden Forderungen gerecht, heißt es. Während früher nur die großen Schuldnerländer Aufschub erhielten, durchlaufen den Club inzwischen Länder der verschiedensten Kategorien, die zum Teil, wie etwa Togo, einen sehr langfristigen Umschuldungsbedarf haben.

Noch bis 1980 trat der Club zweimal im Jahr zusammen, im vergangenen Jahr aber nicht weniger als 22-mal, wobei Forderungen von insgesamt 17,5 Mrd. Dollar (einschließlich Zinsen) gestundet wurden, gegenüber 4,5 Mrd. Dollar im Vorjahr. Damit wurde sogar das aus der Verschuldungskrise von 1983 resultierende Stundungsvolumen (10,5 Mrd. Dollar 1983) übertroffen.

Der Erfolg des Pariser Clubs beruht darauf, daß sich die Schuldnerländer vor ihren Stundungsanträgen dem Internationalen Währungsfonds gegenüber zu konkreten Sanierungsmaßnahmen für die nächsten drei Jahre verpflichten mußten. Die Stundung auf eine so lange Zeit auszudehnen hält der derzeitige Club-Vorsitzende, der Unterdirektor des französischen Schatzamtes, Jean-Claude Trichet, nicht für wünschenswert.

## Börsenzeit verlängert

cd. Frankfurt  
Die Börsenzeit wurde gestern offiziell um eine halbe Stunde verlängert werden, weil die Auftragsfrist innerhalb der üblichen zwei Börsenstunden nicht zu bewältigen war. Die Börse begann infolge von Gewinnmitnahmen schwach mit Verlusten von fünf bis zehn Mark, von denen sich viele Titel im Verlauf teilweise erholten, als massive Nachfrage aus dem In- und Ausland an den Markt drängte. Der WELT-Aktienindex ermäßigte sich um 0,8 Prozent von 289,91 auf 287,64 Punkte. Überdurchschnittlich stiegen VW auf 552 DM (plus 30 DM), AEG auf 280,50 DM (plus 15,50 DM).

## MINERALÖL

# Der sehr kalte Winter 1985 sorgte für ein Absatzplus

dpa/VWD, Hamburg  
In der Bundesrepublik wurden im vergangenen Jahr 103,5 Millionen Tonnen Mineralölprodukte und damit rund 2,6 Prozent mehr als 1984 verbraucht. Der höhere Absatz ist jedoch nach Angaben der Esso AG, Hamburg, im wesentlichen eine Folge des ungewöhnlich kalten und lang anhaltenden Winterwetters Anfang letzten Jahres. Besonders deutlich wird dies beim leichten Heizöl, bei dem der Verbrauchanstieg von 33,9 auf 36,8 Millionen Tonnen (plus 8,5 Prozent) nach Schätzungen der Esso zu etwa 70 Prozent auf die Kälte zurückzuführen war. Die Gesellschaft erwartet daher in 1986 keine nennenswerte Nachfragesteigerung.

Dagegen beeinträchtigt die winterlichen Straßenverhältnisse und der verregnete Sommer den Absatz von Motorenbenzin. Trotz steigender Motorisierung sank er um 1,4 Prozent

## Rekorddefizit im Agraraußenhandel

Bonn (rt) - Die Agrarimporte der Bundesrepublik Deutschland sind 1985 nach vorläufigen Schätzungen des Bundesernährungsministeriums um 54,6 auf rund 58 Mrd. DM und der Wert der Exporte um 26,7 auf rund 28 Mrd. DM gestiegen. Das Defizit im Außenhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen übertrifft danach 1985 mit rund 30 Mrd. DM noch das bisherige Rekorddefizit von 27,9 Mrd. DM 1984. Die Ernährungsminister Ignaz Kiechle dazu mitteilte, ist die Bundesrepublik gemessen an der Einwohnerzahl der größte Agrarimporteur der Welt und nach den USA, Frankreich und den Niederlanden viergrößter Agrarexporteur.

## Magere Rendite

Frankfurt (ed.) - Die Kreditanstalt für Wiederaufbau beginnt eine 6,375prozentige zehnjährige Anleihe über 750 Mill. DM, von der 700 Mill. DM vom 10. Januar an zum Kurs von 99 Prozent über ein Konsortium zum Verkauf angeboten werden. Die Konditionen gelten im Rentenland als "überzogen". Da kein Auslandsinteresse zu erwarten sei, müßte die Rendite einen halben Prozentpunkt höher sein, damit die Anleihe der Konkurrenz von Pfandbriefen standhalten kann, heißt es. Für die nächsten Tage erwartet der Markt eine Niederachsen-Anleihe mit ebenfalls nicht marktgerechten Konditionen.

## Mehr Autos verkauft

Detroit (AP) - Der Absatz von Kraftfahrzeugen in den Vereinigten Staaten hat im vergangenen Jahr den höchsten Stand der letzten sieben Jahre erreicht. Der Absatz stieg 1985 mit 8,3 Millionen Fahrzeugen im Vergleich zum Vorjahr um 6,3 Prozent.

## Ölförderer gesucht

Hamburg (rt) - Die vom Land Niedersachsen gegründete German Oil GmbH will Saudi-Arabien und den Iran mit jeweils bis zu 25 Prozent an der im vergangenen März von der Mobil Oil AG stillgelegten Ölförderung Wilhelmshaven beteiligen. Das bestätigte German-Oil-Geschäftsführer August F. Kurtz. Es gebe zwar auch deutsche Interessenten, doch wolle German Oil in erster Linie eine Beteiligung von Ölförderländern.

## Zinssenkungsgespräche

Tokio (dpa/VWD) - Der japanische Finanzminister Noboru Takeshita wird am 16. Januar nach London fliegen, wo er mit US-Finanzminister James Baker sowie mit Schatzkanzler Nigel Lawson Gespräche über eine kommende internationale konzertierte Zinssenkungsrunde führen wird. Durch diesen Hinweis werden Spekulationen verhärtet, denen zufolge am 18. Januar in London ein Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs der sogenannten Fünfer-Gruppe stattfinden soll.

## Neue Liquidität

Frankfurt (VWD) - Die Deutsche Bundesbank gewährt der Kreditwirtschaft eine neue zeitlich befristete Liquiditätshilfe in Höhe von 12,2 Mrd. DM. Wie die Bundesbank gestern auf Anfrage mitteilte, wurden bei der ersten Serie der ausgeschriebenen Wertpapieremissionen mit einer Laufzeit von 28 Tagen - bei 7,5 Mrd. DM Geboten - 6,4 Mrd. DM zum Zins von 4,55 Prozent zugeteilt, bei der zweiten

## Dollar stark gefallen

Frankfurt (dpa/VWD) - Der Dollarkurs ist gestern um fast vier Pfennig auf den niedrigsten Stand seit mehr als zweieinhalb Jahren gefallen. Der amtliche Mittelkurs der US-Devisen wurde in Frankfurt mit 2,4375 DM nach 2,4760 DM am Montag festgesetzt. Zuletzt wurde der Dollar am 9. Mai 1983 (2,4346 DM) schwächer notiert. Die Deutsche Bundesbank griff offiziell nicht in den Markt ein.

## Leichter Absatzzrückgang

Köln (dpa/VWD) - Die deutschen Einzelhandelsfachgeschäfte haben in den ersten elf Monaten 1985 im Branchendurchschnitt preisbereinigt ein Prozent weniger abgesetzt als ein Jahr zuvor. Nominal lag das Verkaufsgeschäft nach einer Übersicht der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) auf gleicher Höhe wie im Vorjahr.

## RISIKOVORSORGE / Umfrage von Emnid im Auftrag der Chemie-Arbeitgeber

# Mehrheit baut auf eigene Leistung

JOACHIM WEBER, Wiesbaden  
Eine klare Mehrheit der Bundesbürger kann sich mit der Vorstellung von einer staatlichen Einheitsrente (wie etwa der Grundrente) nicht so recht anfreunden: 74 Prozent, also fast drei Viertel der knapp 2000 Befragten, sprachen sich in einer Emnid-Umfrage für Versicherungsleistungen entsprechend dem individuellen Beitrag aus.

Noch deutlicher fiel das Votum für die einkommensabhängige Gestaltung der Beiträge zur persönlichen Risikoversicherung aus: 62 Prozent der Befragten waren für eine unbegrenzte Anwendung dieses Maßstabs, weitere 26 Prozent sprachen sich für einkommensabhängige Beiträge bis zu einem festgelegten Höchstbetrag aus. Nur elf Prozent - und selbst bei den Arbeitern ganze 17 Prozent - konnten sich für einen Einheitsbeitrag entscheiden.

Generelles Ergebnis der Umfrage, die vom Bundesarbeitgeberverband Chemie in Auftrag gegeben wurde, ist eine viel größere Bereitschaft zur persönlichen Risikoversorge und Eigeninitiative, als sie dem Bürger von manchem Politiker zugestanden wird. So plädierten zwei von drei Befragten (genau: 69 Prozent) ausdrücklich dafür, daß jeder für sein Leben verantwortlich ist und sich selbst so weit wie möglich absichern sollte.

Selbst unter den befragten Gewerkschaftsmitgliedern, die ganz allgemein dem Staat eine stärkere Rolle zubilligen als der übrige Durchschnitt, entschieden sich immer noch 60 Prozent für die Eigenverantwortung. Zwischen den Meinungen der Arbeiter (66 Prozent) und der Angestellten (67 Prozent) gab es in dieser Frage keine nennenswerten Abweichungen.

Nur in einem Punkt wird die „gesetzerliche“ der privaten Lösung vorgezogen: bei der Krankenversicherung.

## PARISER CLUB

# Fristverlängerung bei Umschuldungen angestrebt

J. Sch. Paris  
Bei den westlichen Gläubigerländern zeigen sich Bestrebungen, die von ihnen im Rahmen des "Pariser Clubs" für staatliche beziehungsweise staatlich garantierte Forderungen gegenüber den Regierungen aus Drittländern gewährten Zahlungserleichterungen zeitlich zu verlängern. Nachdem der 1980 eingesetzte Club zunächst nur für zwölf Monate Aufschub gewährte, ging er in den letzten Jahren bis zu 18 Monate.

Diese Beschränkung würde aber nicht mehr der Vielschichtigkeit der anstehenden Forderungen gerecht, heißt es. Während früher nur die großen Schuldnerländer Aufschub erhielten, durchlaufen den Club inzwischen Länder der verschiedensten Kategorien, die zum Teil, wie etwa Togo, einen sehr langfristigen Umschuldungsbedarf haben.



INVESTMENT / Positive Wertentwicklung im letzten Jahr

Aktienfonds an der Spitze

WVD, Frankfurt Wertsteigerungen zwischen 47,1 und 72,2 Prozent...

Wertzunahme 53 bis 93 Prozent, langfristig 111 bis 141 Prozent...

GROSSBRITANNIEN / Rekordabsatz von Neuwagen

Ford fährt weiterhin vorn

Die Neuwagenverkäufe in Großbritannien erreichten im vergangenen Jahr ein Rekordniveau...

Marktanteil von 16,17 auf 16,56 Prozent und die Verkaufszahl um gut 20 000 auf 303 473 Neuwagen...

FRANKREICH / Regierungslager protestiert gegen Konzentration in der Presse

Hersant setzt auf die rechte Mehrheit

JOACHIMSCHAUFUSS, Paris Obwohl sich der französische Pressesektor Robert Hersant mit dem Erwerb der Zeitungsgruppe 'Le Progrès de Lyon' eindeutig über das französische Pressegesetz...

Insgesamt beschäftigt die Hersant-Gruppe 10 000 Personen. Ihr Umsatz hatte nach letzten Angaben 4 Mrd. Franc 1984 erreicht...

Seine Karriere hatte Hersant mit dem 'Auto-Journal', der ersten im Farbdruck hergestellten europäischen Automobilzeitung...

P+S / Unbefriedigende Stahlnachfrage in Drittländern

Ergebnis hat sich verbessert

Eine deutliche Besserung der wirtschaftlichen Lage brachte das Geschäftsjahr 1984/85 (30.9.) der Stahlwerke Feine-Salzgitter AG...

Mit positiven Ergebnissen, die allerdings unter dem Niveau des Vorjahres lagen, schlossen nach Angaben des Vorstands die wichtigsten Tochter- und Beteiligungsgesellschaften...

NAMEN

Wolfgang Grimm, langjähriger Presseschef der Condor Flugdienst GmbH, wird am 9. Januar 85 Jahre...

Klaus Wollschläger wird in beiderseitig Einvernehmen aus dem Vorstand der Aral AG, Bochum, ausgeschieden...

KAKAO / Preis ist 1985 fast durchgehend gesunken

Hoher Produktionsüberschuss

Für die deutsche Kakaowirtschaft war das Jahr 1985 weniger von Ernterwartungen, Produktionsschätzungen und Verbrauchsmeldungen...

Die Preise am deutschen Markt folgten zwar der Entwicklung an den Kakaobörsen, wurden aber wesentlich einflussreicher...

Tecalemit jetzt in

britischem Besitz

Die Geschäftsanteile der deutschen Tecalemit GmbH, Bielefeld, Hersteller von Werkstatt- und Garagegeräten...

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Akzo gliedert Fasern aus

Arnhem (VVD) - Die niederländische Akzo N.V. will bis zum Jahr 1990 ihren Geschäftsbereich Polymid-Textilfasern ausgliedern...

Müller-Wipperfurth tot

Bonn (DW) - Alfons Müller-Wipperfurth, in den sechziger Jahren einer der erfolgreichsten Textilunternehmer in der Bundesrepublik...

Dansbank erhöht Kapital

Frankfurt (ad.) - Die Arab Banking Corporation-Daus & Co GmbH, Frankfurt, hat ihre Eigenmittel durch Ausgabe von 15 Mill. DM nachrangigen Genußrechten auf 77 Mill. DM erhöht...

Aktivitäten abgegeben

Darmstadt (adh.) - Die Schenck AG, Darmstadt, hat sich vom Markt für Massengütertechnik zurückgezogen...

Bauelemente unter PC-Druck

Der deutsche Bauelemente-Markt hat sich 1985 nicht ganz so kräftig entwickelt wie zunächst erwartet...

BANKEN UND SPARKASSEN / Einschätzungen des letzten Geschäftsjahres meist besser als zufriedenstellend

Erfreulich war vor allem das Kreditgeschäft

843 (776) Mill. DM langfristige Darlehen und 452 (435) Mill. DM an kurz- und mittelfristigen Krediten herausgegeben...

Neue Projekte in der Planung

Die Projektentwicklung steht weiterhin im Vordergrund des 'grundbesitz-invest', einem offenen Immobilienfonds der Deutsche Grundbesitz-Investmentgesellschaft...

Messe Hannover investiert mehr

Die Deutsche Messe- und Ausstellungs-AG, Hannover, die erst im vergangenen Jahr ein 90-Mill.-DM-Investitionsprogramm abgeschlossen hat...

BÖRSE TOKIO / Währungsgewinne für Ausländer

Kursanstieg auf breiter Front

FRED de la TROBE, Tokio Für die Börse von Tokio, Kabutocho, war 1985 ein Hausjahr. Das Ausmaß der Kurssteigerungen kam allerdings nicht an die explosive Entwicklung in der Bundesrepublik heran...

sich aber das Tempo der Kurssteigerungen dieser Titel und das Interesse begann sich auf andere Bereiche zu verlagern...

Ausländer zurückhaltend

Die Börse von Tokio wurde 1985 auch internationaler. Japanische Anleger, die bisher für die am Aktienmarkt notierten ausländischen Titel wenig Interesse aufbrachten...

Nur bedingt zufrieden

Die Wiesbadener Volksbank ist nur bedingt zufrieden mit dem Kreditgeschäft. Wegen der geringeren Nachfrage nach Baufinanzierungen nahmen die Buchkredite 1985 lediglich um ein Prozent auf 1,26 Mrd. DM zu...

Qualitatives Wachstum

Von einem 'quantitativ maßvollen und qualitativ erfreulichen Wachstum' spricht der Vorstand der Sparkasse Düsseldorf in seiner ersten Übersicht über das Jahr 1985...

Immobilien als Renner

In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres waren die Börsenrenner vor allem Aktien, die von der inländischen Nachfrage, von der Liberalisierung der sinkenden Zinssätzen und einem höheren Wechselkurs des Yen abhängig sind...

Knapp die Hälfte des Marktes entfällt jedoch auf die aktiven Bauelemente (Chips, diskrete Halbleiter, Röhren), die nur einen Zuwachs um vier Prozent auf 5 Mrd. DM verzeichnen...



Freundlicher Rentenmarkt

Bei erneut lebhaftem Umsatz präsentierten sich der Rentenmarkt in guter Verfassung. Eine freundliche Allgemeintendenz ließ die Notierungen der Festverzinslichen in der Spitze bis zu 6,25 Prozentpunkten ansteigen. Bedingt durch einen rückläufigen Dollarkurs sowie die ohnehin hervorragenden gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik konnten einmal mehr Hoffnungen auf eine baldige Senkung der Leitzinsen dieses und jenseits des Atlantik auf. Dies besonders, da der Spielraum der Bundesbank momentan als relativ groß eingeschätzt wird.

Bundesschatz

Table with columns for bond type, maturity, and price. Includes entries like 'Bundesschatz', 'Bundesschatz', 'Bundesschatz'.

Industrieobligationen

Table listing industrial bonds with columns for issuer, maturity, and price.

Länder - Staats

Table listing government bonds from various countries with columns for country, maturity, and price.

Sonderinstitute

Table listing special institutions with columns for name, maturity, and price.

Optionscheine

Table listing options with columns for type, maturity, and price.

Währungsanleihen

Table listing currency bonds with columns for currency, maturity, and price.

Wandelanleihen

Table listing convertible bonds with columns for issuer, maturity, and price.

Frankfurt

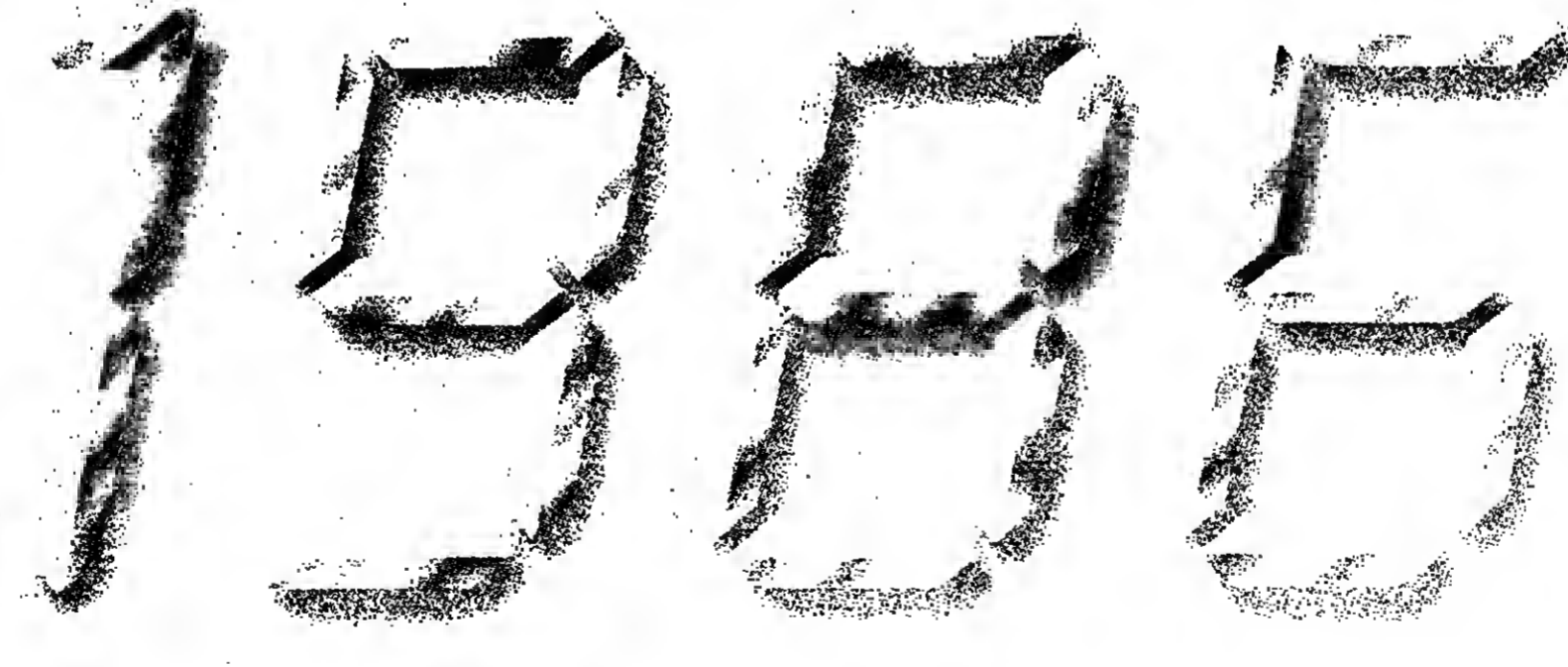
Table listing Frankfurt-related financial data with columns for category and value.

DM-Auslandsanleihen

Table listing German foreign bonds with columns for issuer, maturity, and price.

Large table of financial data on the right side of the page, including various bond listings and market indicators.

DER COMPUTER DES JAHRES GUTES-NEUES:



DAS KANN NUR...



FINANZANZEIGEN

Januar 1986

Internationale Plazierung

3.395.000 Inhaber-Stammaktien

(im Nennbetrag von je DM 50,-)

der

Daimler-Benz Aktiengesellschaft

Stuttgart, Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Table listing international banks and their branches, including Banque Paribas, Morgan Grenfell, Deutsche Bank, and others.



Rütgerswerke Aktiengesellschaft

Frankfurt am Main - Wertpapier-Kenn-Nummer 707 200 -

Bezugsangebot

Aufgrund der Ermächtigung in § 4 Abs. 4 und 5 der Satzung hat der Vorstand unserer Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen...

Nachdem die Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, bitten wir unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit vom 15. bis 29. Januar 1986 entschließend...

- List of banks: Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Berlin AG, Bank für Handel und Industrie AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, CSFB-Effektenbank AG, Dresdner Bank AG, Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA, M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Deutsche Bank Saar AG.

Auf je 11 alte Aktien zu DM 50,- können zwei neue Aktien zu DM 50,- zum Preis von je DM 150,- börsennotiert zu erwerben...

Die Bezugsrechte werden in der Zeit vom 15. bis 27. Januar 1986 an den Wertpapierbörsen zu Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg und München gehandelt und amtlich notiert...

Für den Bezug wird die übliche Bankprovision berechnet, es sei denn, daß das Bezugsrecht unter Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 40 durch den Bezugsnehmer während der üblichen Geschäftsstunden am Schalter einer Bezugsstelle ausgestellt wird...

Die neuen Aktien werden in einer Globalkunde verbrieft, die bei der Frankfurter Kassenverein AG hinterlegt wird. Die Bezüge der neuen Aktien erhalten zunächst eine Gutschrift auf Giroammeldepotkonto...

Die neuen Aktien sind zum Handel und zur amtlichen Notierung an den Wertpapierbörsen zu Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg und München zugelassen worden...

Frankfurt am Main, im Januar 1986

Der Vorstand

Advertisement for 'Büro-Service in Saarbrücken' with contact information.

Advertisement for 'Büro-Service in Saarbrücken' with contact information.

Advertisement for 'KNAUER' featuring a 'Notiz-Quader' and 'Merkmale an Block'.

Advertisement for 'MISEREO' with the slogan 'Ich will ein Mensch sein' and contact details.

IMMOBILIENKAPITALEN

Advertisement for 'Villa Düsseldorf' with details on location and price.

Advertisement for 'Wegen Erkrankung zu verkaufen in Paraguay'.

Advertisement for 'Toscana Südfrankreich Algarve'.

Advertisement for '1-Familien-Haus zuzügl. Geschäftsräume'.

Advertisement for 'KAPITALKRÄFTIGEN PARTNER'.

Advertisement for 'SCHWEIZ LAAX' with details on location and amenities.

Advertisement for 'Wohnen Sie in Düsseldorf?' with contact information for Hans-Jürgen Linz.

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!

LUDWIG ERHARD: Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.



Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe - ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft.

Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft.

Heft 25 der „Orientierungen“ enthält unter anderem eine Analyse über die „Reformpolitik“ der

siebziger Jahre; erörtert die Alternativen zur gegenwärtigen Agrarpolitik; zieht eine Bilanz der Bodenschutzpolitik; untersucht die Belastungsfähigkeit des Staates mit Aufgaben, die der Markt lösen könnte; fragt, wie die Sozialpartnerschaft in Österreich funktioniert und welche Grundsätze die Bildungspolitik in Japan bestimmen.

Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? - Schreiben Sie uns:

Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 8, 5300 Bonn 1.





Warenpreise - Termine

Gut beläupert schlossen am Montag die Gold- und Silbermärkte an der New Yorker Comex. Unverändert blieb Kupfer am dem Markt. Während Kaffee um das Limit höher notierte, schloß Kakao durchweg schwächer.

Table with multiple columns listing commodity prices for various goods like wheat, oil, and metals, including prices in different currencies and units.

Wolle, Fasern, Kautschuk

Table listing prices for wool, fibers, and rubber, including specific grades and market locations.

NE-Metalle

Table listing prices for non-ferrous metals such as aluminum, copper, and zinc.

KUPFER (c/b)

Table listing copper prices in different forms and markets.

Devisenmarktdat

Table listing exchange rates for various currencies against the Deutsche Mark.

Goldmarktsätze

Table listing gold market prices and related financial data.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Table listing zero-coupon bond prices for various maturities.

Renditen und Preise von Finanzbriefen und KO

Table listing yields and prices for financial notes and certificates.

NeuYorker Finanzmärkte

Table listing New York financial market data, including stock indices and bond yields.

Getreide/Getreideprodukte

Table listing grain and grain product prices.

Öle, Fette, Tierprodukte

Table listing oil, fat, and animal product prices.

Messingrohwaren

Table listing brass raw goods prices.

Deutsche Alu-Gießlegierungen

Table listing German aluminum casting alloys prices.

Goldmünzen

Table listing gold coins prices.

Euro-Goldmarktsätze

Table listing Euro gold market prices.

Rechnungs-Einheiten

Table listing accounting units and related data.

ECU

Table listing ECU (European Currency Unit) prices.

ECU-Tageswerte

Table listing daily ECU values.

Gemüsel

Table listing vegetable prices.

Erweiterung - Rohstoffpreise

Table listing raw material price extensions.

Westl. Metallrohwaren

Table listing Western metal raw goods prices.

Kartoffeln

Table listing potato prices.

Euro-Yen

Table listing Euro-Yen exchange rates.

Bankrot

Table listing bank insolvency data.

Bankrot

Table listing bank insolvency data.

Bankrot

Table listing bank insolvency data.

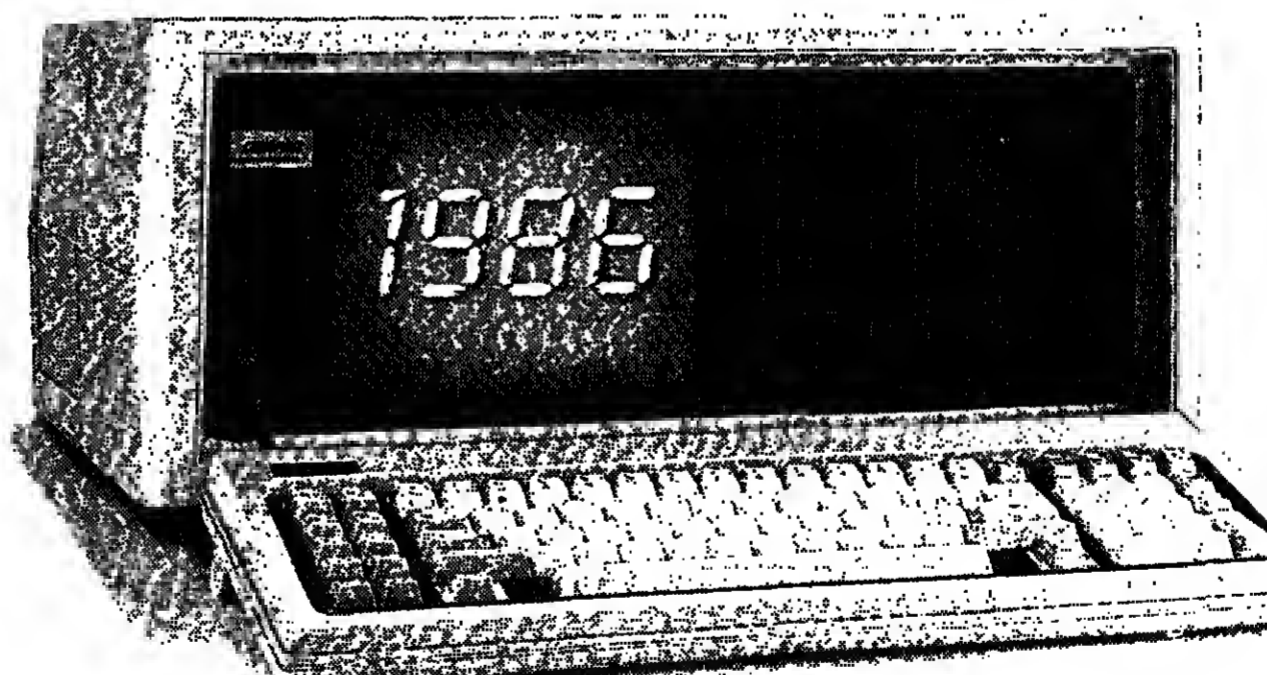
Bankrot

Table listing bank insolvency data.

DER COMPUTER DES JAHRES DAS KANN NUR COMPAQ SEIN

Der Computer des Jahres läutet das Jahr des Computers ein.

Für '86 viel Erfolg. Von Anfang an. Unser Beitrag dazu: Welt-Hochleistungs-Standard. Hundertprozentige Kompatibilität. Verfügbarkeit über die größte Software-Bibliothek der Welt. Vernetzbarkeit. Mehrplatz-Fähigkeit. Ausbau-Fähigkeit. Zukunfts-Sicherheit. COMPAQ. Mit bis zu 30 Prozent mehr Leistung macht der Computer des Jahres das Jahr 1986 auch für Sie zum Jahr des Computers. Und alle Jahre wieder. COMPAQ. Heute schon weltweit die Nummer 2 im 16-Bit-PC-Markt. Wie sich unser Erfolg auch für Sie auszahlt, demonstrieren wir Ihnen gut und gerne. Postkarte bzw. Coupon genügt.



Form for requesting information, including fields for name, address, and company details.

ÜBERLEGEN VON ANFANG AN. COMPAQ logo and address information.







Inlandzertifikate

Table with columns for issuer (e.g., Adress, Allianz), amount, and price.

Auslandszertifikate

Table with columns for issuer (e.g., American Express, Anglo-Franz.), amount, and price.

Optionshandel

Table with columns for product (e.g., Produkt 7.1.1986), amount, and price.

WELT-Aktien-Indices

Table with columns for index name (e.g., DAX, Nikkei) and value.

Kursgewinner

Table with columns for company name (e.g., Bafin, BAWAG) and P/E ratio.

Kursverlierer

Table with columns for company name (e.g., BAWAG, BAWAG) and P/E ratio.

Junge Aktien

Table with columns for company name (e.g., Bafin, BAWAG) and P/E ratio.

Devisenmärkte

Table with columns for currency pair (e.g., DM/\$) and rate.

Devisen und Sorten

Table with columns for metal type (e.g., Gold, Silber) and price.

Advertisement for 'Aktuell' featuring a rainbow graphic and text about job opportunities.

Advertisement for 'Diplom-Ingenieur Technische Chemie (TH)' with details on experience and contact info.

Advertisement for 'Diplom-Agraringenieur' with details on university background and contact info.

Advertisement for 'Diplom-Geographin' with details on university background and contact info.

Advertisement for 'Anglistin' with details on exam results and contact info.

Advertisement for 'Technischer Kaufmann' with details on experience and contact info.

Advertisement for 'Diplom-Soziologe' with details on education and contact info.

Advertisement for 'Management auf Zeit' with details on services and contact info.

Advertisement for 'Wirtschaftlerin' with details on experience and contact info.

Advertisement for 'LV-Fachmann' with details on experience and contact info.

Advertisement for 'Dr.-Ing. Informatiker' with details on software development and contact info.

Advertisement for 'Geschäftsführer' with details on business management and contact info.

Advertisement for 'Kaufmännische Leitung' with details on business leadership and contact info.

Advertisement for 'Oberbauleiter' with details on construction management and contact info.

Advertisement for 'Suche ab 1. 4. 86' with details on job search and contact info.

Advertisement for 'Vertriebsfachmann - Verkaufstrainer' with details on sales training and contact info.

Advertisement for 'BETRIEBSWIRT - DYNAM. FÜHRUNGSKRAFT' with details on management and contact info.

Advertisement for 'Vertriebspraktiker (42)' with details on sales experience and contact info.

Advertisement for 'Lehrer/Ausbilder' with details on teaching and contact info.

Advertisement for 'Die Zeit ist reif' with details on business opportunities and contact info.

Advertisement for 'Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an' with details on contact information.

Advertisement for 'TÜRKEI' with details on travel and contact info.

Advertisement for 'Schneckenwarenbranche' with details on food products and contact info.

Advertisement for 'Jurist' with details on legal services and contact info.

Advertisement for 'Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg' with details on career advancement.

Advertisement for 'Stellengesuche in der WELT' with details on job openings.

Advertisement for 'Stellengesuche erscheinen in der WELT' with details on advertising rates.

Advertisement for 'Bestellschein' with details on order forms and contact info.

Advertisement for 'Formulierungen' with details on legal forms and contact info.

Advertisement for 'Vermittler für portugiesische Textilbetriebe' with details on trade services.

Advertisement for 'Messe München' with details on trade fairs and contact info.

Advertisement for 'Verkauf von Industriemaschinen' with details on equipment sales.











Die Geschichte einer spektakulären Verwechslung

KLAUS BLUME, Bonn

Die Nachricht schockte - und machte zugleich mißtraulich: „Ludmilla Kondratjewa“...

Ludmilla Kondratjewa lebte in den USA? Wieso? Seit wann? Der „Sport“ veröffentlichte, sie hätte gar in einem



Die „echte“ Ludmilla K., die Olympiasiegerin - sie lebt.

Spionagefall aussagen sollen, doch sei es dazu nun nicht gekommen. Keiner der sonst so gut informierten Kollegen in Budapest und Prag...

Alle wiesen nur darauf hin, daß die schwarzhäutige Ludmilla aus Kiew 1984 den berühmten ukrainischen Hammerwerfer Jurij Sedych geheiratet habe...

Nun gibt es auch in der Leichtathletik überall auf der Welt Leute, die auf geheimnisvolle Weise „alles wissen“...

„Wir müssen wat für unser Immetsch tun“

Der Kölner Karnevalist Alexander Kerz vor Gericht

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln Auf den Galopprennbahnen zwischen Hamburg und Baden-Baden war Alexander „Sascha“ Kerz (40) bekannt - vor allem aber beliebt...

Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft lautet auf Untreue in 209 Fällen. Kerz hat (erwiesenermaßen) von 1979 bis 1984 Schecks in Höhe von 3 317 600 Mark nicht auf das Konto des Finanzamtes...

Kerz leistete sich bei Trainer Bruno Schütz in Köln-Weidenpesch einen kleinen Galopprennstall, besaß auch zusammen mit NDR-Sportchef Fritz Klein eine Vollblüter- und etablierte sich mit seinem geräuschvollen Verhalten schnell in der Szene.

Vor der Flucht noch zum Kassenprüfer gewählt

Sogar die Vereinigung der Rennstallbesitzer, deren Ehrenpräsident der Kölner Karnevalist Ferdinand Leisten ist, wählte ihn 1984, noch wenige Wochen vor seiner plötzlichen Flucht nach Rio...

Als dann im Herbst 1984 eine Sonderprüfung des Finanzamtes anstand, Krach mit Ehefrau Christel den häuslichen Frieden störte...

Der Kölische Jung“ hielt es auch nicht lange an der Copacabana aus.

Den Geburtstag seiner Frau am ersten Weihnachtstag wollte er in Las Palmas mit der Familie feiern, doch die Polizei verhinderte das...

Kerz hat seine Vergehen in einem Haftprüfungstermin am 21. Oktober 1985 im wesentlichen eingestanden. Für die Flucht fand er eine an Naivität kaum zu überbietende Erklärung...

Geld beim Turf und im Casino verspielt?

Den Antrieß zu den Manipulationen will er bekommen haben, als vor Jahren eine Fehlbuchung von ihm bei einer Steuerprüfung nicht auffiel und vom Firmenchef dann auch noch mehr oder weniger legalisiert wurde...

Ein psychiatrisches Gutachten weist ihn im übrigen als für die Taten vollverantwortlich aus. In der Hauptverhandlung hat Kerz am ersten Tag zu allem geschwiegen. Das gesamte Geld will er beim Galopprennen verwettet und in Casinos verspielt haben...

Der Versuch des Kerz-Anwaltes, das Verfahren durch einen Aussetzungsantrag auf einen späteren Termin zu verschieben, scheiterte. Angelegentlich hatte er nicht ausreichend Zeit bekommen...

Der Prozeß wird mit der Vernehmung des früheren Chefs von Kerz heute fortgesetzt, mit dem Urteil wird am 14. Januar gerechnet.

Fünf Jahre in Höhle gelebt

Münchner Stadstreicher starb / Der Polizei nie aufgefallen

In einer Höhle des Isarufers unterhalb der Filmstadt Geiselgasteig hatte ein Stadstreicher, der dort am 2. Januar tot aufgefunden wurde...

Wie lange die Höhle dem vollhärtigen Mann als Behausung gedient hatte, läßt sich nur vermuten. Ein Beamter der Vermittlungsstelle kann sich lediglich daran erinnern...

Polizeiliches Eingreifen wurde nicht für erforderlich gehalten, weil sich weder der 54jährige Josef P. noch seine „Nachbarn“ auffällig verhielten. Von der Polizei wurde zwischen festgestellt, daß die anderen Höhlen am Isarhang gelegentlich auch von anderen Stadstreichern genutzt wurden...

Der verstorbene Josef P. war jedoch offenbar der einzige, den auch der Winter nicht aus seinem Asyl vertreiben konnte. Er hatte seinen Lebensunterhalt mit dem Verkauf einzelner Pfandflaschen bestritten...

Reinhard Furrer über die Empfindungen eines Astronauten vor dem Start



Archivbild eines glücklichen Starts. An Bord: R. Furrer FOTO: DPA

„Abbruch des Count-down ist die blödeste Sache“

DIETER THIERBACH, Bonn

Die Pechsträhne der Nasa mit ihrer Raumfähre „Columbia“ reißt nicht ab. Beim gestrigen, für 13.05 MEZ vorgesehenen vierten Startanlauf...

Wegen technischer Probleme waren bisher drei Versuche fehlergeschlagen, den Space Shuttle in den Weltraum zu bringen. Für die siebenköpfige Besatzung der „Columbia“, zu dem die Astronauten mit einem Aufzug an die Spitze der Rampe gebracht...

Wissenschaftsastronaut Reinhard Furrer, mit Ernst Messerschmid während des D-1-Projektes im Oktober 1985 selbst für eine Woche im ALL, kann die Situation der so oft vertreteten Crew gut nachempfinden.

„Wir waren bei unserem D-1-Experiment gar nicht auf eine Verzögerung des Count-downs programmiert. Sehen Sie, man kennt die ganzen Mechanismen, die Check-Liste liegt auf den Knien und man weiß genau, was kommt. Zeit zum Nachdenken geht in der Routine unter...“

daß Sie sagen: Nun haben wir die ganzen zweieinhalb Stunden Count-down überlebt, hoffentlich passiert jetzt nicht noch irgendwas. Dann sind Sie auch schon bei einer Minute. Und als dann bei uns die letzten zehn Sekunden anbrachen...

So ein Anhalten des Count-down ist also wirklich eine der blödesten Sachen, die passieren können. Immer das Unterbrechen und dann wieder los, das ist doof... Wir selbst haben es zwar nicht erlebt...

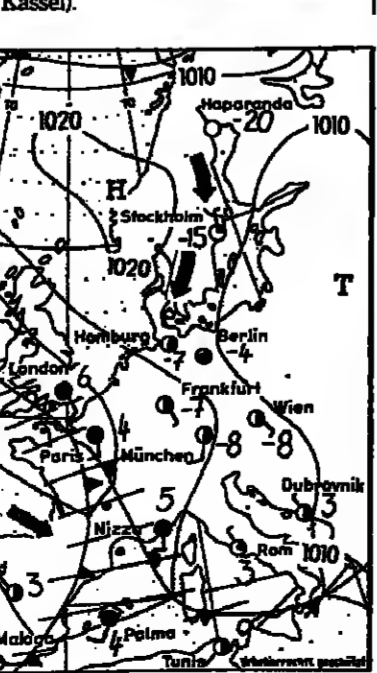
Für wirklich brenzlige Situationen in der Startphase ist vorgesorgt: Muß die Fähre im Notfall fluchtartig verlassen werden, wird auf ein selbst anmutendes Rettungssystem zurückgegriffen...

Wohnungseffekt. Das ist jetzt ein bißchen gemein gesagt. Aber wenn Sie halt drei- oder viermal drinlegen, dann nehmen Sie's gar nicht wirklich ernst und dann geht's ja auch wirklich los...

WETTER: Kalt, im Süden Schnee

Lage: Ein Tief beeinflusst anfangs noch den Osten Deutschlands, bevor auch dort Zwischenhoch einfließen wird...

Vorhersage für Mittwoch: Im Osten starke, später auch dort wie im Norden aufgelockerte Bewölkung...



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 12 Uhr (MEZ):

Table with columns for location, temperature, and weather conditions. Locations include Berlin, Hamburg, Köln, etc.

Musical-Komponist Lloyd-Webber geht an die Börse

WILHELM FURLER, London Der erfolgreichste Musical-Komponist, Andrew Lloyd-Webber (57), hat jetzt auch einen finanziellen Hit gelandet...

Lloyd-Webber hält gegenwärtig 70 Prozent an der gemeinsam mit seinem ehemaligen Librettisten Timothy Rice gegründeten Firma mit dem ungewöhnlichen Namen „The Really Useful Group“...

Die „Really Useful Group“ hält das Copyright an den Musicals „Cats“, „Starlight Express“ und an „Song and Dance“, das zur Zeit am Broadway Erfolge feiert...

Auch in der Besetzung des Direktoriums seiner Firma konnte Lloyd-Webber einen Prestige-Erfolg melden, indem er den ehemaligen Kunstmaler Tim Rice hält den Posten eines Vorstandsmitglieds...

Verkauft wurden fünf Millionen Aktien. Dieser „Coup“ dürfte Lloyd-Webber gut 30 Millionen Mark und Brolly 13,5 Millionen Mark bringen.

Start und Ziel: Berlin - Lufthansa-Fete im „Kempinski“

DIETER DOSE, Berlin

Rote Rosen für die Damen, eine Festschrift für alle Gäste und ein Sonderdruck mit dem Titel „Start und Ziel: Berlin“...

Lloyd-Webber hält gegenwärtig 70 Prozent an der gemeinsam mit seinem ehemaligen Librettisten Timothy Rice gegründeten Firma mit dem ungewöhnlichen Namen „The Really Useful Group“...

Die „Really Useful Group“ hält das Copyright an den Musicals „Cats“, „Starlight Express“ und an „Song and Dance“, das zur Zeit am Broadway Erfolge feiert...

Auch in der Besetzung des Direktoriums seiner Firma konnte Lloyd-Webber einen Prestige-Erfolg melden, indem er den ehemaligen Kunstmaler Tim Rice hält den Posten eines Vorstandsmitglieds...

Verkauft wurden fünf Millionen Aktien. Dieser „Coup“ dürfte Lloyd-Webber gut 30 Millionen Mark und Brolly 13,5 Millionen Mark bringen.

Start und Ziel: Berlin - Lufthansa-Fete im „Kempinski“

DIETER DOSE, Berlin

Rote Rosen für die Damen, eine Festschrift für alle Gäste und ein Sonderdruck mit dem Titel „Start und Ziel: Berlin“...

Lloyd-Webber hält gegenwärtig 70 Prozent an der gemeinsam mit seinem ehemaligen Librettisten Timothy Rice gegründeten Firma mit dem ungewöhnlichen Namen „The Really Useful Group“...

Die „Really Useful Group“ hält das Copyright an den Musicals „Cats“, „Starlight Express“ und an „Song and Dance“, das zur Zeit am Broadway Erfolge feiert...

Auch in der Besetzung des Direktoriums seiner Firma konnte Lloyd-Webber einen Prestige-Erfolg melden, indem er den ehemaligen Kunstmaler Tim Rice hält den Posten eines Vorstandsmitglieds...

Verkauft wurden fünf Millionen Aktien. Dieser „Coup“ dürfte Lloyd-Webber gut 30 Millionen Mark und Brolly 13,5 Millionen Mark bringen.

„Saustall“ sagte der Stadtdirektor und mußte gehen

dpa, Norden

Mit 32 von 34 Stimmen hat der Rat der Stadt Norden (Kreis Aurich) den 46 Jahre alten Stadtdirektor Horst Struve abgewählt. Der Abwahl gingen langandauernde Querelen zwischen dem Verwaltungschef, dem Rat und dem Bürgermeister voraus...

Revision im Scholl-Prozeß

dpa, Baden-Baden Die Verteidiger des wegen schweren Raubes und Körperverletzung zu acht Jahren Haft verurteilten früheren FDP-Politikers Hans-Otto Scholl (52) haben beim Landgericht Baden-Baden Revision gegen das Urteil eingelegt...

Neue Gebühren-Strecken

dpa, München Die Schweiz hat die Gebührenpflicht auf Fernstraßen um zwei Strecken ausgedehnt. Wie der ADAC gestern mitteilte, muß jetzt auch für die Fahrt durch den 7,5 Kilometer langen St.-Bernhard-Tunnel nach Italien eine Vignette zum Jahrespreis von 30 Franken (37 Mark) am Auto angebracht sein...

Stoltenberg vor „Gericht“

dpa, Stockholm Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) muß vor Gericht vor das Stockacher Narrengericht. Am 6. Februar, dem Schmutzigen Donnerstag, tritt er vor dem alterwürdigen Tribunal, sagte gestern Narrenrichter Walter Schneider. Wie immer das „Verfahren“ ausgeht, Stoltenberg wird mit der Würde eines „Laufners“ nach Bonn zurückkehren.

Unglaubliches Glück

dpa, London Unfaßbares Glück hatte ein 15 Wochen altes Baby in Großbritannien. Nachdem der von seiner Mutter gekaufte Wagen auf der Autobahn M4 ins Schleudern geraten war, wurde der kleine Sam aus dem Wagen geschleudert, flog über zwei Fahrspur, stürzte eine vier Meter hohe Böschung hinab und blieb - von ein paar Kratzern abgesehen - unverletzt.

Domingo muß pausieren

AFP, Barcelona Der spanische Tenor Plácido Domingo wird noch in dieser Woche in Barcelona an einem Leistenbruch operiert werden. Domingo mußte am Montag auf eine geplante Reise nach London verzichten. Die in der britischen Hauptstadt und anschließend in Hamburg vorgesehenen Auftritte wurden abgesagt. Domingo wird voraussichtlich mindestens sechs Wochen lang nicht singen können.

Tischtennislehrer verurteilt

rev. Braunschweig Zu lebenslanger Haft wegen Mordes aus niederen Beweggründen und aus Heimtücke hat das Schwurgericht Braunschweig - wie in einem Teil unserer gestrigen Ausgabe berichtet - den 35jährigen Tischtennislehrer Rudolf Kittler verurteilt. Nach Ansicht des Gerichts hat er seine 13jährige Lieblingsschülerin Britta Kaufeld während der Fahrt in seinem Auto durch einen Schuß ins Herz getötet, weil das Kind seine einseitige Liebe nicht erwiderte.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Neuen Wirtschaftspressen, Bodenheim-Rohrheim, bei.

Advertisement for SIGNAL VERSICHERUNGEN with logo and text: „Das beste ist: eine gute Versicherung.“

ZU GUTER LETZT Ich bin froh, daß er diese Angst, die er gar nicht hatte, endlich abgelegt hat. Der österreichische Cheftrainer der Skispringer, Paul Ganschauer, über Ernst Vettori, den Gewinner der Vier-Schanzen-Tournee 1985/86, dem die Öffentlichkeit schwache Nerven andichten wollte.